

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 11. Oktober 1948  
bis zum 31. Dezember 1949**

**NWO-Sonderheft Nr. 85**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 11. Oktober 1948 bis zum 31. Dezember 1949**

**NWO-Sonderheft Nr. 85**

**Terror der Antichristen vom 11.10.1948-31.12.1949**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 11. Oktober 1948 bis zum 31. Dezember 1949	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 11. Oktober 1948 bis zum 31. Dezember 1949**

Das unfehlbarste Mittel, Autorität über die Menschen zu gewinnen, ist, sich ihnen nützlich zu machen.

*Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)*

**1948**

Der Bonner Oberstadtdirektor Johannes Langendörfer (1891-1985) erklärte am 11. Oktober 1948 (x112/605): >>Bundestag und Bundesrat könnten im Gebäude der Pädagogischen Akademie untergebracht werden. Die Lösung bedingt lediglich den Neubau eines Plenarsitzungs-saales für den Bundestag. Dieser Saal kann entweder durch Ausbau der bereits vorhandenen großen Turnhalle oder durch Neubau hergestellt werden. In beiden Fällen ist die Erstellung in 6 Monaten möglich. ...<<

Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) schrieb am 11. Oktober 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/237): >>Bei aller angebrachten Skepsis in allzu große Erwartungen hoffe ich doch auf eine Repatriierung für mich im Dezember – sollte es früher sein (ich bin unter den 20 Ältesten und nicht arbeitsfähig, und die sollen berücksichtigt werden!) tant mieux (um so besser) – wird es später, werde ich darüber auch die Ruhe nicht verlieren! Aber je eher desto besser – schon meiner guten Mutter willen, für die jeder Tag Erdenleben ja eine besondere Gnade ist!

Und dann muß ich sagen, daß meine Sehnsucht, endlich nach 10 Jahren wieder ins Kloster zu kommen, zu Chor und Zelle und brüderlicher Gemeinschaft, immer mehr wächst. ...

Meine Ausgeherlaubnis genieße ich sehr. ... Gestern war ich zum ersten Mal in der großen katholischen Kirche zum Hochamt – die heilige Messe in einer richtigen Kirche gefeiert zu sehen, ist nach über drei Jahren "Notkirche" besonders schön.<<

Der deutsche Bergmann Adolf Hennecke (1905-1975) stellte am 13. Oktober 1948 in der Kohlengrube "Karl Liebknecht" einen neuen Förderrekord auf.

US-Militärgouverneur General Clay gab am 14. Oktober 1948 bekannt, daß weitere 110 Todesurteile aus den Dachauer Prozessen vollstreckt werden sollen (x112/607).

Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldete am 16. Oktober 1948 (x156/49-50): >>**Kumpel Hennecke weit voraus!**

In der Grube "Karl Liebknecht" vom Steinkohlenwerk "Gottes Segen" in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistungen der besten Häuer um 200 Prozent übertroffen.

Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner außerordentlichen Leistung beglückwünscht. In einer Betriebsversammlung unter freiem Himmel wurde Hennecke von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Revierdirektion ausgezeichnet. Der Häuer Hennecke ist bereits seit 26 Jahren in derselben Grube tätig und seit August als Instrukteur für die Arbeitsaktivisten eingesetzt, die durch sein Vorbild auf über hundert angewachsen sind.

... Er arbeitete vor Ort unter normalen Arbeitsverhältnissen in Einmannschicht, d.h. Förderung und Beladung wurden von ihm allein verrichtet. Hennecke übertraf sein Sondersoll und erreichte 380 %. Er erklärte zu seiner Leistung, daß bei richtiger Organisation des Arbeitsprozesses seine Leistung noch von manchem Kameraden nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Voraussetzung dazu ist die richtige Organisation des Arbeitsprozesses. Wie die Betriebsleitung des Steinkohlenwerkes mitteilt, haben bereits 3 weitere Kumpels eine Sonderschicht angemeldet.

Die Leistung des Häuers Adolf Hennecke ist der lebendige Beweis, daß es zur Erfüllung des Zweijahresplanes, zur Erfüllung der großen lebensnotwendigen Aufgabe der Produktionssteigerung vor allem der wirklichen Aktivisten der Arbeit bedarf. ... Und vor allem – muß man wissen wofür. Der Aktivist Adolf Hennecke weiß es! – Mit dem hier im Zwickauer Bergrevier erzielten Abbaurekord von 380 % der Norm ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung der höheren Stufe, die man eine "Hennecke-Bewegung" nennen könnte, gemacht worden.<<

Das Zentralkomitee der SED beglückwünschte am 17. Oktober 1948 den erfolgreichen Aktivist  
en Hennecke per Brief zu seiner herausragenden Leistung (x156/50-51):

>>Lieber Genosse Hennecke!

Mit großer Freude haben wir von Deiner wegeisenden Tat erfahren. 380 % des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen!

Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernen Willen verfolgten Planzieles. ...

Du bist damit zum Vorbild unserer jungen Aktivistenbewegung geworden, um Dich stehen ebensolche Helden wie Du, denen wir gleich Dir die Hand drücken. ...

Wenn die Bewegung dazu führt, daß alle Kumpels ihre Leistungen um einen hohen Prozentsatz steigern, wird Deine Tat ihre wahre Bedeutung erreichen. Darum geht es jetzt, neben den Spitzenleistungen die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern, damit eine weitgehende Übererfüllung des Plansolls im deutschen Bergbau erreicht wird. Wir wissen, daß Kumpels und Genossen wie Ihr diese Aufgabe vollbringen werden. Ihr werdet damit das führende Beispiel für andere Wirtschaftszweige geben.

Dir lieber Genosse Hennecke, gebührt unser Dank und die besten Wünsche für die Erfüllung Deiner weiteren Pläne. Dir und Deinen Kumpels sowie der ganzen Grube "Karl Liebknecht" unsere besten sozialistischen Grüße!

Mit herzlichem Glückauf! ...<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtete später über die "Hennecke-Bewegung" (x156/51-52): >>Die Sowjetisierung ging mit riesigen Schritten voran. Nachdem die Theorie des besonderen Weges zum Sozialismus verurteilt, die "Geschichte der

KPdSU" zur Grundlage alle Lehrpläne gemacht, die Kritik- und Selbstkritikabende nach sowjetischem Muster eingeführt worden waren, wurde Mitte Oktober 1948 getreu nach sowjetischem Muster der deutsche Stachanow "entdeckt".

Am 13. Oktober hatte Adolf Hennecke in einem Stollen der Grube Karl Liebknecht im Zwickauer Kohlenrevier das bisher übliche Tagessoll um 380 Prozent überboten. Dies wurde – ähnlich wie 1935 bei Stachanow – sofort zum Ausgangspunkt einer mächtigen "Bewegung" gemacht. Ich erinnerte mich noch gut, wie wir in der Sowjetschule den Rekord Stachanows vom 31. August 1935 im Irmino-Schacht bei Stalino – Stachanow hatte die Norm mit 1.400 % erfüllt – bis zum Überdruß durchgenommen hatten.

Bei Hennecke war man bescheidener. Er hatte die Norm nicht mit 1.400 %, sondern nur mit 380 % erfüllt. Sonst war alles ebenso.

In der Sowjetunion hatte ich allmählich ein wenig über die Hintergründe der Stachanow-Bewegung erfahren: Wie lange man ein bestimmtes Arbeitsgebiet vorbereitet, besonders günstige Arbeitsbedingungen schafft, eine ganze Brigade damit beschäftigt, Zubringerdienste zu leisten, um dann den "Rekord" zu brechen. Ich hatte keine Illusion mehr darüber, und doch war ich erstaunt, mit welcher nüchterner Offenheit wir auf einer internen Lehrerbesprechung von Rudolf Lindau über die beginnende Hennecke-Bewegung informiert wurden:

"Wir wollen hier ganz offen sprechen. Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da es sich als notwendig erweist, durch eine besondere Bewegung eine neue Einstellung zur Arbeit, einen neuen mächtigen Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Solche Dinge gehen natürlich nicht spontan, sondern müssen sorgfältig geplant und organisiert werden. Bereits vor mehr als 2 Monaten haben die Besprechungen darüber begonnen. Es mußte zunächst die Frage geklärt werden, in welchem Teil der Zone der Ausgangspunkt einer solchen Bewegung zu liegen habe.

Nach längeren Diskussionen entschied man sich, diese Bewegung in Sachsen ins Leben zu rufen. Danach wurde die Entscheidung über den Industriezweig getroffen. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde der Bergbau als günstigster Ausgangspunkt erkannt. Sollte man nun einen jüngeren oder einen älteren Arbeiter zu dieser Funktion auswählen?

In der Sowjetunion hat man sich für einen Komsomolzen entschieden. Bei uns in der Zone liegen die Dinge anders. Die jüngere Generation der Arbeiter wird leichter für eine Aktivistenbewegung zu gewinnen sein. Bei uns ist die Hauptfrage, einen Umschwung bei den älteren Industrie- und Facharbeitern zu erreichen. Daher wurde festgelegt, einen älteren Arbeiter auszuwählen.

... Nach eingehenden Beratungen entschied man sich für ein SED-Mitglied, um damit die Rolle der Partei in dieser wichtigen Frage deutlich zu unterstreichen. ...

Bei dieser Sicht stieß man auf Adolf Hennecke, der den gewünschten Anforderungen entsprach. Er ist jetzt 43 Jahre alt, seit über 20 Jahren im Bergbau, Mitglied unserer Partei und hat auch eine SED-Parteischule besucht.

Unerwartet gab es jedoch eine Schwierigkeit: Adolf Hennecke wollte zunächst nicht. Er fürchtete, seine Arbeitskollegen würden ihm diese Rolle übelnehmen. Erst als ihm die politische Bedeutung und auch seine eigenen Aufstiegsmöglichkeiten klargemacht wurden, erklärte er sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen.

Am 13. Oktober erfolgte dann sein Rekord, und damit stehen wir nun am Ausgangspunkt einer Aktivistenbewegung."

Einige Tage später erschien ein Brief des Zentralsekretariats über Adolf Hennecke in allen Zeitungen der Sowjetzone. Es wurde von seiner "wegweisenden Tat" gesprochen, von seiner "revolutionären Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes", "die eine schlagende Antwort auf die Marshallplan-Politik im Westen" sei. Da ich wußte, wie die Sache wirklich vor sich gegangen war, wurde ich schamrot, als ich den Brief las:

"Hieraus geht klar hervor, daß Deine Tat als Ergebnis der in Dir lebendig gewordenen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich unter anderem in Karl Liebknecht, dessen Namen Deine Grube mit Stolz trägt, verkörpert. Sie ist das Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber Deiner Partei, Deiner Klasse und unserem Volk".<<

US-Präsident Truman erklärte am 18. Oktober 1948 in Miami (x112/608): >>Wir werden immer für den Frieden wirken; dagegen wird unser Land niemals zu einem Kompromiß über die Grundsätze der Freiheit und der Menschenrechte bereit sein. ...<<

Der Parlamentarische Rat legte am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) warb am 21. Oktober 1948 für die neue Bundeshauptstadt Frankfurt (x112/610): >>... Die geschichtliche Vergangenheit der Stadt Frankfurt ist bekannt. Frankfurt war die Krönungsstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und in Frankfurt trat 1848 die erste zentrale Institution der deutschen Demokratie in Gestalt der Nationalversammlung in der Paulskirche zusammen. Diese historische Tradition macht den Namen Frankfurt zum Symbol der deutschen Einheit und der deutschen Demokratie.

Keine andere Stadt Deutschlands, insbesondere der Westzonen, verkörpert in dieser Weise einen nationalen demokratischen Wert. Schon der Begriff Frankfurt drückt die politische Bedeutung der angestrebten deutschen demokratischen Einheit aus.<<

Der "Deutsche Volksrat" veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als

Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

#### 1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle mußte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

#### 2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien.

Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ... Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.

... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

Die Zeitschrift "Ost und West" erinnerte am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.

Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Ost-Berlin begann am 24. Oktober 1948 eine Kulturbund-Woche (x112/612): >>... (Um) 3 Jahre seiner überparteilichen, konsequent antifaschistischen Arbeit an der demokratischen Erneuerung des deutschen Geisteslebens sichtbar werden lassen.<<

Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schrieb am 25. Oktober 1948 nach seiner Rückkehr aus den Vereinigte Staaten über das total zerstörte Deutschland (x111/384): >>Der Anblick der ungeheuerlichen Verwüstungen erfüllt mich nur mit einem Wunsch: auf meine Weise dazu beizutragen, daß die Welt endlich Frieden bekommt.<<

In der CSR wurde am 25. Oktober 1948 ein "Arbeitspflicht-Gesetz" bzw. Arbeitszwang für alle Männer bis zu 60 Jahren und Frauen bis zu 45 Jahren erlassen.

Für "bestimmte Klassen", die über ihre Bürgerpflicht belehrt werden mußten, richtete man Zwangsarbeitslager ein, um ihre Arbeitskraft im Interesse der Gemeinschaft zu verwenden.

Im Jahre 1951 gab es in der Tschechoslowakei bereits 87 Arbeitslager mit 90.000 Häftlingen. 1952 existierten schon 371 Lager mit 200.000 Insassen. Der Anteil der Sudetendeutschen war jedoch nur noch gering (x004/93).

Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wurde in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.

2 Angeklagte wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhielten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle sprach der US-Militärgerichtshof frei.

Das US-Kriegsgericht stellte damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.

Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.

Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernststen Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...

Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...

Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...

Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...

Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<

Der Nürnberger OKW-Prozeß wurde in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigte (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Oberkommando der Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.

Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Ober-

kommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtsführungsamt (ab 1940 Wehrmachtsführungsstab) unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.

Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.

Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten empfahl.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).

Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.

Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.

Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadenweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

### **Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgenerälen (Alliierte Gerichte)**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgeneräle des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).

Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtsgeneräle (x078/96-98,111,116):

#### **>>a) in der Sowjetunion hingerichtet**

Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,  
Generalleutnant Karl Burckhardt,  
Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,  
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,  
Generalmajor Wolf Ewert,  
Generalmajor Adolf Hamann,  
Generalmajor Emil Just,  
Generalmajor Hans Küpper,

Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,  
Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,  
Generalmajor Bonislaw Pawel,  
Generalleutnant Rudolf Peschel,  
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,  
Generalmajor Heinrich Remlinger,  
Generalleutnant Johann-Georg Richert,  
Generalmajor Ruoff,  
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,  
Generalmajor Hermann Werther,  
Generalleutnant Hermann Winkler

**b) in Jugoslawien hingerichtet**

General Heinrich Danckelmann,  
Generalleutnant Adolf Fischer,  
Generalmajor Ludwig Fischer  
General Martin Fiebig,  
Generalmajor Johann Fortner,  
Generalmajor Hans Gravenstein,  
Generalleutnant Hans von Hösslin,  
Generalleutnant Joseph Kübler,  
General Ludwig Kübler,  
Generaloberst Alexander Löhr,  
Generalmajor Adalbert Lontschar,  
General Hartwig von Ludwiger,  
Generalleutnant Fritz Neidholdt,  
Generalleutnant Neuhaus,  
Generalmajor Harald Turner,  
Konteradmiral Waue,  
Generalmajor Eugen Wurster

**c) in Griechenland hingerichtet**

General Bruno Bräuer,  
General Friedrich Wilhelm Müller

**d) in Italien hingerichtet**

General Anton Dostler

**e) in Nürnberg hingerichtet**

Generaloberst Alfred Jodl,  
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<

Eine Grundsatzentscheidung der Alliierten Kriegsgesichte, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, lautete damals wie folgt (x133/484: >>... Der Umstand, daß ein Angeklagter den Befehlen seiner Regierung oder seiner Vorgesetzten gehorcht, befreit ihn nicht von der Verantwortung, und der wahre Prüfstein ist nicht das Vorhandensein solch eines Befehls, sondern die Frage, ob eine moralische Wahl tatsächlich möglich war.<<  
Der spanisch-jüdische Schriftsteller Elias Canetti (1905-1994) schrieb später über "Befehl und Verantwortung" (x105/283): >>Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchtbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlsquelle verschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht.

Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer darüber klar, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich

und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt sie von ihr geblieben sind. Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen. Es sind Menschen, die sonst sehr wohl dazu imstande sind, ihre Handlungen abzuschätzen. Was sie aus sich heraus tun, hinterläßt bei ihnen die Spuren, die man erwartet. Sie würden sich schämen, ein unbekanntes und wehrloses Geschöpf, das sie nicht herausgefordert hat, umzubringen. Sie empfänden Ekel davor, irgendwen zu foltern. Sie sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen, unter denen sie leben. Mancher, der sie aus täglichem Umgang intim kennt, wäre bereit, einen Eid darauf abzulegen, daß man sie zu Unrecht beschuldigt. ...

Von welcher Seite immer man ihn betrachtet, der Befehl in seiner kompakten, fertigen Form, wie er sie nach einer langen Geschichte heute hat, ist das gefährlichste einzelne Element im Zusammenleben von Menschen geworden. Man muß den Mut haben, sich ihm entgegenzustellen und seine Herrschaft zu erschüttern. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den größeren Teil des Menschen von ihm freizuhalten. Man darf ihm nicht erlauben, mehr als die Haut zu ritzen. Aus seinen Stacheln müssen Kletten werden, die mit leichter Bewegung abzustreifen sind. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.

Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinlegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.

Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.

Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".

Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 28. Oktober 1948 während der CDU-Zonenausschußsitzung in Königswinter (x112/614): >>Die Wahlen zum ersten Bundestag sind von der entscheidenden Bedeutung für die drei Westzonen, für Deutschland und für den christlichen Gedanken. Die erste Bundesregierung hat die große Aufgabe, die Fundamente für einen Aufbau zu legen, der auf lange Zeit hinaus Geltung haben wird. Wenn es nicht gelingt, eine auf christlichem Boden stehende Mehrheit zu schaffen, dann ist die Rettung des christlichen Gedankens in Europa sehr in Frage gestellt. ...

Das deutsch-französische Verhältnis ist die entscheidende aller Fragen und verdient größte

Aufmerksamkeit. ... In der Frage der europäischen Föderation müssen wir antreibend wirken, da hier die einzige Möglichkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands liegt.<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 30. Oktober 1948 über die zukünftige deutsche Bundeshauptstadt (x112/615): >>Bonn oder Frankfurt als Hauptstadt. Beide Städte kämpfen um den Rang – Berlins Anspruch bleibt anerkannt.<<

In der Präambel der neuen saarländischen Verfassung vom 31. Oktober 1948 hieß es (x112/616): >>... Das Saarland ist ein autonomer Staat, der wirtschaftlich mit Deutschland verbunden und politisch von Deutschland getrennt ist.<<

In St. Georgen im Banat wurde ab Oktober 1948 ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet.

Die pflegebedürftigen Alten und Kranken wurden dort im allgemeinen recht human behandelt und genossen ausreichende ärztliche Fürsorge (x006/115E).

Konrad Adenauer bat den Kölner Kardinal Frings (1887-1978) bzw. die katholische Kirche am 1. November 1948 in einem Brief, die CDU/CSU bei den zukünftigen Wahlen zu unterstützen (x112/616): >>... Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen (zum ersten Deutschen Bundestag, die zu diesem Zeitpunkt für März-April/Mai 1949 vorgesehen sind) eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und unduhlsam eingestellt ist.<<

Der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates entschied sich am 3. November 1948 für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

Hamburgs Bürgermeister Max Brauer (1887-1973) erklärte am 4. November 1948 (x112/618): >>... In den westlichen Zonen Deutschlands sind gegenwärtig noch rund 600.000 heimatlose Ausländer, die der deutschen Bevölkerung monatlich 1,5 Millionen DM Unterhaltungskosten verursachen.<<

In Landsberg/Lech wurden am 5. November 1948 vierzehn verurteilte NS-Verbrecher hingerichtet.

Im Verlauf der 24. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates erfolgte am 9. November 1948 die erste Lesung des Gesetzes zum Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden (Lastenausgleichsgesetz).

Bei den Ford-Werken in Köln lief am 10. November 1948 der erste Ford "Taunus" vom Band.

Am 11. November 1948 begann eine Verfolgungswelle gegen LDPD-Mitglieder.

In Landsberg/Lech wurden am 12. November 1948 fünfzehn verurteilte KZ-Aufseher gehängt.

Die staatliche Handelsorganisation für Einzelhandelsunternehmen (HO) eröffnete am 15. November 1948 die ersten staatlichen "HO-Läden" in der sowjetischen Besatzungszone, in denen alle Waren ohne Bezugsscheine verkauft wurden (x112/623).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Staatsbeteiligungen" in der SBZ (x009/417-418): >>Ähnlich wie in China im Jahre 1954 ist man in der SBZ Anfang 1956 dazu übergegangen, gemischte staatlich-private Betriebe zu schaffen, die "auf einem friedlichem Wege in sozialistische Betriebe umzugestalten" sind. ...

Nachdem die funktionale Selbständigkeit der Privatbetriebe schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft nicht mehr besteht, wird nunmehr auch die noch vorhandene Kapitalbasis überfremdet.

Bisher wurde bei dieser Staatsbeteiligung formell die alte Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) gewählt, wobei der Staat mit seiner Kapitaleinlage als Kommanditist (Gesellschafter mit Teilhaftung) in die neue Gesellschaft eintritt und der ehemalige private Unternehmer Komplementär (Gesellschafter mit Vollhaftung) und Geschäftsführer wird. ...

Wenn auch diese neuen Gesellschaften gegenüber den anderen Privatunternehmen besondere Vorteile genießen, so begeben sie sich doch stark in die Hand des Staates und der staatsge-

werkschaftlichen Kontrolle.

Sie erhalten bestimmte Produktionsaufgaben, Materialkontingente und Lizenzen für Kapazitätserweiterung direkt von den betreffenden Verwaltungsorganen.

Der FDGB ist für die Produktion dieser Betriebe mitverantwortlich. ...

Der Einfluß der SED in diesen Betrieben wird laufend vergrößert. Private Komplementäre werden gezwungen, in die SED einzutreten und politische Schulungskurse zu besuchen. ...<<

Im Verlauf der Aktivistentagung der SED-Lehrer wurde am 17. November 1948 gefordert, die Umwandlung der Schule in eine politische Erziehungsstätte der SED und FDJ durchzusetzen (x112/624): >>... Nur derjenige Lehrer ist auf dem besten Wege, nicht nur ein Parteimitglied, nicht nur ein guter Parteifunktionär, ... sondern ein qualifizierter fortschrittlicher Pädagoge zu werden, der sich mit der marxistischen Erziehungswissenschaft, wie sie ... von Lenin und Stalin weiterentwickelt worden ist, ... vertraut macht, sie ... anzuwenden lernt.<<

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) beklagte sich am 27. November 1948 während einer großen Wahlkundgebung über Adenauers zurückhaltende Berlinpolitik (x112/628): >>Er lebt an seinem schönen Rhein, und ich kann verstehen, daß er an seiner schönen Heimat hängt.

Aber Berlin gehört auch noch zu Deutschland, und hinter Berlin gibt es auch noch allerhand, was zu Deutschland gehört. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 28. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/82): >>28. November 1948. Nach dem Gottesdienst, in einer Wellblechbaracke, die als Lagerkapelle eingerichtet wurde, blieben ein Mann und eine Frau an der hinteren Wand stehen. Als die Mehrzahl der Gläubigen den Raum verlassen hatte, schritten die beiden weiter nach vorn, setzten sich dort und sahen zu dem Gekreuzigten auf.

... In den stark verarbeiteten Händen hielt der Mann einen schwarzen Hut, wie ihn die Deutschen in Siebenbürgen zu tragen pflegten. ...

Die beiden, offenbar ein Ehepaar, saßen da, losgelöst von der Umwelt, weit weg vom Lager und hielten ohne Scheu lautlose Zwiesprache mit dem, der über den Dingen und Geschehnissen steht. Nach einer Weile standen sie auf, gingen gemessenen Schrittes zum Ausgang und verschwanden dann in einem der Barackengänge.

... Nirgendwo, so scheint mir, ist in diesen Jahren inbrünstiger und heißer gebetet worden, als in dieser unscheinbaren, kleinen, dürrtigen Kapelle in Friedland.<<

Das sowjetische Internierungslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") wurde am 30. November 1948 aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht.

Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

In Frankfurt/Main wurde am 30. November 1948 während der 26. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates das 1. Lastenausgleichsgesetz ("Soforthilfegesetz" zur Milderung dringender sozialer Notstände) verabschiedet, um die Eingliederung der Vertriebenen zu erleichtern.

Die "Mainpost" stellte am 30. November 1948 die Frage: "Ist es wieder so weit?" (x043/341): >>Dr. Eugen Kogon, bekannt geworden durch die Herausgabe des Buches "Der SS-Staat", hat in einer Pressekonferenz in Frankfurt über eine angeblich bereits in Gang befindliche Remilitarisierung Westdeutschlands berichtet.

Dieser Behauptung ist inzwischen, besonders auch von alliierter Seite, nicht nur widersprochen worden, sie hat auch eine große Diskussion über die Frage, ob die verbliebene deutsche Wehrkraft zur Verteidigung des Westens eingesetzt werden soll, ausgelöst. ...

Wie nun denkt der sog. "Kleine Mann von der Straße" über diese Angelegenheit? ... "Man hat

uns jahrelang über die Schlachtfelder Europas gehetzt, durch Blut und Grauen, und nach weiteren Jahren hinter Stacheldraht glauben wir, ein Recht auf endgültigen Frieden zu haben. ... Wer soll schon wieder verteidigen? Wir "Kleinen Männer", die bereits Millionen unserer Brüder in den Massengräbern Europas zurückgelassen haben - auf uns rechnet man bereits wieder. ...

Wir wollen für keine Parole verbluten. Wir wollen weder am Rhein, noch an der Elbe oder sonstwo krepieren." ...<<

Das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1") wurde im November 1948 aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht.

Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärte am 6. Dezember 1948 vor der Presse (x112/634): >>... Heute rufen wir die Völker der Welt, sich diese traurige Stadt anzusehen.

Wir fragen Sie, wie lange noch wollen Sie es dulden, daß wir unter solchen Umständen leben sollen.

Zerbrecht die Blockade, dieses grausame Mittel, mit dem man ein freies Volk in die Knie zwingen will.<<

Das Volksgericht Glauchau in Sachsen verurteilte am 7. Dezember 1948 mehrere Angeklagte wegen Wirtschaftssabotage zum Tod.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschloß am 7. Dezember 1948 einstimmig die Vorfinanzierung des Projektes "Hauptstadt Bonn" (x112/634): >>... Für den Fall, daß der Parlamentarische Rat als Sitz der künftigen deutschen Bundesorgane den Raum Bonn-Godesberg vorzieht, wird die Landesregierung ermächtigt, Haushaltsmittel bis zum Betrage von 10 Millionen, davon 5 Millionen außerplanmäßig, im Rechnungsjahre 1948 bereitzustellen, die zur Vorfinanzierung vorzugsweise von Siedlungen, Umbau von Verwaltungsgebäuden und zum Ankauf von geeigneten Objekten zur Unterbringung von Angehörigen der Bundes- oder der Militärregierung oder für ähnliche Zwecke verwandt werden sollen.<<

Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wurde am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der

Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung hieß es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthielt zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtete die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wurde die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

Die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (Uniform = weißes Hemd mit blauem Halstuch) wurde am 13. Dezember 1948 als Unterorganisation der FDJ für 10- bis 14jährige gegründet (das Aufnahmealter wurde in den folgenden Jahren auf 6 Jahre festgesetzt). Die Leitung dieser Organisation übernahm Margot Feist, die später Erich Honecker heiratete.

Ein vertriebener Schlesier berichtete am 13. Dezember 1948 über sein Leben im Westen (x024/251): >>13.12.1948. ... Seit Juli bin ich leider wieder arbeitslos und versuche neben meiner Unterstützung noch etwas dazu zu verdienen. Gehe in den Wald nach Beeren, Pilzen

und jetzt nach Kiefern- und Tannenzapfen. So gut es halt geht, halten wir uns über Wasser.  
...<<

Die 3 westlichen Besatzungsmächte bildeten am 21. Dezember 1948 eine Westberliner Kommandantur.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.

Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.

Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor (des Kriegsgefangenenlagers) öffnen und dann geht es wieder heim.

... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<

Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) wurde am 23. Dezember 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ermordet (x130/231).

Der deutsche Kriegsgefangene Albert O. berichtete später über die letzten Stunden des katholischen Militärseelsorgers Adalbert Graf von Neipperg (x130/238-239): >>Am Morgen des 23. Dezember gab er seinen Kameraden bekannt, er werde in die Stadt gehen, um Weihnachtseinkäufe zu machen. Auch mehrere Kameraden gaben ihm Geld, um für sie etwas einzukaufen.

Für die religiösen Feiern des Weihnachtsfestes, besonders für die Christmette, hatte er bereits alles mit seinen Leidensfahrten im Lager geprobt und auf den Nachmittag auch noch eine Besprechung mit dem protestantischen Lagerpfarrer verabredet.

Um 12 Uhr, so versicherte er, werde er wieder zurück sein. Als er aber zur angesagten Zeit nicht zurückkehrte, gerieten seine Kameraden in begründete ernste Sorge um ihn. Gegen 17 Uhr meldeten sie sein auffallendes, besorgniserregendes Ausbleiben der deutschen Lagerleitung.

Der Lagerleiter erklärte darauf: "Ich vermute, daß der Abt beim jugoslawischen Stab ist. Ich traf ihn heute Morgen in der Stadt, und er sagte mir, daß er auf der Straße dem Kommissar begegnet sei. Dieser habe ihm im Auftrag des Kommandanten mitgeteilt, er solle zum jugoslawischen Stab kommen. Schickt deshalb das Essen und die Decke des Abtes zum Stab.

Die Lagerleitung fürchtete, Graf Neipperg sei unter irgendeinem Vorwand im Karzer gelandet, um ihn an seinen Weihnachtspredigten zu hindern. Der Bote kam aber mit Essen und Decke zurück und berichtete, man habe ihm beim Stab erklärt, der Abt sei nicht dort. Man habe ihm erklärt, wenn er nicht aufzufinden sei, habe er vermutlich seine Ausgangsfreiheit benutzt, um heimlich zu entfliehen. ...<<

Der Militärseelsorger Adalbert Graf von Neipperg wurde einige Tage später mit durchschnittener Kehle unter einem Maisschrothaufen gefunden.

Die Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtete am 24. Dezember 1948, daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpften (x112/639).

Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärte am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).

Das bayerische Rote Kreuz berichtete am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müßten (x112/639).

Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtete am 24. Dezember 1948 aus einem Arbeitslager in Karaganda, Kasachstan: >>Eine eigene Stimmung liegt über dem Häuflein von 30 pelzvermummten Gestalten, das sich mühsam durch hohen Schnee den steilen Hang der Abraumhalde hinaufkämpft. - Weihnachten ist heute - Heiliger Abend! ...

Heute, nach dem Essen, vor dem unbarmherzigen Scheppern der rostigen Schiene, die die Brigade zur Nachtschicht rufen wird, war nun wieder seit langer Zeit der Politoffizier in die Baracke gekommen und hatte erklären wollen, warum und wieso die Gefangenen - also auch sie - in diesem Jahr noch nicht alle hätten heimfahren können.

Das Lied kannten sie, die Männer, die stumm und ergeben auf ihren Pritschen hockten. Früher Winter, keine Waggons, auch der Westen habe sich nicht an die Abmachungen gehalten, alles nichts Neues. ... Sinnlos, die Zeit damit totzuschlagen. Eine Stunde Schlaf wäre besser gewesen! - Das also war das Weihnachtsgeschenk ihres Gastlandes! - das und die Heiligabend-Nachtschicht bei minus 35 Grad.

Stumm, frierend warten die Männer, warte auch ich auf den Arbeitsauftrag. Die fahle Winter-sonne versinkt am westlichen Horizont, an dem Horizont, an dem auch wir so gern entschwinden möchten - auf Nimmerwiedersehen. - Endlich!

Im Gänsemarsch - (wir sind) schon geübte Schwellenläufer - geht es an die Westspitze der Kohlenhalde.

Geleise rücken! - Die Brechstange, das Universalinstrument des Ostens, klebt schwer und beißend kalt an den dünnen Handschuhen. - "Hau - ruck! Hau - ruck!"

Es will nicht so recht klappen. ... Wo sind wir auch mit unseren Gedanken! Hier in Südsibirien, im Kohlenbecken von Karaganda, in der Kasachischen Steppe bestimmt nicht.

Ob sie daheim wohl ein Bäumchen haben? Ein Bäumchen mit richtigen Lichtern, mit Zuckerwerk und Glockengeläut aus dem Radio? ---

Immer dunkler wird es. Die Filzstiefel sind knochenhart gefroren, und es poltert über die Schwellen, wenn es wieder heißt: "Zehn vor!" oder "Zwanzig zurück!" ... Da glimmt ein Feuerchen auf. ... "Pause!" Na, Gott sei Dank! -

Nur wer schon einmal auf solch zugiger Kante aus Machorka und einem Stück "Prawda" eine Zigarren-Zigarette drehte, weiß, was jetzt kommt. Wenn sich 30 steifgefrorene, vor Vermummung unbeholfene Gestalten um ein Feuer drängen und Bärte, Wimpern und Augenbrauen auftauen. ...

Betretenes Schweigen! ... Ihre Augen werden feucht. - Und dann - zuerst ganz leise, dünn, nur ein paar Stimmen erst, dann alle, laut tönt es zum Sternenhimmel über uns, über uns und der Heimat: "Stille Nacht, heilige Nacht. Alles schläft, einsam wacht ..."

Mächtig loht das Feuer jetzt in die Nacht, prasseln Funken über uns hin, feucht werden da Augen, brechen Stimmen, und mancher wendet sich ab mit zuckenden Lippen, im Herzen bitterstes Weh. - Friede auf Erden! - Wann auch für uns? ...<<

Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befanden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).

Das Leipziger "Börsenblatt" forderte am 25. Dezember 1948 ein gesamtdeutsches Schrifttum (x112/639): >>... So eingreifend und wirksam Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmächte in allen Fragen der äußeren Lebensgestaltung unseres Volkes sein mögen – solange es deutsche Menschen gibt, die eine deutsche Sprache sprechen, werden sie auch um die geistige Durchdringung und Bewältigung ihrer Erfahrungen und um die Gewinnung fruchtbarer Einsichten ringen. Hierfür können und werden sie auf das gesamtdeutsche Schrifttum nicht verzichten.<<

A. Dreppenstedt schrieb später in der Nienburger Zeitung "DIE HARKE" über Weihnachten 1948: >>Drei entbehrensreiche Hungerjahre nach dem Krieg, die Vertreibung von Millionen Menschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, die bei uns notdürftig

eine Bleibe fanden und drei eiskalte Winter waren bei Brennstoffknappheit und Mangel an warmer Bekleidung zu überstehen. ...

Weihnachten, das "Fest der Familie", könnten wir es doch wieder so nennen! Aber da stehen so viele Einsame in der Winternacht, die sich die kalten Hände nicht wärmen können, weil ihnen Holz und Kohle fehlt, um ein warmes Zimmer zu haben. ...

Wir lasen kürzlich, daß noch 2 Millionen Kriegsgefangene und Verschleppte in der Fremde, zum großen Teil hinter Stacheldraht, die Heimkehr ersehnen. ...

Nicht genug, wenn wir der Soldaten und Verschleppten in Gefangenschaft gedenken. Die Einsamkeit steht mitten unter uns, neben dir und mir.

... So waren Weihnachten 1948, wie 3 Jahre zuvor, abermals viele Menschen hoffnungslos und verzweifelt.

Die Einsamen dieser Weihnacht warten nicht auf schöne Worte, sondern auf das, was wir für sie tun. ... Und helfen wir ihnen, so entzünden wir auch im Dunkel ihrer Seele wieder das verloschene Licht der Weihnacht. ...<<

Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

Konrad Adenauer schrieb am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Arbeit läßt nicht nach.

Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.

Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) berichtete am 31. Dezember 1948 während seiner Silvesteransprache im Rundfunk über die Lage in Berlin (x112/640-641): >>... Dunkel sind die Abende, kalt sind die Wohnungen, und was das Allerschlimmste ist, wir sind abgeschnitten von jeder Berührung mit der Außenwelt

...

Wir hoffen alle, daß ... diese Stadt im Jahre 1949, oder, wenn es noch länger dauern soll, jedenfalls bald danach wieder den Platz in Deutschland einnehmen wird, der ihr zukommt, den Platz, der es ihr ermöglicht, der Mittelpunkt von ganz Deutschland zu werden, vom Deutschland des Westens, der Mitte und von dem Deutschland des Ostens.<<

Nach offiziellen Angaben des Berliner Dreimächtekomitees waren 3.478.600 deutsche Wehrmachtssoldaten noch nicht aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/641).

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Dezember 1948 täglich 1.883 Kalorien zugeteilt.

In den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung standen, überschritt die

Bevölkerungszahl erstmalig die 5 Millionengrenze. Ca. 1,0 Millionen Personen waren aber ehemalige deutsche Staatsangehörige, die man als Autochthone (Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier) wegen ihres Dialekts oder ihres Namens als Polen reklamiert oder wegen ihrer Unabkömmlichkeit als Spezialarbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen hatte (x001/120E).

Nach polnischen Angaben lagen im Jahre 1948 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch immer 24,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schrieb im Jahre 1948 über das kommunistische Tabuthema "Sowjetische Befreiungsmission 1945" (x037/33): >>Immer noch nach 3 Jahren zittert unter den Arbeitern, höre ich allgemein, die Panik - verursacht durch die Plünderungen und Vergewaltigungen - nach, die der Eroberung von Berlin folgten.

In den Arbeitervierteln hatte man die Befreier mit verzweifelter Freude erwartet, die Arme waren ausgestreckt, aber die Begegnung wurde zum Überfall, der die siebzugjährigen und zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging.

Es wird berichtet, daß die russischen Soldaten noch während der Kämpfe von Haus zu Haus, blutend, erschöpft, erbittert ihr Feuer einstellten, damit Frauen Wasser holen konnten, die Hungrigen aus den Kellern in die Bäckereien geleiteten, die unter Trümmern Begrabenen ausgraben halfen.

Aber nach dem Kampf durchzogen betrunkene Horden die Wohnungen, holten die Frauen, schossen die Widerstand leistenden Männer und Frauen nieder, vergewaltigten vor den Augen der Kinder, standen in Schlangen an vor den Häusern. ...<<

Die Besatzungsmächte kümmerten sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überließ. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mittleuropa mußten in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" veränderten maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen war gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hatte, mußte sehen, wo und wie er unterkam. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen mußten vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kam es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand wollte die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden mußte man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schrieb im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25): >>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

Die gewaltsamen Beschlagnahmen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führten vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten wurden nicht selten mit böartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw.) begrüßt.

Fast alle "Neubürger" hatten während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz verloren. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten war überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen war es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht wurden, denn dort gab es kaum Ausbildungsplätze.

In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung mußten die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gezwungen, als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit im Ausland

zu leisten. Viele Frauen gingen nicht selten barfuß und hungerten für ihre Kinder. Sie mußten nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisteten außerdem unentwegt schwerste Aufräumarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sah man überall abgezehnte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigten Schutt, stapelten Klinkersteine aufeinander und sammelten jedes Stück Eisen oder Draht.

Nicht nur ungezählte Wohnungen lagen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer waren oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen waren unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nahmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die Lebensverhältnisse der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/-469): >>... Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren die Elenden unter den Armen, sie hatten mehr verloren als die anderen Deutschen, sie trugen ungleich schwerer an der Last der Niederlage. Insbesondere sie hatten den Preis für den großen Krieg gezahlt.

Doch viele der Eingesessenen in Westdeutschland sahen auch dann noch, als die Verhältnisse sich allmählich zu normalisieren begannen, in den Vertriebenen nur eine Bürde, ungebetene Gäste, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machten. Das Wort "Flüchtling" wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für "unerwünscht".

"Flüchtlingspack" johlten mancherorts die Kinder der Einheimischen hinter den Kindern der Vertriebenen her, und in der Schule spotteten sie über die Bindfäden, mit denen die Jungen und Mädchen, die aus dem Osten gekommen waren, ihr armseliges Schuhwerk banden: "Schnürsenkel haben sie bei euch wohl noch nicht erfunden?"

So lebten die Vertriebenen in Not und Elend in einer oft ablehnenden manchmal sogar feindseligen Umwelt. Und das Ende des deutschen Unglücks war unabsehbar. Es schien sich vielmehr noch zu vertiefen – durch die Politik der Besatzungsmächte, die lange Zeit darauf abzielte, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes weiter zu schmälern. ...<<

Der deutsche Völkerrechtler Dr. Rudolf Laun (1882-1975) schrieb im Jahre 1948 über die "heilende Wirkung der Wahrheit (x309/178-179): >>Wahre Wissenschaft, die ehrlich nach Objektivität strebt, hat etwas Menschheitsversöhnendes. Denn es gibt zwar unabsehbar viel Irrtümer und leider auch bewußt vorgebrachte Unwahrheiten, aber in jeder Frage nur eine einzige Wahrheit.

Nennen wir nun, ohne uns hier in ethische Studien einlassen zu können, kurz diejenigen Menschen, welche die Wahrheit wollen und bereit sind, die Folgerungen aus der Wahrheit auch gegen sich gelten zu lassen, anständige Menschen, und unanständige jene, welche nur das wahrhaben wollen, was ihnen nützt, aber alles das nicht wahrhaben wollen, was ihnen schaden oder Opfer auferlegen könnte, so dürfen wir sagen:

Im Grunde sind alle anständigen Menschen der Welt Brüder, auch wo sie einander hassen, bekämpfen und verfolgen, denn dann kann die Feindschaft zwischen ihnen nur auf Irrtümern beruhen, die sie, die Anständigen, nicht verschuldet haben.

Es ist eines der schönsten Aufgaben der Wissenschaft, durch Streben nach Wahrheit und Aufklärung Menschen zu versöhnen. ...<<

Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Carl-Hermann Mueller-Graaf (1903-1963) schrieb im Jahre 1948 in seinem Buch "Irrweg und Umkehr" über den preußischen Staat (x056/33): >>"Altpreußisch", das bedeutete einfach, bescheiden, schlicht, gewissenhaft, treu, fleißig, bedürfnislos und hart gegen sich selbst zu sein.

"Altpreußisch", das sind jene sittlichen Kräfte, aus denen heraus vom "Großen Kurfürsten" bis auf den Vater Friedrichs, den "Soldatenkönig", die Hohenzollern aus der namenlosen Enge und Armut ... ein blühendes Land zu machen wußten ...

Doch meinen die Preußenhasser, wenn sie vom Geist Preußens sprechen, wohl vor allem einen Geist der Eroberung, der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts ... wie er sich vor allem in der Gestalt Friedrichs verkörpern soll. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Mann als der erste "Kriegsverbrecher" des Zweiten Weltkrieges anzusehen sei. Allzuoft hat man schließlich aus deutschem Munde etwas von der Linie gehört, die von Friedrich über Bismarck zu Hitler führen soll ...<<

Der deutsche Autor Ulfilas Meyer schrieb später über das "Trümmerkino" des Jahres 1948 (x115/259-267): >>... Bis Ende des Jahres 1948 wurden in allen vier Zonen 40 Spielfilme fertiggestellt. 14 stammten aus den Ateliers der Deutschen Filmaktiengesellschaft (DEFA) in der Ostzone, den Rest teilten sich 13 westliche Produktionsgesellschaften. 35 Filme befaßten sich in irgendeiner Form mit dem Zeitgeschehen.

Weder zuvor noch danach gab es im deutschen Film eine Epoche, in der die gelebte Realität so massiv Eingang in das Kino fand. Das macht diese sogenannten "Trümmerfilme" bemerkenswert, ungeachtet ihrer Qualitätsmängel, ihrer Auslassungen und ihrer Wirkungen.

Dem heutigen Betrachter präsentieren sie ein widersprüchliches Spektrum aus Eindrücken, die Betroffenheit und Verständnis erwecken, aber auch Unverständnis, Langeweile und Abwehr hervorrufen. Vorherrschend ist Düsternis, zerstörte Umwelt und Elend, beklemmend ist die Abwesenheit von Natur.

Irritierend wirkte der immer wieder fast plakativ vorgetragene Appell zum Aufbau und Eigeninitiative. "Irgendwie geht's immer weiter", spricht Hans Albers, der Prototyp des zupackenden Optimisten, am Schluß von "Und über uns der Himmel" ins Publikum. Und auch die "Zugvögel" wenden sich aus der Handlung heraus direkt an den Zuschauer mit dem Satz: "Und das wollen wir nie vergessen, denn das ist wichtig: Mut haben zum Leben!" An anderer Stelle heißt es: "Wir dürfen uns nicht länger treiben lassen. Wir müssen arbeiten und zupacken".

Die Schilderungen der Schicksale gehen auch heute noch unter die Haut, wenn sie glaubwürdig getroffen sind, wie etwa "Ehe im Schatten". Traditionelle Werte wie Arbeit, Familie und Glaube werden stark betont. Da das heute ganz anders ist, wird man zumindest nachdenklich gestimmt. Diesen Filmen nimmt man auch im Gegensatz zu vielen anderen, diese Positionen ab, ohne sie damit gleich gutheißen zu wollen. ...

Auffällig ist die Wahl der Themen und die Art und Weise wie mit Vergangenheit und Gegenwart umgegangen wurde. Nur 5 Filme befassen sich unmittelbar mit der Bewältigung der Vergangenheit: "In jenen Tagen", "Zwischen Gestern und Morgen", "Morituri", "Und finden dereinst wir uns wieder" und "Die Mörder sind unter uns". ...

18 der betreffenden 40 Filme behandelt Probleme und Schicksale der Nachkriegszeit. 4 davon transportieren in unterhaltender Form Botschaften zu aktuellen Problemen, wie etwa das der Geschlechtskrankheiten in "Straßenbekanntschaft". 7 Filme, unter ihnen "Zugvögel" und "Die Zeit mit Dir", propagieren eine optimistische Lebenssicht und weitere 7, wie etwa "Vor uns liegt das Leben" oder "Menschen in Gottes Hand", wollen primär inmitten von Chaos und Trümmern unterhalten.

... Lediglich die "Berliner Ballade" fällt durch intelligente Texte und Ideen von Günter Neumann, durch einen dezidierten moralischen Anspruch und einen unmittelbaren, ehrlichen Zeitbezug auf. Die Trümmer wurden mit Humor ertragen, der Finger wurde auf die Wunde gelegt: "Meine Kraft gehört dem Staat. Die Kraft ist da, nur der Staat noch nicht", spricht der wohlgenährte Schieber. Diese Leichtigkeit und Ironie anstelle von Pathos und Larmoyanz wären dem deutschen Film damals häufiger zu wünschen gewesen.

5 Filme schließlich stellen reine Unterhaltung ohne Zeitbezug dar ...

Zur Vervollständigung der thematischen Gliederung sei noch eine Gruppe von Filmen genannt, die sich kritisch mit dem Antisemitismus befaßte und damit der Vergangenheitsbewäl-

tigung zuzurechnen ist: "Ehe im Schatten", "Lang ist der Weg" und "Die Affaire Blum". Der letztgenannte Film ist wohl die beeindruckendste und inhaltlich konsequenteste Trümmeranalyse des deutschen Nachkriegsfilms.

5 weitere Filme schließlich sind als Wegbereiter des Sozialismus zu verstehen, zum Beispiel "Wozzek" und "Grube Morgenrot". ...

Mehr oder weniger im Schatten der Trümmer spielend, buhlten die deutschen Nachkriegsfilme mit zahlreichen ausländischen und wiederaufgeführten deutschen Filmen um die Gunst des Publikums. Sie hatten einen schweren Stand. Auf den westdeutschen Kinomarkt kamen bis Ende 1948 sechszwanzig Produktionen aus den Westzonen, 8 Austauschfilme aus dem Osten, 84 deutsche Reprisen (Wiederholungen) – die fast keine Kosten verursachten, weil Kopien reichlich vorhanden waren – und 312 Filme aus dem westlichen Ausland.

Der Kinobesuch war fast die einzige erschwingliche und gern genützte Abwechslung; die Filmtheater, von denen nach Kriegsende in den Westzonen noch ein Drittel existierte, waren meist voll. 1948 war ihre Zahl von 1.150 schon wieder auf 2.975 gestiegen. Die Durchschnittspreise lagen 1946 bei 1,10 RM, 1947 bei 1,02 RM und 1948 bei 0,87 RM. ...

Die Ablenkung von der Realität stand damals eindeutig im Vordergrund. Zeitbezogenheit in irgendeiner Form, und wenn es nur der Schwenk über Hausruinen war, wurde vom breiten Publikum abgelehnt. Eine Lesezuschrift aus dem Jahre 1947 verdeutlicht das:

"Uns, die wir ein strenges Leben zu führen haben, sollten die deutschen Filme, die jetzt entstehen, Abstand vor den Kümernissen ... des Alltags bringen. Sie sollten dafür sorgen, daß die Tür zum Grauen zufällt, daß uns der traurige Anblick der schwerverwundeten Stadt entzogen wird. Weitab rückend von jeder Zeitnähe, sollten sie uns nicht die rauhe Welt der Trümmer vor Augen führen. Den dünnen Schleier des Vergessens, den wir über das Harte und Feindliche der Gegenwart zu breiten suchen, sollte das grelle Licht der Scheinwerfer nicht durchleuchten". ...

Kritiker und Literaten hingegen forderten, "der neue deutsche Film müsse ein Abbild des heutigen Lebens sein. Er könne nur Probleme von Leuten behandeln und Konflikte, welche Konflikte des 'einfachen Mannes aus dem Volke' seien." ...

... Selbst die deutlichsten Wochenschau-Bilder, die dem Grauen gewidmet waren, vermochten die Seele der Zuschauer kaum noch anzurühren. Da ist irgendwo ein Ende. ...

Trotz allen guten Willens und mancher guter Ansätze hatte der deutsche Film der Nachkriegszeit nicht die Kraft, Strukturen auf dem Markt und in den Köpfen zu verändern. ...

Das Ausland hatte wenig Interesse am Import deutscher Filme und damit an einer Stärkung der deutschen Filmwirtschaft. Vielmehr wurde eine sehr große Zahl ausländischer Filme auf den seit Jahren abgeschotteten deutschen Markt geworfen. Zusammen mit den nach und nach freigegebenen UFA-Reprisen bildeten sie eine übergroße Konkurrenz für die wenigen Neuproduktionen. ...

Die Bedingungen für einen starken eigenständigen deutschen Film waren also schlecht. Die Menschen, die diese Filme erarbeiten sollten, waren zum großen Teil dieselben, die in der NS-Zeit bereits Filme hergestellt hatten. Da es die Tradition eines filmischen Widerstands nicht gegeben hatte, existierte auch keine Basis, auf der man hätte aufbauen können. Aber im Grunde genommen war auch das Publikum dasselbe geblieben. Es wollte nach wie vor lieber in derselben Art unterhalten werden, die schon während des Kriegs so gut von der Realität abgelenkt hatte. ...

Die Trümmerfilme waren unter dem Strich Filme, die in Trümmern spielten und dem Zuschauer durch gutgemeinte Ratschläge den "richtigen" Weg weisen wollten. Sie wollten nichts grundlegend verändern, sondern nur Lebenshilfe sein. Die Trümmer- und Ruinenfilme benutzten zwangsweise die zerstörten Städte als dramaturgisches Steigerungsmittel für private Glücksverheißungen.

Ihre Regisseure unterschieden sich darin gar nicht so sehr von einigen aus dem Ausland eingeflogenen Filmteams, denen Berlin oder Frankfurt willkommene Schauplätze für allerdings wesentlich perfektere Unterhaltung ohne Aufbaupathos war.

"Nie hätte ich mir in Hollywood träumen lassen, daß man so herrliche Shots in Berlin machen kann. Es wäre unmöglich gewesen, den Film drüben zu drehen", frohlockte Billy Wilder während der Dreharbeiten zu "A Foreign Affair" ...<<

Kommunistische Politiker traten im Jahre 1948 in öffentlichen Kundgebungen für die Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein.

Nachdem man Kinder deutscher Volkszugehörigkeit 3 Jahre lang von jedem Schulbesuch ausgeschlossen hatte, durften sie ab 1948 wieder tschechische Schulen besuchen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und den Ämtern wurde ebenfalls erlaubt (x004/133-134).

Im Jahre 1948 durften viele verschleppte reichs- und volksdeutsche Zwangsarbeiter endlich die UdSSR verlassen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter aus Ostdeutschland und Polen (x001/84E-87E): >>... Der überwiegende Teil der zahlreichen Lager mit teils nur wenigen hundert, teils mehreren tausend Deportierten, befand sich in den Industriebezirken am Ural, im Donez- oder Don-Gebiet.

Von den Strapazen des wochenlangen Transportes waren die Deportierten so geschwächt, daß ihnen im allgemeinen nach der Ankunft einige Wochen der Ruhe gewährt werden mußten, sollten sie wieder arbeitsfähig werden. Mit der Ankunft in den russischen Arbeitslagern hörten im großen Ganzen die Quälereien durch die Wachmannschaften auf, von denen die Verschleppten auf dem Weg in die Sammellager in Ostdeutschland und bis zur Abfahrt heimgesucht worden waren. Auch Vergewaltigungen von Frauen scheinen kaum noch vorgekommen zu sein.

Statt dessen begannen besonders im Frühjahr 1945 das Übermaß der zu leistenden Arbeit und die unzureichende Verpflegung in den Lagern katastrophale Folgen hervorzurufen. Allein die Art der zu leistenden Arbeit bedeutete eine Überforderung der Deportierten. Denn in der Regel waren es die körperlich schwersten Arbeiten, die sie zu verrichten hatten.

In den Waldgebieten Nordrußlands und des Kaukasus mußten Bäume gefällt und zersägt, daneben auch schwere Erd- und Torfarbeiten geleistet werden. In den Industrievieren im Ural und am Donez und Don haben Frauen und Männer aus Ostdeutschland in langen Schichten unter Tage Kohle und Erz fördern müssen, und zahlreiche verschleppte Deutsche wurden hier auch zu schweren Verlade- und Transportarbeiten herangezogen und in Fabriken, Steinbrüchen und Ziegeleien oder beim Straßen- und Schienenbau eingesetzt.

Je nach Jahresfrist wechselten die Arbeiten. Im Sommer und Herbst nahm die Kolchoswirtschaft einen großen Teil der Deportierten in Anspruch; im Winter bestand die Zwangsarbeit oft darin, die Schienen- und Straßenwege von den Schneemassen freizuhalten. - Verstärkt wurden die arbeitsmäßige Überbeanspruchung und bewußte Ausnutzung durch Arbeitszeiten von oft 12 und mehr Arbeitsstunden täglich.

In diesem Zusammenhang kam vor allem dem sowjetischen Leistungs- und Normprinzip eine verhängnisvolle Bedeutung zu. Je nach Gesundheitszustand und körperlicher Verfassung in Arbeitsgruppen mit verschieden hoher Norm eingestuft, haben die Deportierten oft versucht, durch Übererfüllung der Leistungsnorm sich zusätzliche Verpflegung zu erarbeiten, da der kärgliche Normalsatz oft völlig unzureichend war.

Solche regelmäßigen Übersoll-Leistungen bedeuteten aber nicht nur eine fortgesetzte Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern führten oft auch dazu, daß die Normen erhöht wurden. Im Gegensatz zu den russischen Arbeitern, die mit solchen Gepflogenheiten der "Leistungs-

steigerung" schon vertraut waren und sich davon kaum noch antreiben ließen, sind viele Deutsche diesem ausgeklügelten System zum Opfer gefallen.

Da die Verhältnisse in den Lagern außerdem meist völlig unhygienisch waren, nahmen - trotz anerkannter Bemühungen russischer Ärzte und Ärztinnen - Krankheiten und Sterbefälle im Jahre 1945 immer stärker zu. Weitaus die meisten Verluste, die unter den deportierten Deutschen entstanden, fielen in die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst 1945, als in manchen Lagern mehr als die Hälfte der Belegschaft zugrunde ging.

Für diejenigen, die diese Zeit überstanden, begann sich die Lage in der folgenden Zeit etwas zu bessern. Zwar ließ das Übermaß der Arbeit in Kohlengruben, in der Landwirtschaft, beim Holzfällen oder bei der Aufräumung von Städten nicht nach, aber allmählich wurden die Verpflegungssätze erhöht, so daß der Gesundheitszustand der Verschleppten sich besserte. Unterschlagungen von Lebensmitteln durch die Lagerleitung sowie Bestechungen und Übervorteilungen durch die Wachmannschaften, bei denen in manchen Lagern auch Polen mitwirkten, haben jedoch dazu geführt, daß auch später noch teilweise recht schlimme Verhältnisse herrschten.

Da die Lager für Zivilpersonen in Rußland ganz allgemein als Straf- oder Besserungslager galten, waren ihre Insassen im Grundsatz wesentlich schlechter gestellt als die deutschen Kriegsgefangenen. In den Jahren 1947-48 wurden in manchen Lagern die strengen Bestimmungen gelockert und den Verschleppten eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Teilweise gab es zu dieser Zeit auch eine geringfügige Entlohnung für die geleistete Arbeit, so daß die Verschleppten sich Lebensmittel oder Kleidung kaufen konnten. Soweit sich ein Kontakt mit der russischen Zivilbevölkerung ergab, zeigte diese keine Feindschaft gegenüber den Deutschen.

Schon im Sommer und Herbst 1945 waren, z.T. verursacht durch die enorm hohe Sterblichkeit, die ersten Lagerauflösungen und Rücktransporte erfolgt. Damals wurden vor allem Kranke und Nichtarbeitsfähige nach Deutschland entlassen, auch von ihnen starben noch manche unterwegs, obwohl die Verpflegung auf der Rückfahrt im allgemeinen wesentlich besser war als auf der Hinfahrt.

Nach der ersten Entlassungswelle von 1945 zogen sich die Lagerauflösungen und Rücktransporte nach Deutschland in großen Abständen und Unterbrechungen durch die Jahre 1946, 1947 und 1948 hin. Die letzten größeren Rücktransporte fanden im Jahre 1949 statt, nachdem die Verschleppten 4jährige Zwangsarbeit geleistet hatten. Seitdem sind nur noch vereinzelt verschleppte Zivilpersonen zurückgekehrt. Obwohl bekannt ist, daß noch manche von ihnen in der UdSSR leben, muß zweifellos damit gerechnet werden, daß der überwiegende Teil der nicht Zurückgekehrten in Rußland verstorben ist.

Die Höhe der durch die Verschleppungsaktion unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung hervorgerufenen Verluste kann vorläufig nur annähernd erfaßt werden. Nach allen bisher vorliegenden Ermittlungen und den Angaben der Berichtersteller über die Sterblichkeit in den Verschleppungslagern und während der Transporte muß angenommen werden, daß etwa die Hälfte der Deportierten und dazu noch mehrere Tausende von denen, die zwar festgenommen und in Sammellager eingeliefert, aber nicht mehr deportiert wurden, im Verlauf der Verschleppungsaktion umgekommen sind. Die Gesamtverluste, die infolge der Verschleppung eintraten, beziffern sich sicher auf mindestens 100.000 bis 125.000 Tote.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Ungarn-Deutschen (x008/44E): >>... Schon im Sommer und Herbst 1945 trafen die ersten Züge mit Rückkehrern aus Rußland wieder in der Heimat ein. Es waren ausschließlich Krankentransporte, deren Insassen bis zum Skelett abgemagert waren. Auch die Heimkehrer der folgenden Jahre wurden nur entlassen, weil sie

inzwischen arbeitsunfähig geworden waren. Seit 1948 kehrten auch Gesunde zurück, die Transporte gingen zu dieser Zeit schon in vielen Fällen über Frankfurt an der Oder, da inzwischen der größte Teil der Angehörigen der Verschleppten ausgewiesen war und in Deutschland lebte.

Insgesamt sind nach ungarischen Angaben 600.000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt worden, darunter etwa 30.000 bis 35.000 volksdeutsche Zivilisten und etwa 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene.

Dies bedeutete, daß etwa 10 % der ungarischen Verschleppten und Kriegsgefangenen Volksdeutsche waren, während deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nach dem amtlichen Volkszählungsergebnis von 1941 nur 5,2 % für Trianon-Ungarn bzw. 4,8 % für das damalige Gesamtungarn betrug.

Die meisten verschleppten Volksdeutschen stammten aus Südwestungarn, also der ungarischen Batschka und der Schwäbischen Türkei. Das Deutschtum um Budapest wurde nur in den ostwärts der Donau gelegenen Orten radikal von der Verschleppung erfaßt. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Jugoslawien-Deutschen (x006/96E-97E):

>>... Bis 1947 wurde häufig wochentags in 2 Schichten zu je 12, sonntags zu 9 Stunden gearbeitet, später in 3 Schichten zu je 8 Stunden. Die mangelnde fachliche Qualifikation für die Arbeitsleistungen, allgemeine Erschöpfung und ungenügend geschützte Arbeitsplätze führten häufig zu schweren Unfällen.

Die Ernährung war völlig unzulänglich und stand in keinem Verhältnis zur geforderten Leistung. Wenn sich die Versorgung auch allmählich im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse in der Sowjetunion nach dem Kriege hob - insbesondere bedeutet das Jahr 1947 hier einen gewissen Wendepunkt - und die Möglichkeiten eines zusätzlichen Lebensmittelerwerbs, z.B. durch Arbeit auf Kolchosen, zunahm, so forderten Hunger, Unfälle und Unterernährung doch viele Todesopfer. Dazu kamen die mangelhaften hygienischen Verhältnisse, sie riefen in den Lagern zahlreiche Epidemien hervor, die durch die Überfüllung der Massenquartiere, fehlende ärztliche Behandlung und Medikamentenmangel noch gesteigert wurden.

Die ersten Kranken und Arbeitsunfähigen wurden im Sommer 1945 entlassen. Weitere Krankentransporte wurden im Laufe der Jahre 1946, 1947 und 1948 zusammengestellt. Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung dieser Lager im Oktober/November 1949. Die Transporte wurden im Sommer und Herbst 1945 nach Jugoslawien zurückgeführt, wo man die von den Sowjets entlassenen Heimkehrer sofort in die bestehenden Zwangslager für Volksdeutsche verbrachte. Als im Laufe des Jahres 1946 weitere Volksdeutsche aus Jugoslawien mit Krankentransporten ins rumänische Entlassungslager Focsani kamen und dann in ihre Heimat weitergeleitet werden sollten, verweigerten die jugoslawischen Behörden ihre Aufnahme.

Die Transporte dieser Heimkehrer wurden dann wochenlang im Grenzgebiet zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn hin- und hergeschoben, bis sie sich zerstreuten oder sie schließlich von den ungarischen Behörden nach Österreich abgeschoben wurden.

Die Gesamtzahl der in die Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen läßt sich nach der Zahl und Stärke der ermittelten Transporte auf ca. 27.000 bis 30.000 schätzen. Die Verlustquote ist schwerer zu bestimmen, jedoch wird man annehmen dürfen, daß ca. 16 % der Deportierten in der Sowjetunion verstorben sind; die Mehrzahl der Überlebenden wurde durch Krankheiten und Entbehrungen physisch gebrochen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Rumänien-Deutschen (x007/80E): >>...

Schon im Spätsommer 1945 kehrten die ersten Krankentransporte nach Rumänien zurück. Weitere Transporte mit Arbeitsunfähigen folgten. In den Jahren 1946/47 wurden diese Heim-

kehrerzüge allerdings fast ausschließlich über Frankfurt/Oder nach Mitteldeutschland geführt; eine Rückkehr nach Rumänien wurde den Angehörigen dieser Transporte, die zum Teil jahrelang in sowjetzonalen Arbeitslagern oder zur Landarbeit eingesetzt wurden, im allgemeinen nicht gestattet. Die Masse der Deportierten wurde in den Jahren 1948/49 nach Rumänien oder Deutschland zurückgeführt; die letzten konnten erst 1950/51 heimkehren.

Nach zuverlässigen Schätzungen muß mit einer Verlustquote von nahezu 15 % gerechnet werden: mehr als 10.000 kehrten nicht zurück. Von den Heimkehrern blieb fast die Hälfte in Deutschland und Österreich.<<

Im Jahre 1948 hoben die letzten US-Bundesstaaten (Arizona und New Mexiko) das Wahlverbot für die nordamerikanischen Ureinwohner auf (x180/39).

Obwohl die Vereinigten Staaten Chiang Kai-shek mit Kriegsmaterial und militärischen Ausbildern unterstützten, begann im Jahre 1948 der unaufhaltsame Siegeszug der kommunistischen Truppen von Nord- nach Südchina.

### **1949**

Im Rahmen der Bodenreform hatte man bis zum 1. Januar 1949 in der SBZ bereits 11.390 private Landwirtschaftsbetriebe enteignet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Bodenreform" in der SBZ (x009/79): >>Die sog. Bodenreform der SBZ erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzverwaltungen (3.9.1945: Provinz Sachsen, 6.9.1945: Provinz Mark Brandenburg, 7.9.1945: Land Mecklenburg-Vorpommern, 11.9.1945: Land Sachsen, 12.9.1945: Land Thüringen).

Die Bodenreform wurde offiziell begründet als "unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit". Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie Betriebe von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten". Mit der Enteignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die Gutshäuser wurden zum großen Teil "als Wahrzeichen des Feudalismus" abgerissen.

Bis 1.1.1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7.112 Güter mit 2,5 Millionen ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4.278 Betriebe mit 124.000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie einen Bodenfonds von rund 3,22 Millionen ha Land- und forstwirtschaftlicher Fläche.

Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119.530 landlose Bauern und Landarbeiter 924.365 ha; an 89.529 Vertriebene 754.976 ha; an 80.404 landarme Bauern 270.949 ha; an 45.403 Kleinpächter 43.969 ha; an 169.427 Arbeiter und Handwerker 111.203 ha; an 39.786 Altbauern (Waldzulagen) 60.140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in "Volkseigentum" übergeführt (Volkseigene Güter).

Das den Bodenempfängern durch die Bodenreform zugewiesene Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1.000-1.500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Bodenkommissionen festgesetzt. Die Bezahlung konnte in bar oder natura in Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. Bodenreform-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Über die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändigt. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt.

Gemäß Befehl 209 der SMAD sollte durch ein Bodenreform-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209.000 Neubauern mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden. Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programms verhindert ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Bauern" in der

SBZ (x009/55-56): >>... Die in der SBZ geläufigen Bauern-Begriffe erfahren willkürlich veränderte Ausdeutungen nach kommunistischen Grundsätzen.

Im Sinne des Klassenkampfes auf dem Lande wird differenziert zwischen "werktätigen" Kleinbauern mit "reiner Warenproduktion" ohne jede Kapitalakkumulation und "Ausbeutung" fremder Arbeitskräfte sowie zwischen Mittel- und Großbauern (bis bzw. über 20 ha Nutzfläche), die angeblich "kapitalistische" Merkmale in mehr oder weniger starkem Maße aufweisen und also Zielscheibe des Kampfes sind.

Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubauern war eine Folge der Bodenreform; nach 1952 wurde zwischen Einzel- und Genossenschaftsbauern unterschieden. Der Kampf gegen die "Großbauern" wurde immer mehr zu einem Kampf gegen die noch privat wirtschaftenden Einzelbauern, unabhängig von der Größe ihrer Betriebe.<<

Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone erklärte am 1. Januar 1949 (x112/647): >>... Das abgelaufene Jahr brachte mit der imperialistischen Zerreißung Deutschlands durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und durch die amerikanische Annektion des Ruhrgebietes eine schwere Bedrohung der Sache des Friedens.<<

Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtete am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>**Tedeum des Sieges**

Der französische Ministerrat beilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

**Treu und Glauben.** "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde im "good faith", auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber.

"Ich kann nicht glauben, daß hinter dem Ruhrstatut der Geist europäischer Zusammenarbeit zugunsten Europas steht." Ludwig Erhard glaubt eher an kleinliche Überlegungen konkurrenzmäßiger Art.

Die Pariser Wirtschaftszeitung "L'Echo de la Finance" bekräftigt das auf gut französisch: "Wir sind vor allem durch das industrielle Potential unserer ehemaligen Feinde beunruhigt. Wenn die deutsche Stahlindustrie uns morgen von den europäischen Märkten verdrängt, bleibt uns keine Möglichkeit, die Devisen zu erwerben, die wir bitter nötig haben. Die Kraftprobe zwischen uns und unseren früheren Gegnern ist jetzt nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art."

**Unglauben.** Der "Combat" in Paris empfiehlt, das Ruhrstatut mit Vorsicht und sogar "mit Unglauben" aufzunehmen. In seinem Leitartikel erteilt die unabhängige Tageszeitung den Kontrollbestimmungen die Prädikate "zusammenhanglos und dehnbar".

Tatsächlich liegen die Begrenzungen der Eingriffe in das westdeutsche Wirtschaftsleben nur schwer feststellbar zwischen den Buchstaben des Abkommens und dem guten oder bösen Willen seiner Unterzeichner. Durch den Artikel 14 wird die neue Ruhrbehörde zu einer Super-Jeia (Auslandsbehörde der westlichen Besatzungsmächte) für den westdeutschen Export.

Ihre Aufgabe ist die Verteilung der gesamten Kohle-, Koks- und Stahlproduktion von 135 großen Gruben und Bergwerken, 12 Hochöfen, 263 Eisenwerken, 296 Gießereien und 57 Walzwerken.

Die Erzeugung von fast 7.000 mittleren und großen Unternehmen im westdeutschen Industriegebiet soll so verteilt werden, daß "Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den deutschen Rohstoffen" erhalten. Deutschlands "wesentliche Bedürfnisse" werden dabei berücksichtigt.

Das Ruhrgebiet stellt die Grundstoffe für 80 Prozent des deutschen Exportes. Die Ruhrbehörde hat das Recht, die "Mindestmengen" für den Export und den deutschen Bedarf von Kohle, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl festzusetzen. Es wird künftig Sache der internationalen Kontroll-Behörde sein, wieviel Kohle die deutschen Porzellanfabriken in Bayern erhalten, oder wieviel Bunkerkohle in die Bäuche deutscher Fischdampfer kommt.

Die Behörde kann dabei selbst die Qualitäten oder Typen der auszuführenden Produkte bestimmen. Wenn sie die Qualität der Edelsehale vorschreibt, kann beispielsweise mit einem Schlage der gesamte deutsche Zahnbohrer-Export (ein guter Devisenbringer im Kanada-Geschäft) ausgeschaltet werden.

Die allgemeine Hoffnung im Ruhrgebiet auf eine Erhöhung der jährlichen Stahlproduktion (auf etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen) wurde enttäuscht. Es bleibt bei 10,7 Millionen. Schon jetzt beträgt die Monatsproduktion rund 600.000 Tonnen.

**In alle Ewigkeit.** Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls, der hier und da mahnend aus der dialektischen Dunkelheit der 6.000 Worte spricht, könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden.

Schon das letzte Jahr brachte in der deutschen Kohleausfuhr einen zweifelhaften Exporterfolg. Die Ausfuhr von Steinkohlen erhöhte sich 1948 gegenüber 1947 um etwa 75 Prozent. Die Kohleproduktion selbst stieg kaum um 20 Prozent.

Die Jeia-Anordnung Nr. 1 verbot den Export von deutschem Roheisen. Artikel 14 der Ruhrstatuten kann die Roheisenausfuhr trotzdem möglich machen. Die letzten Jeia-Bestimmungen vom Dezember 1948 ließen die deutschen Ausfuhrzügel etwas lockerer. Das Ruhrstatut droht die alten Scheuklappen in Disposition und Preisgestaltung wieder hervorzuholen. Aus den Paragraphen knistert es schon wieder nach den 32 kaum zerknüllten Ausfuhrformularen.

Hundert Kilo gewalzter Edelsehale für Metallsägen kosten auf dem Weltmarkt 45 bis 50 Dollar. Selbst bei verbesserten Herstellungsmethoden könnte der deutsche Exporteur nicht billiger liefern, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Durch das Recht zur Regulierung des deutschen Exports hat die Kontrollbehörde die Möglichkeit, willkürlich den gesamten Handel mit Skandinavien, Spanien, Italien oder Südosteuropa zu unterbinden. In der Außenpolitik der Ruhrstatut-Mächte könnte so der Ruhrexport ein wirksames außenpolitisches Druckmittel werden.

Nach Artikel 15 darf die Behörde Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere wirtschaftliche Maßnahmen deutscher Stellen überprüfen. Sieht die Behörde

diese Maßnahmen als schädlich für ihre eigenen Kohle-, Koks- und Stahldispositionen an, so kann sie bestimmen, daß solche Anordnungen abgeändert oder aufgegeben werden.

Das ist der Hiobparagraph für jeden künftigen deutschen Wirtschaftsminister, der sein eigenes Konzept für irgendeine Wirtschaftspolitik besitzt und durchführen möchte.

Die künftige Preisbildung der Ruhrbehörde für die Grundrohstoffe bestimmt auch mit das inländische Preisspiegelbild Westdeutschlands.

Letzten Endes hängt es von der Preiskalkulation der Westsignatarstaaten ab, welchen Betrag westdeutsche Hausfrauen für ihre Kochtöpfe zahlen müssen und was ihnen in Mark und Pfennig die Gasuhr am Monatsende geschlagen hat.

**Auch die letzten Bayern.** "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."

Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte.

Maßnahmen einer deutschen Regierung, die eine Durchführung der Kontrolle behindern, können von der Behörde ausgesetzt werden. Die deutschen Vertreter haben dann eine Einspruchsfrist von fünfzehn Tagen. Danach kann die deutsche Regierung für schuldig erklärt werden. Den Gerichtsstand für beide Teile bestimmen in jedem Falle die Signatarmächte des Londoner Ruhrabkommens.

**Offene Fabrikture.** Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabrikator offen.

Sie können Untersuchungen, Zeugenvernehmungen und die Durchsicht von Akten und Einrichtungen privater oder öffentlicher Organisationen durchführen. Westdeutschlands Unternehmer bangen wieder um ihre Erfindungen und Produktionsverfahren. Die Arbeiter bangen mit.

"Wir haben alles getan, um die Ruhrarbeiter zu arbeitsamen europäischen Demokraten zu machen, und nun setzt man diesen Arbeitern eine fremde kapitalistische Diktatur vor die Nase", händeringt der Betriebsrat der Zeche "Julia" in Herne.

"Stellen Sie sich folgendes vor: Eine Schnüffelkommission aus französischen Offizieren kommt ins Werk. - Ah, würde der alte Arbeiter sagen: das wird ja 1923 gespielt; die alte Tante Micum (die damalige französische Industriekommission) ist wieder da. Dann aber wird es ernst: Aus dem sumpfigen Boden des französischen Nationalismus, der an der Ruhr vorexerziert wurde, sind die Schlageters aufgestiegen. Auch der Kommunismus wurde groß. Das Ruhrabkommen liefert Moskau auch heute erstklassige Trümpfe."

Westdeutschlands Arbeiterschaft vermutet meist unbesehen in den Kontrollparagrafen die Achillesfersen eines Tausendfüßlers. Sie sucht vergeblich nach den Eigentumsbestimmungen. Ihre Funktionäre prophezeien ein rapides Absinken des Leistungswillens und der Meldungen zum Ruhrbergbau.

**Eine große Sache.** "Kohle - Brot und Aufbau. Helft mehr Kohle fördern und werdet Bergmann", steht in Deutsch auf dem Plakat im Zimmer 118 des US-Hauptquartiers im Frankfurter

I.-G.-Haus.

Neben der drei Meter hohen Deutschland-Wandkarte mit dem rotstift-ummalten Ruhrgebiet (bis zur holländischen Grenze) hängen auf 118 seit ein paar Tagen noch mehr Plakate und Graphiken mit dem deutschen Wort "Kohle".

Davor sitzt ein grauhaariger Amerikaner im schottisch karierten Businessanzug: Mr. F. C. Wright jr., der Berater für Wirtschaftsfragen beim Zweimächtekontrollamt.

"Wissen Sie, das mit dem Ruhrstatut scheint eine große Sache zu sein. Ich habe mir das schon am Sonntag überlegt, als ich es in der New York Herald Tribune las." Sonst hat F. C. Wright jr. noch keine feste Meinung über die Ruhrkontrolle. "Geben Sie mir acht Tage Zeit, dann kann ich Ihnen sagen, was ich darüber denke."

**Bitte Zeit.** Die Franzosen sitzen am anderen Ende des Korridors. Besucher werden in dem spärlich möblierten Raum der französischen Verwalter mit routinierter Höflichkeit empfangen.

Eine Meinung über das Ruhrstatut aber haben die Frankfurter Franzosen nicht. Mit höflich neutralem Lächeln bitten sie sich Zeit aus. "Wir haben ja hier gerade erst angefangen." Ihre Regierung in Paris bezeichnet das Übereinkommen als wichtigen Schritt auf dem Wege zu künftigen Regelungen.

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen.

Selbst bei der ausnahmsweisen Verteilung von Roheisen müssen es gerade zwölf Stimmen sein, die den Beschluß gültig machen. Falls die westlichen Kontrahenten Roheisen wollen, wird geliefert Auch wenn die deutschen Stimmen protestieren.

Kontrollrats- und UNO-Kenner prophezeien einträgliche Kuhhändler mit den Stimmen. Die Franzosen wären für jede Unterstützung ihres Planes zur Verschiffung der Ruhrkohle nach Lothringen dankbar, um die eigene Stahlproduktion auf die im Monnet-Plan vorgesehene Höhe von 15 Millionen Tonnen jährlich zu bringen.

Für Holland und Belgien ergibt sich die Möglichkeit, gegen ihr Jawort die drei französischen Stimmen für eine mögliche Transportbevorzugung der belgisch-holländischen Häfen einzuhandeln.

"Ich denke da an das Feilschen der einzelnen westeuropäischen Staaten beim O.E.C.C. (Marshallplan-Büro) in Paris über die Verteilung der ERP-Dollar erinnert sich Professor Erhard. "Warum sollten da jetzt ausgerechnet hinter dem Ruhrstatut hehre Ideen stehen?"

Da acht Stimmen im Normalfall für einen Beschluß notwendig sind, könnten die Angelsachsen zusammen mit ihrem Platzhalter für das unmündige Deutschland ihre Ansichten immer durchdrücken.

Wie das Pariser Marshallplan-Büro steht auch die neue Ruhrbehörde vor der Aufgabe, das wirtschaftspolitische Sonderinteresse einzelner Staaten zugunsten des gemeinsamen Aufbaues Westeuropas zurückzustellen.

**Eine kleine Garantie.** Jede größere Benachteiligung Deutschlands würde die amerikanischen und englischen Steuerzahler sehr bald fühlen lassen, daß Deutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn ihm die industriellen Möglichkeiten verbaut werden. Das ist eine kleine Garantie dafür, daß im Rate der Ruhrbehörde Deutschland bei der Verteilung seiner eigenen Produktion nicht zu kurz kommt. Wie überhaupt das Abkommen nur in seiner Praxis endgültig als verwerflich oder annehmbar bezeichnet werden kann.

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der

britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen".

Die Ruhrstatuten fordern eine Zusammenarbeit zwischen den Ruhrkontrolleuren und den Pariser ERP-Marshallplanern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold dachte den Marshallplan-Gedanken im Ruhrstatut zu Ende.

An Stelle der einseitigen Kontrolle des Ruhrreviers fordert er einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage. Dazu sollten Deutschland die Ruhr, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie, Frankreich das lothringische Erzvorkommen und die Saar einbringen.

"Das kommt vielleicht später noch", tröstet der Londoner "Observer" und fordert Deutschland auf, erst wieder einmal "etwas Vertrauen" zu schaffen. Auch der "Nieuve Rotterdamsche Courant" plädiert für eine Kontrolle aller westeuropäischen Industriezentren (s. Spiegel Nr. 48/1948). Die Londoner "Times" weist darauf hin, daß in dem Ruhrstatut Hinweise auf die Möglichkeit einer Revision gegeben sind. Deutsche Kritik sei jetzt aber "nur mit Gedächtnisschwund" zu entschuldigen.

Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.

**Nicht über den Weg.** Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt. Die Sowjets argwöhnen, daß der Rohstoffnachschub für den Wiederaufbau der westeuropäischen Rüstungsindustrie künftig auch aus Westdeutschland kommen könnte. Sie trauen auch dem Sicherheitsamt nicht über den Weg.

Die militärische Sicherheitsbehörde ist bereits konstituiert. Als Vertreter der drei westlichen Militärgouverneure wurden der amerikanische Generalmajor James P. Hodges (bisher Direktor bei der amerikanischen Militärregierung), der englische Generalmajor V. J. Westropp (bisher stellvertretender Stabschef der britischen Militärregierung) und der französische General Paskiewicz (bisher Leiter der Entwaffnungsabteilung der französischen Militärregierung) ernannt.

Das Amt soll 150 Mann Personal beschäftigen. Vorgesehen sind eine militärische, eine industrielle und eine wissenschaftliche Abteilung. Sitz der Sicherheitsbehörde soll Stuttgart oder Baden-Baden, das Ruhrbehördenquartier wahrscheinlich Düsseldorf sein.

Der westdeutsche Kommunistenchef Max Reimann will die in Bonn streitenden Verfassungshähe zu einer Erklärung über das Ruhrstatut bewegen. Auch der Rat der elf westdeutschen Ministerpräsidenten will sich äußern. Das Kabinett Nordrhein-Westfalen ernannte einen ständigen Ausschuß von Sachverständigen, der die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Ruhrstatutes beobachten soll. Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.

UNTER DEM RUHRSTATUT  
ANTEIL DES RUHRGEBIETS

WEST-DEUTSCHLAND = 100 %  
 95 % DER STEINKOHLENVORRÄTE  
 90 % DER KOHLENPRODUKTION  
 80 % DER EISENSCHAFFENDEN INDUSTRIE  
 87 % DER ROHSTAHLPRODUKTION  
 65 % DER GIESSEREIEN  
 KOHLEN-EXPORT der britischen Zone in Mio. Tonnen

**1947 1948**

FRANKREICH	1,7	4,6
LUXEMBURG	1,5	2,3
BELGIEN	0,7	1,2
HOLLAND	1,0	1,7
DÄNEMARK	0,8	0,6
NORWEGEN	0,4	0,2
SCHWEDEN	0,1	0,7
ÖSTERREICH	1,4	2,3
ITALIEN	0,9	1,5
SONSTIGE	0,5	0,8<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtete am 8. Januar 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>Jeder Fünfzehnte ...

Drei Noten gingen am Montag gleichzeitig im Moskauer Außenministerium ein. Die Vereinten Staaten, England und Frankreich ließen durch ihre diplomatischen Vertreter anfragen, ob Rußland die noch in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 entlassen habe. Das war zwischen den Außenministern der großen Vier am 23. April 1947 beschlossen worden.

In ihrer Anfrage machten die Westmächte gleich die Gegenrechnung auf. In der englischen Note wurde von den 447.367 Kriegsgefangenen aus Rußland gesprochen, die nachgewiesenermaßen bis Ende 1948 in Deutschland eingetroffen sind. Die Schlußfolgerung: Noch mindestens 200.000 deutsche Kriegsgefangene müssen sich in sowjetischer Hand befinden.

Molotow schwieg, wie er auch die britische Note vom 9. März 1948 "über die gegenseitige Benachrichtigung von Todesfällen kriegsgefangener Soldaten" nicht beantwortet hat. Statt dessen schlug die "TASS" Lärm. "Lügner" und "Verleumder" wurden die westlichen Anfrager gescholten, und nach den west-verfügten PoW's wurde gefragt, die angeblich auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kriegsdienste leisten dürfen. Nur für die deutschen Mithörer gab es ein Trostpflasterchen: Der Rest der Kriegsgefangenen wird dem sowjetischen Plan entsprechend im Laufe des Jahres 1949 nach Deutschland zurückgebracht werden.

Wie viele Deutsche es genau sind, die noch ein Jahr russische Kriegsgefangenschaft vor sich haben, weiß niemand. Es gibt in ganz Deutschland keine amtliche Stelle, die nachzuforschen hätte, wieviel Deutsche sich heute noch außer Landes befinden oder in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Karitative Organisationen und politische Parteien haben auf eigene Faust recherchiert.

In Hannover in der Odeonstraße bei der SPD-Reichsleitung macht dies von parteiamtswegen Hans Stephan. Was in den Heimkehrerlagern die Angehörigen verschollener Kriegsgefangener aus privater Herzensnot tun, daß sie nämlich den heimkehrenden Kameraden die Bilder ihrer Vermißten vorhalten, hat Stephan zu einem System erhoben. Er sammelt Einzelnachrichten von Ostheimkehrern und trägt aus vielen tausend Steinchen ein Kriegsgefangenen-Mosaik

zusammen.

Ursprünglich war dem einstigen Breslauer SPD-Kassierer, Ostvertriebenen und Ägypten-PoW mehr die propagandistische Seite des Kriegsgefangenenproblems ans Herz gelegt worden. Er sollte Außenminister Molotow Lügen strafen. Der hatte nämlich am 31. März 1947 die Zahl der in der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen mit 890.532 angegeben. Diese Zahl schien vielen Deutschen, vielen Ausländern - noch in der britischen Note vom Montag wird sie wieder in Zweifel gezogen - und dem SPD-Reichsvorstand viel zu niedrig. Die Odeonstraße startete eine Aktion, um die wirkliche Zahl aller Rußland-Gefangenen herauszubekommen (vgl. Spiegel Nr. 19/47).

Hans Stephan fing an zu sammeln. Stoßweise schüttete die Post einzelne Angaben und Mitteilungen auf seinen und seiner Mitarbeiter Schreibtische. Je länger er sammelte und je intensiver er auswertete, um so mehr begriff er, wie Molotow zu den 890.532 gekommen war.

Hans Stephan rechnet so: Die sowjetamtliche TASS-Agentur hat im April 1945 3,8 Millionen Deutsche in russischer Hand gemeldet. Wenn man den Durchschnittssatz von 20 Prozent Zivilinternierten von den TASS-Zahlen abzieht, so bleiben drei Millionen deutsche Kriegsgefangene, die sich im Mai 1945 in russischer Hand befanden. Seitdem seien, will Stephan errechnet haben, 1,5 Millionen entlassen worden, eine halbe Million amtlich zugegebener stehe noch aus. Die restliche Million deutscher Männer müsse aber wohl abgeschrieben werden.

Von den seit Februar 1948 im Lager Friedland befragten Heimkehrern sind 690.000 Namen von Soldaten genannt worden, die während der Gefangenschaft verstorben sind. Durch Friedland wird bestenfalls nur ein Drittel aller Ostheimkehrer geschleust. Mögen sich die Angaben auch oft überschneiden, sagt Hans Stephan, so ergibt sich doch, daß jeder siebentzigste Deutsche, jeder fünfzehnte deutsche Soldat in der sowjetischen Gefangenschaft erfroren oder verhungert ist.

Lage und Name von über 1.000 Kriegsgefangenenlagern in West-Rußland hat Hans Stephan feststellen und in eine Karte eintragen lassen. Das Material über die Lager jenseits des Ural ist noch zu unvollständig, um veröffentlicht zu werden.

Das aber konnte man in Erfahrung bringen: Die Lager der Nummern 1.000 bis 6.050 sind Lazarett-, Erholungs- und Schulungslager. Die Lager der Nummern 6.300 bis 6.500 unterstehen der Roten Armee und arbeiten für sie. Die Insassen von 7.000 bis 7.961 sind in Bergbau, Straßenbau, Landwirtschaft und Industrie eingesetzt.

Ergänzt werden Hans Stephans Ermittlungen durch den Kriegsgefangenenausschuß des Stuttgarter Länderrats. Der hat aus Heimkehrermunde von zwölf Schweigelagern in der Sowjetunion erfahren. Deren Insassen dürfen auch heute noch nicht nach Hause schreiben. Die Zahl zwölf wird als Mindestangabe geschätzt. Wahrscheinlich gibt es noch viel mehr Lager, deren Insassen wie in einem lebendigen Sarge gehalten werden.

Die Stuttgarter wissen auch von mindestens 28.000 weiteren Kriegsgefangenen, die Polen noch zurückhält. Von ihnen sollen nur einmal die entlassen werden, die in der Sowjetzone beheimatet sind. So hat es Moskau der Warschauer Regierung befohlen. Warschau selbst gibt eine andere Auskunft. Es will erst dann die West-Beheimateten nach Hause schicken, wenn ein entsprechender Vertrag abgeschlossen ist. Mit wem dieser Vertrag zu schließen sein würde, sagt Polen nicht.

Hans Stephan wird weiter sammeln und auswerten müssen. Nach dem russischen "Vertragsbruch", wie "OMGUS-Berlin" kommentierte, bleibt ihm zumindest noch für 1949 Arbeit genug. Mit ihm warten die Angehörigen in Deutschland. Für sie hatte die sowjetisch lizenzierte "Berliner Zeitung" zu Weihnachten einen wohlgefälligen Trost: "Wer einen Kriegsgefangenen aus dem Osten erwartet, weiß sicher, daß er heimkehren wird. Sie leben friedlicher als wir, formen sich schneller als wir zu neuen zukunftsreichen Menschen und Friedenskämpfern."<<

Die alliierte Aufsichtsbehörde lehnte am 10. Januar 1949 die Teilnahme von Lehrern an der

Schulspeisung weiterhin ab (x117/103): >>... Der Nutzen des Schulspeisungs-Programms ... kann nicht zu niedrig eingestuft werden. Unglücklicherweise haben jedoch die Begrenzungen der verfügbaren Nahrungsmittel und Gelder auch dem Umfang des Programmes Beschränkungen auferlegt.

Infolgedessen sind wir der Meinung, daß – obwohl wir gegen den Grundsatz, daß Lehrer an dem Schulspeisungsprogramm teilnehmen, keinen Einspruch erheben – wir dennoch die Zuteilung zusätzlicher Nahrungsmittel für diesen besonderen Zweck nicht genehmigen können.<<

Der Präsident der Republik erließ am 11. Januar 1949 ein Gesetz über die Eingliederung der Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete in die allgemeine Staatsverwaltung (x003/488):

>>Art. 1. Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete wird aufgelöst.

Art. 2. 1. Die nach den bisherigen Vorschriften der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete unterliegenden Angelegenheiten gehen in den Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Minister über. ...<<

Durch diesen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt wurden die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den polnischen Staatsverband eingegliedert. Polen gab damit zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium betrachtete, sondern diese deutschen Provinzen für immer behalten will (x001/122E-123E).

Die Deutsche Verwaltung des Innern ordnete am 12. Januar 1949 die faktische Gleichstellung aller freien kulturellen Vereinigungen in der sowjetischen Zone an (x112/651): >>Der Kampf

für die Erfüllung des Zweijahresplanes macht die Entfaltung einer Massenkulturarbeit erforderlich. ... Zur Förderung der Volks- und Laienkunst in künstlerischen und materiellen Fragen sollen deshalb die schon bestehenden Gruppen und Vereine in die demokratischen Massenorganisationen eingegliedert und durch sie weiterentwickelt werden.

In den Betrieben werden die bestehenden Volkskunst und volksbildenden Gruppen aller Art – außer den Jugendgruppen – der Betriebsorganisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes angegliedert. ...

Die demokratischen Massenorganisationen, FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, haben im Rahmen ihrer Aufgaben das Recht, lokale (örtliche) Volkskunst und volksbildende Gruppen zu bilden und zu unterhalten.<<

Die westlichen Besatzungsmächte richteten am 17. Januar 1949 ein militärisches Sicherheitssamt ein, um die westdeutsche Entmilitarisierung zu überwachen.

Der SPD-Politiker Wilhelm Kaisen (1887-1979) schrieb am 19. Januar 1949 über die Einsetzung der Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) durch die Siegermächte (x112/640): >>...

Ich hätte lieber gesehen, wenn in einer Stellungnahme zum Ruhrstatut darauf hingewiesen worden wäre, was die Situation so unbefriedigt erscheinen läßt, nämlich die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik, wie sie heute betrieben wird, eines sachlich bedingten Programmes entbehrt, auf das sich die entscheidenden deutschen Stellen und die Besatzungsstellen einigen. In dem heutigen Hin und Her kann die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes nicht gefunden werden.

Es muß unsere Aufgabe sein, immer wieder auf diesen wunden Punkt hinzuweisen, und um diesen entscheidenden Punkt muß sich die Diskussion bewegen. Es wird wohl der Westregierung vorbehalten bleiben, an diese Aufgabe heranzugehen. Ich befürchte nur, daß unsere Partei allzusehr geneigt sein wird, ihr Gewicht in die negative Schale zu legen, weil sie sich nicht aufraffen kann, den heutigen völlig veränderten Verhältnissen mit einer neuen Politik zu begegnen.<<

Ein vertriebener Schlesier berichtete am 19. Januar 1949 über sein Leben im Westen (x024/-

251): >>19.01.1949: ... Leider bin ich noch immer arbeitslos. ... Heimisch werden wir hier nie und nimmer werden. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. Januar 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/90-96): >>20. Januar 1949. Der Kopftausch geht weiter. Kopftausch ist der amtliche Ausdruck für den Austausch von vermißten Kindern, die von Ost nach West oder von West nach Ost geleitet werden. Heute kamen 586 Kinder aus dem Osten nach Friedland an und umgekehrt wurden 170 Kinder aus Westdeutschland zu ihren Eltern nach Ostdeutschland geschleust. ...

... Nirgendwo wird die Teilung Deutschlands in zwei Hälften deutlicher sichtbar als hier. Hier, an einer der wenigen Nahtstellen, die es zwischen Osten und Westen noch gibt.

Alle Sanitätswagen, die der Lagerleitung zur Verfügung standen, waren bis zum Schlagbaum beordert worden und hier in Reihe aufgestellt. Auch von "drüben" waren Wagen herangekommen, hielten an der dortigen "Grenze" und dann begannen die Helfer damit, das Gepäck zu übergeben und zu übernehmen.

Das war nicht ganz einfach. Mitten im Niemandsland, genau an der "Grenze", ist ein breiter und tiefer Sperrgraben ausgehoben worden, damit ja niemand auf den Gedanken kommen kann, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu fahren. Dieser Graben soll das verhindern. Um aber ganz sicher zu gehen, wurde außerdem noch von sachkundiger Hand ein regelrechter Stacheldrahtverhau gezogen.

... Dann war auch das letzte Bündel übergeben, das letzte Formular überreicht, die letzte Unterschrift geleistet. In den Sanitätswagen hatten es sich die Kinder bereits bequem gemacht. Andere fuhren in Omnibussen. Das Lager nahm sie auf.

In den Kinderbaracken begann es bald lustig und fröhlich zu werden. Bei all dem schweren, daß diese Mädels und Jungen durchmachen mußten, hat ihnen doch die Kindheit geholfen, sich eine gewisse Unbekümmertheit zu bewahren. ...

Nach einiger Zeit, als sich die Freude und die laute Fröhlichkeit legte, Ruhe und eine lastende Stille eintrat, merkte jeder, daß diese Kinder nicht nur unermessliches Leid mit ansehen, sondern auch selbst durchstehen mußten. Körperliche Qualen, seelische Schmerzen. Diese schlimmen Erlebnisse und Leiden haben ihre Zeichen in den Gesichtern hinterlassen. Dort wurde eingraviert, was es heißt, ohne Vater und ohne Mutter, fern der Heimat, voller Erschütterungen ein kleines Leben, angefüllt mit Sehnsucht nach einer liebenden Hand, zu fristen.

Später wurden alle Kinder noch einmal zur Lagerleitung gerufen. Man fragte sie aus, ob nicht doch eines von ihnen Angaben über andere vermißte Kinder machen konnte. Einzeln traten sie herein. Jedes von ihnen hatte eine große Schnur um den Hals mit einem Pappschild, auf dem der Name geschrieben war. Andere waren mit Erkennungsmarken aus Blech versehen, auf denen Name, Geburtsdatum und manchmal auch die Anschrift der Eltern zu lesen stand. ... Viele Kinder wußten damals nicht mehr als ihren Vornamen. ...

Noch immer warten viele tausend Kinder in Ost und West darauf, zu ihren Eltern zurückkehren zu können. ... Deshalb fragen wir die Kinder auch noch einmal aus. Manchmal bringt eine winzige Angabe den Anstoß zur richtigen Spur. ...

Nach unseren Unterlagen befinden sich noch versprengte Kinder in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Frankreich, Belgien, Dänemark – um nur einige Länder zu nennen. Das DRK konnte bereits nach dem Kriege 17.000 Kinder wieder den richtigen Eltern zuführen. Ein hartes, aber schönes und segensbringendes Stück Arbeit. Nach den anderen Tausenden, die noch auf den Vater oder die Mutter warten, müssen wir weitersuchen.

Abends waren bereits über 400 Kinder, von DRK-Schwestern begleitet, mit den Zügen unterwegs zu ihren Eltern irgendwo in Westdeutschland. ...

Manches Kind wird allerdings vergeblich auf die Eltern warten. Der Vater liegt vielleicht auf einem Soldatenfriedhof ... Die Mutter ruht an einer der großen Rückzugsstraßen aus dem

Osten. ...<<

US-Präsident Truman forderte am 20. Januar 1949 im nordamerikanischen Kongreß ein Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer (x272/255-256): >>... Wir müssen ein neues, kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unserer Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden.

Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter ärmlichen, ja elenden Umständen. Ihre Ernährung ist unzureichend, Krankheiten und Epidemien grassieren. Die Wirtschaftsformen sind primitiv und veraltet. Ihre Armut bildet nicht nur für sie selber, sondern auch für die begünstigteren Weltgegenden eine Gefahr.

Zum erstenmal in der Geschichte besitzt heute die Menschheit das Wissen und Können, die Leiden dieser Millionen zu lindern.

Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, die Bemühungen aller freien Völker zu unterstützen, ihre Lebensmittel-, Textil- und Baumwollproduktion zu steigern und neue Kraftwerke zu bauen. Wir laden alle Staaten ein, unsere und ihre technische Erfahrung für dieses große Unternehmen zusammenzulegen. ...

Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handelns auf demokratischer Basis nichts zu tun.

Ein konstruktives Programm zur besseren Verwertung der natürlichen Schätze und der Arbeitskraft der Welt wird allen Ländern, auch unserem eigenen, Segen bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unser Warenaustausch mit Ländern zunimmt, die sich wirtschaftlich entfalten. Eine größere Erzeugung bildet den Schlüssel zur Wohlfahrt und zum Frieden. Und den Schlüssel zu einer größeren Erzeugung bildet die weltweite intensive Anwendung moderner wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse.

Die große Familie der Völker kann nur dann ein menschwürdiges Dasein für alle ihre Glieder sichern, wenn sie den Unglücklichsten unter ihnen hilft, sich selber zu helfen.

Einzig die Demokratie vermag es, den Völkern den Elan und den Aufschwung zu vermitteln, nicht nur über Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch über die uralten Feinde Hunger, Not und Verzweiflung zu triumphieren. ...<<

"Der Tagesspiegel" rief die Berliner am 22. Januar 1949 zum Widerstand auf (x116/30): >>OSTBERLINER: Passiver Widerstand ist eure Antwort auf den Stadt-Sowjet. ...

Verweigert die Teilnahme an den Versammlungen und Aufmärschen des kommunistisch regierten "Demokratischen Blocks"; die Unterschriften unter Listen der offenen und getarnten kommunistischen Organisationen wie des "Demokratischen Frauenbundes"; die Mitarbeit in den volkseigenen Betrieben; die Auskünfte der Hausobleute, die euch kontrollieren und denunzieren sollen.

Boykottiert die russisch lizenzierten Zeitungen, die samt und sonders deutschfeindlich sind; die Erzeugnisse der "volkseigenen" Betriebe oder "Treuhand"-Betriebe; die Bücher aus den "Staatsverlagen"; die "Staats"-Theater des illegalen Stadt-Sowjet. ...

WESTBERLINER: Fallt euren Mitbürgern nicht in den Rücken. Unterstützt keine der vom Stadt-Sowjet, von der SED oder einer ihrer Gliederungen kontrollierten Einrichtungen. Beobachtet die Lauen und Schwankenden unter euch. Stellt euch hinter die vom Oberbürgermeister Reuter geleitete Regierung Berlins.

Fordert die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel, den wirtschaftlichen und den politischen Anschluß an Westdeutschland, freie Verkehrswege zwischen Berlin und dem Westen, kulturelle Souveränität und intensive Pflege künstlerischen Lebens in Westberlin.<<

Das Politbüro übernahm am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Politbüro" (x009/330-331): >>... Den Weisungen des SED-Politbüros, das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der KPdSU erhält, sind faktisch sowohl die Partei-Apparate der SED als auch

sämtliche Massenorganisationen und der Staatsapparat der SBZ unterworfen.

Sitzungen des Politbüros finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin teil. Das Politbüro wurde im Januar 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats. ...

Alle Mitglieder und Kandidaten werden ständig von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes begleitet ("Schatten") und wohnen in einem von Außenwelt hermetisch abgeschlossenen Reservat in Wandlitz bei Berlin.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Zentralkomitee" (x009/502): >>... Das Zentralkomitee soll mindestens alle 4 Monate tagen.

Gemäß Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitagen "Parteikonferenzen" einzuberufen.

Die eigentliche Parteiführung und politische Macht liegen jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende Beschlüsse annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des Politbüros, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Sekretariat des ZK der SED" (x009/391): >>... Nach dem Modell des Sekretariats der KPdSU hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des Sekretariats des ZK weit über die statutenmäßig festgelegten Aufgaben erweitert.

Den Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des ZK. Über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das Sekretariat des ZK den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Es gibt keinen staatlichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom Sekretariat des ZK beaufsichtigt und angeleitet wird.

Im Gegensatz zur KPdSU ist jedoch die oberste Entscheidungsinstanz der SBZ das Politbüro, dem sämtliche Mitglieder des Sekretariats als Mitglieder oder Kandidaten angehören. ...<<

Walter Ulbricht erklärte am 27. Januar 1949 während der ersten Parteikonferenz der SED (x112/656): >>... Wir betrachten Berlin nicht etwa als eine Stadt oder als ein Land der Ostzone, sondern Berlin heißt die Hauptstadt Deutschlands.

Wir haben deshalb auch nicht die Absicht, Berlin in die Ostzone einzugliedern.<<

In Leipzig begann am 27. Januar 1949 die sog "Literarische Reform der Leihbüchereien" (x112/656-657): >>... Da der ideologische Klärungsprozeß in unserer Zone gewaltige Fortschritte gemacht hat und mehr und mehr auch zur Stärkung eines neuen kulturellen Bewußtseins führte, ist es an der Zeit, auch im Hinblick auf das vorhandene Unterhaltungsschrifttum neue Maßstäbe anzulegen.

Die Leipziger Leihbuchhändler beschließen deshalb in ihrer heutigen Fachversammlung einstimmig, zunächst sämtliche noch vorhandene Bücher nachfolgender Autoren aus den Buchbeständen zu entfernen und zu vernichten:

Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem, Friede Birkner, Walter Bloem, Hedwig Courths-Mahler, Natalie von Eschstruth, Rudolf Herzog, F. Lehne (Helene Butenschön), E. Marlitt (Eugenie John), Anny von Panhuys, Gert Rothberg (Gertrud Jähne), Friedrich von Schlicht (Wolf Graf von Baudissin), Rudolf Stratz, Anny Wothe (Anny Mahn).

Eine Ausleihe dieser Bücher erfolgt ab sofort nicht mehr.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) berichtete am 29. Januar 1949 in seinem Tagebuch (x112/658): >>Wenn ich mir die Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands überlege: hier Marshall-Plan, Westeuropa-Union, Zoll- und Wirtschafts-

gemeinschaft, Ruhrstatut, Bonner Verfassung, Lastenausgleich, Steuerentwicklung usw. usw., dort Deutsche Wirtschaftskommission, SED-Herrschaft, Russifizierung der Wirtschaft und des Menschen usw., dann komme ich zu dem Ergebnis, daß – jedenfalls zur Zeit – weder die Westmächte noch Rußland im Grunde die Einheit Deutschlands wollen, daß nur beide nicht darüber sprechen. ...

So habe ich die Befürchtung, daß sich der augenblickliche Zustand festigt und verewigt: wir Deutschen sind nur Objekte der Außenpolitik, die Einheit Deutschlands wird sich niemand etwas kosten lassen, wenn man sich mit der Teilung billiger verständigen kann.<<

Konrad Adenauer schrieb am 31. Januar 1949 (x095/86): >>... Was uns am bittersten nottut, das ist eine westdeutsche Regierung. Bei den Zuständen, wie sie in der Ostzone herrschen, völlig Sowjetisierung, schrankenlose Herrschaft der SED und der Russen, Aufstellung einer stark bewaffneten Polizeimacht mit sowjetrussischer und SED-Tendenz, ist an eine Wiedervereinigung aller Zonen einstweilen nicht zu denken.

Eine westdeutsche Bundesregierung ist aber absolut notwendig, damit die 3 Westzonen bei der europäischen Entwicklung sowie beim Ruhrstatut mitsprechen können. Wir stehen im Parlamentarischen Rat kurz vor der Beendigung des Schaffung eines Grundgesetzes, der ersten Voraussetzung für das Inslebenrufen einer westdeutschen Bundesregierung. ...<<

Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtete am 31. Januar 1949 über die Flüchtlingsbewegung bzw. den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern vom 18.12.48 bis 23.1.49 (x005/541-542): >>1. Die illegalen Grenzübertritte durch sudetendeutsche Flüchtlinge aus der CSR im Gebiet Neuhausen - Wildenau haben in der vorgenannten Zeit einen starken Rückgang erfahren.

In der Berichtszeit waren nur 338 illegale Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeichnen. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber Vorberichten um 55 %. Der Hauptgrund hierfür dürfte in den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu suchen sein.

Einzelne Transporte wurden wieder wie früher durch deutsche Mittelsmänner an die Grenze gebracht, von tschechischen Finanzbeamten abgefertigt und an verschiedenen Stellen über die Grenze abgeschoben. Es handelte sich hierbei durchwegs um kleinere Transporte.

Am 21.1.49 erschien bei Neuhausen ein Transport von 15 Sudetendeutschen. Dieser wurde von einem Deutschen namens V. organisiert. Die Personen kamen aus dem Aussiedlungslager Eger/CSR, und nach ihren Aussagen sollen in nächster Zeit weitere Transporte aus diesem Lager in Bayern eintreffen. Für die Transportkosten mußten pro Person 300,- Kc entrichtet werden.

In der Berichtszeit überschritten im Stellenbereich Waidhaus wieder 79 sudetendeutsche Flüchtlinge in Gruppen bis zu 12 Personen illegal die grüne Grenze. Hierbei handelte es sich weniger um organisierte Transporte, sondern lediglich um kleine Gruppen, die der langwierigen Aussiedlung über das Aussiedlungslager Domazlice (Taus/CSR) nach Furth im Wald entgegen wollten.

Ein Hauptgrund für diese Personen zur illegalen Überschreitung der Grenze ist immer wieder die Möglichkeit der Mitführung von größeren Gepäckstücken, während bei der legalen Aussiedlung nur Gepäck bis zu einem Gewicht von angeblich 30 kg mitgenommen werden kann.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Januar 1949 täglich 1.779 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone berichtete am 3. Februar 1949 über die drohende Zerstückelung Deutschlands (x112/660): >>... Wir stehen in unserem Kampfe nicht allein. Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die fortschrittlichen Parteien Westeuropas unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.<<

Walter Ulbricht forderte am 5. Februar 1949 während einer Konferenz der Hennecke-

Aktivisten (x112/661): >>... Die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch die größte Sorgfalt in der Arbeit. ...

Organisation des Wettbewerbs, Entfaltung der Hennecke-Bewegung zu Massenwettbewerben aller Werktätigen. Organisierung der Produktionsberatungen, Verbesserung der Qualität der Produktion, Einsparung von Material. ...

Breiteste Anwendung des Leistungslohnes, offene Stellungnahme gegen die Gleichmacherei.<<

Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ordnete am 9. Februar 1949 die Einführung von Planungs-, Materialversorgungs- und Statistikabteilungen an (x112/663): >>Bei den Räten der kreisfreien Städte und Landkreise sind Abteilungen "Planung, Materialversorgung und Statistik" zu bilden. Der Leiter der Abteilung untersteht dem Oberbürgermeister bzw. Landrat. ...

(Sie haben) die Erstellung und Durchführung der volkswirtschaftlichen Pläne zu gewährleisten, die Verteilung der Kreiskontingente nach den Weisungen der Hauptabteilung Materialversorgung durchzuführen, durch systematische Überwachung der Bedarfsanforderungen eine reale Bedarfsermittlung zu garantieren und unverhältnismäßig hohe Bestände und widerrechtlich beschaffte Materialien im Einvernehmen mit dem zuständigen Kontingenträger umzudisponieren, die volkswirtschaftlichen Pläne abzurechnen.<<

Rund 1.000 Juden, ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, wanderten am 12. Februar 1949 nach Israel aus.

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärte am 23. Februar 1949 vor der Presse (x112/667): >>1. Die französischen und britischen Besatzungstruppen sollen sofort zurückgezogen werden.

2. Die amerikanischen und russischen Truppen sollen sich umgehend aus Mitteldeutschland zurückziehen. Diese Einheiten sollen an die West- bzw. Ostgrenze Deutschlands verlagert werden.

3. Während der Übergangszeit sollen sowohl die West- als auch die Ostmark ihre Gültigkeit beibehalten.

4. Berlin soll als Viermächte-Stadt verwaltet werden, wobei jede Macht dort geringe Truppenbestände belassen soll.

5. Eine deutsche Zentralregierung soll ihre Funktionen in Berlin so bald als möglich aufnehmen.<<

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtete am 26. Februar 1949 anlässlich des 50. Geburtstages des deutschen Schriftstellers Erich Kästner (x112/668): >>... Er weicht nicht aus und deckt die soziale, politische und menschliche Problematik mit respektloser Offenheit auf. In einem Panoptikum seiner Zeit marschieren die Typen auf: der Bankier und Generaldirektor, die Aktionäre und Hochstapler, die Fememörder und Industrie-Strauchritter, die sadistischen Sergeanten und blutrünstigen Generäle, die Barfräuleins und fetten Genießergestalten, die verlogenen Pauker und die bedauernswerten Primaner in Uniform.

Er wird zu einem literarischen George Grosz und kratzt die ganze kapitalistische Kulturtünche ab, die Heldenmystik, Parlamentarierphrasen und nationalistische Kraftprotzerei.<<

Im Verlauf der letzten Sitzung des CDU-Zonenausschusses (in Königswinter) erklärte Konrad Adenauer am 26. Februar 1949 zur bevorstehenden Wahl des ersten Deutschen Bundestages (x112/667): >>Für uns folgt jetzt als erste Forderung – wie wir sie verwirklichen sollen, das ist mir noch nicht klar -, daß wir in irgendeiner Form dafür sorgen, daß die CDU/CSU in den drei Zonen, und wenn Berlin genehmigt wird, einschließlich Berlin als eine Partei erscheinen.

...

Wenn bei der Wahl zum Bundestag eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit infolge des Wahlgesetzes, das gestern mit Hilfe der FDP verabschiedet wurde, kommt, dann trägt

die Fraktion der FDP in Bonn volle Schuld daran. Sie allein ist dann schuld. ... Das ist die üble Lage für uns.<<

Auf dem 3. LDPD-Parteitag gab der Parteivorstand am 28. Februar 1949 seine letzten Selbstständigkeitsbestrebungen auf und unterwarf sich der SED.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtete später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.

All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion.

Den kommunistischen Parteien Westeuropas blieb auch das letzte nicht erspart. Die Parteiführer wurden Ende Februar 1949 angehalten, öffentlich zu erklären, daß die kommunistischen Parteien im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die sowjetischen Truppen unterstützen würden. ... Damit wurde der letzte Anschein einer Unabhängigkeit aufgegeben. Die Partei erklärte sich offen zum Hilfsverband der Sowjetarmee.<<

Die Berliner Wechselstuben zahlten am 28. Februar 1949 für 1 DM (West) = 4,10 DM (Ost).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde am 28. Februar 1949 in Köln erstmalig wieder ein Rosenmontagszug veranstaltet.

Die beliebtesten Karnevalsschlager waren damals (x112/669): >>... In Münster: "Westfalenland, Westfalenland ist wieder außer Rand und Band ...";

in Köln: "Wer soll das bezahlen? ..." von Jupp Schmitz;

in Düsseldorf ist der Schlager der Saison: "Du darfst mich lieben für drei tolle Tage, du mußt mich küssen, das ist deine Pflicht! Du kannst mir alles, alles Schöne sagen. Nur nach dem Namen frag mich bitte, bitte nicht" von Hans-Ludwig Lonsdorfer. Der Volksmund nennt diesen Schlager damals "Alimentenlied".<<

Der ehemalige Leiter eines Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtete im Februar 1949 (x026/97): >>Im Februar 1949 entstand in der Kommandantur erhebliche Aufregung, der Grund dafür sprach sich schnell herum, der Nachrichtendienst im Lager funktionierte stets prompt und schnell: Internierte hatten einige der Pappschilder gefunden, die man den Toten an die Beine band und die beim Transport zum Friedhof verlorengegangen waren.

Es kam der Befehl, die Toten ohne diese Schilder zu beerdigen, um jede Möglichkeit der Zählung zu verschleiern. Nichts fürchtete man damals russischerseits mehr als ein Bekanntwerden der Totenzahl außerhalb des Lagers.

Aber die Zahlen waren bekannt. Es waren inzwischen in Sachsenhausen 19.000 beerdigt worden, besser eingescharrt. Das Lager ist bis 1950 praktisch zweimal ausgestorben! Auf dem Friedhof war es verboten, irgendwelche Blumen zu pflanzen. Auch die Hügel der Toten, die nach Zuschütten der Toten ca. 50 cm hoch waren, durften nicht neu aufgeschüttet werden. Es sollte nach Möglichkeit alles schnell dem Erdboden gleichgemacht werden. ...<<

Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) berichtete am 1. März 1949 in der Zeitschrift "Einheit" über die SED (x112/669): >>... (Die Partei habe) die Verstärkung des Studiums der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ... zu einer besonderen Aufgabe unserer Schulungsarbeit gemacht. ...

Unsere Mitglieder haben erkannt, daß eine demokratische Entwicklung Deutschlands nur im engsten Anschluß an die Sowjetunion möglich ist. Im Leninismus erblicken wir den unver-

fälschten Marxismus ...

Wir haben in der Parteidiskussion die Theorie des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" zerschlagen, die ... auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete.<<

US-Militärgouverneur General Clay gab am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter hielten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon waren 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Von 1945 bis 1949 waren bereits rund 500.000 bis 600.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren BRD abgewandert.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im März 1949 täglich 1.843 Kalorien zugeteilt.

In Washington wurde am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schlossen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.



Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) hieß es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 hieß es z.B. (x301/154-155):

>>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.

...

Artikel 5: Die Parteien vereinbarten, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von

ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesens Reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.

Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von

30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

Die französische Zone schloß sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschlossen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland hieß es (x156/71-72, x101/200-201):

>>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fort dauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetz-

gebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

- a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
- b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,
- c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
- d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
- e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.

Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<

>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Das "neue Besatzungsstatut" trat am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle änderte sich damals jedenfalls noch nicht.

Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führte am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".

Nach langen Verhandlungen schlossen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wurde Dr. Hans Lukaschek, den später Dr. Linus Kather ablöste.

Ein US-Militärgericht fällte am 11. April 1949 in Nürnberg die Urteile gegen den ehemaligen deutschen Außenminister und Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung" Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk sowie Staatssekretär Weizsäcker und 19 weitere hohe Beamte des Auswärtigen Amtes ("Wilhelmstraßen-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Wilhelmstraßen-Prozeß" (x051/645-646): >>Wilhelmstraßen-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA gegen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt (in der Berliner Wilhelmstraße) Weizsäcker und 20 andere; größter und letzter der Nürnberger Prozesse (Fall 11).

Von den 21 Angeklagten waren 18 Minister und hohe Beamte der Zivilverwaltung des Dritten Reiches. Sie wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen – u.a. Mitschuld am Lynchen abgesprungener Flieger und der Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – namentlich gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten – begangen zu haben und Mitglieder einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein.

Durch Urteil vom 11.4.49 wurden 19 Angeklagte teilweise unter Freisprechung von Anklagepunkten zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren zehn Monaten und 25 Jahren verurteilt und zwei Angeklagte freigesprochen.

Durch Berichtigungsbeschluß vom 12.12.49 wurden die Strafen von drei Verurteilten, u.a. die für Weizsäcker, von jeweils sieben auf fünf Jahre herabgesetzt. Soweit die Verurteilten die Strafen noch nicht verbüßt hatten, milderte sie US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadeweg.<<

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.

Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...

Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Wohnung. ...<<

Am 22. April 1949 forderte der SED-Parteivorstand "eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Aufklärung" in der SBZ (x009/43-44): >>Aufklärung: a) Im Parteijargon jede Art von Propaganda, vor allem seitens der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen und der Nationalen Front. ... Sehr häufig wird die Formel "Aufklärungsarbeit" gebraucht.

b) Erkundungs- und Spionagetätigkeit der Sicherheitsorgane außerhalb ihres Machtbereiches,

vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Diese Aufklärung obliegt überwiegend dem Staatssicherheitsdienst; sie ist zentralisiert in der "Hauptverwaltung A" des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben hat die Deutsche Grenzpolizei eine "Abteilung Aufklärung" (Koordinierung, Ministerium für Nationale Verteidigung).<<

Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wurde damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

US-Militärgouverneur General Clay gab am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtete am 30. April 1949 während eines Rundfunkkommentars über den Freispruch im Veit Harlan-Prozeß (x112/690): >>...

Jeder Tag des Dritten Reiches kostete 1.370 Juden das Leben.

Wie müssen die, die übriggeblieben sind, den Satz der Urteilsbegründung aufnehmen, die moralische Beleidigung, die der Film allenfalls darstelle, sei verjährt?

Wie müssen sie über jene Zweihundert denken, die den Freigesprochenen mit Jubel überschütteten und auf den Schultern aus dem Gerichtssaal trugen?

Lange genug sind Recht und Menschlichkeit Vokabeln gewesen, die man im Wörterbuch anderer Nationen nachschlagen mußte.

Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen sollten, wie es Zehntausende von einzelnen Menschen taten, durch ihren Protest gegen das Urteil beweisen, daß Recht und Menschlichkeit wieder deutsche Worte geworden sind.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/98-100): >>Ende April 1949 ... traf wieder ein Transport mit Kriegsgefangenen ein, darunter (waren) viele Frauen, die vor allem aus Ostpreußen stammten. ...

Es ist wichtig für die Frauen, daß sie sich so schnell wie möglich an unser Leben hier in den Städten und Dörfern gewöhnen.

Deshalb schicken wir sie an den Nachmittagen nach Göttingen. Dort sehen sie Geschäfte, Autos, gut angezogene Menschen. ...

... Alle wollen wieder schnellstens "Frauen" werden, fühlen sich in den empfangenen Kleidern wie neugeboren, versuchen sich zurecht zu machen und verfallen damit nicht der Grübeleien und der Schwermut ...

Man muß beobachtet haben, um zu ermessen, was diesen Frauen in den russischen Steppenlagern fehlte. Wonach sie sich sehnten. Wie (sie sich freuten), ... als man sich vor dem Gang in die Stadt "landfein" machte, die Haare wusch, Kämmen in Bewegung setzte, Schuhe putzte, hier ein Kleid veränderte, dort eine Bluse auftrennte, um sie passend zu machen.

Ach, und der Spiegel, dieses wichtige Instrument, eigens für Frauen geschaffen. Er war immer umlagert. Es ist schön zu sehen, wie Menschen wieder zu Menschen werden.

Keiner spricht mit Haß von den schlimmen Dingen, die hinter ihnen liegen. Es ist erstaunlich, wie sie von dem sprechen, was doch unvergeßlich in ihren Seelen eingepreßt ist. Nicht eine von den Frauen redet sich mit heftigen Worten das vom Herzen, was sich da seit Jahren angesammelt hat.

Sie sind wieder daheim. Friedland – das ist für die Frauen bereits die Vorstufe des zu Hause. Sie wollen sich wieder dem Leben zuwenden, sich erholen, der Familie widmen – und vergessen. ...

Denn mit einem zu Stein gewordenen Herzen, mit Augen, die nur immer das Viereck des Stacheldrahts, die Maschinengewehrtürme und die abgezehrten Gesichter vor und in den Baracken sehen; mit Ohren, in denen die sowjetischen Kommandos, die antreibenden Rufe der Vorarbeiter und Aufseher ... am Abend auf den Pritschen widerklingen und Gedanken, die fortwährend um die Appelle auf dem Lagerplatz, den schweren Stunden in Krankheit und Not oder der immer wieder gestellten Frage kreisen: "Warum muß ich das erleiden?", kann man nicht leben.

Ein neues Leben muß angefangen werden. Sofort. Ohne Zögern. ... Männer können sich nicht so schnell umstellen. Es fällt ihnen schwerer.<<

Im April 1949 drangen die kommunistischen Truppen über den Jangtse vor. Chiang Kai-shek floh später nach Formosa (heute Taiwan).

Das "Leipziger Börsenblatt" forderte am 7. Mai 1949 intensivere "politische Öffentlichkeitsmaßnahmen" des Buchhandels (x112/694): >>Das politische Schaufenster, (das wir schon so oft forderten!) ist Verteidigung des Friedens, ist Kampf für den Frieden. Die Anklage gegen die neuen Bücherverbrenner ist Verteidigung des Friedens und Kampf für ihn.

Es genügt nicht, den Frieden zu preisen. ... Es genügt nicht, Bücher zu verkaufen! Die politische Demonstration für den Frieden ist heute – mehr denn je – keine bloß optische Darbietung, sondern ein Kampfmittel – dessen sollten sich alle Buchhändler bewußt sein. ...<<

Im Treptower Park wurde am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärte nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) ordnete am 9. Mai 1949 für den 12. Mai, 00.01 Uhr, die Aufhebung der Berliner Blockade sowie die Öffnung der Verkehrswege von und nach Berlin an (x112/695).

Der Parlamentarische Rat entschied sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

Die bayerische Landesgrenzpolizeidirektion berichtete am 11. Mai 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/542-543): >>Die Flüchtlingsbewegung der Volksdeutschen aus der CSR ist im Bereich des Grenzpolizeikommissariats Marktredwitz wieder erheblich im Ansteigen begriffen.

Während in den Monaten Februar und März 1949 noch 468 bzw. 590 illegale Grenzübertritte durch volksdeutsche Flüchtlinge erfolgten, erhöhte sich die Zahl im Monat April 1949 bereits wieder auf 839. Alle bisherigen Anzeichen deuten auf eine weitere Zunahme der Grenzübertritte hin.

Nach Aussagen der Volksdeutschen ist in absehbarer Zeit etwa mit 30.000 Flüchtlingen zu rechnen, die illegal in die US-Zone einwandern werden.

Am 22.4.49, als wieder eine Gruppe von 67 sudetendeutschen Flüchtlingen durch die SNB über die Grenze abgeschoben wurde, rief ein tschechischer Beamter dem hinzukommenden bayerischen Grenzpolizeibeamten zu, daß in der nächsten Woche etwa 500 bis 700 Deutsche kämen und die bayerischen Behörden daher für den nötigen Wohnraum Sorge tragen möchten. Den Schwerpunkt der Flüchtlingsbewegung bilden wieder die Postenbereiche Neuhausen und Wildenau.

Die Flüchtlinge kommen aus den verschiedensten Landstrichen der CSR und werden, in Sammeltransporten zusammengefaßt, wie bisher fast ausschließlich aus dem Ascher Bezirk über die Grenze nach Bayern abgeschoben. Die Transporte sind stets von SNB begleitet. Im Raum Waidhaus werden laufend kleinere Gruppen von volksdeutschen Gruppen in Transporten an die Grenze herangeschafft und über diese abgeschoben. Für die Unternehmer sind diese Transporte nach wie vor ein sehr einträgliches Geschäft, da pro Person von 500-3.000 Kc und pro Familie bis zu 5.000 Kc zu entrichten sind.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Flüchtlinge ohne jegliche Zuzugsgenehmigung. Demnach werden tschechischerseits die getroffenen Abmachungen, wonach die Aussiedlung jeder volksdeutschen Person aus der CSR vorher der Genehmigung des Permit-Officers in Prag durch Erteilung des Entry-Permits bedarf, völlig außer Acht gelassen.

Der Großteil der Flüchtlinge war bisher entweder auf Meierhöfen oder an ihren Wohnsitzen bei den einzelnen Bauern zur landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt. Wegen der angeblich immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Volksdeutsche und aus Angst vor der drohenden Verschleppung in das Landesinnere bzw. einer Aussiedlung in die russische Zone haben die Flüchtlinge ihre beschleunigte Auswanderung aus der CSR in die US-Zone betrieben. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Familien, deren Väter langjährige Freiheitsstrafen in der CSR abzubüßen haben.<<

Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wurde am 12. Mai 1949 beendet. Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigten am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):

>>Herrn Dr. Konrad Adenauer  
Präsident des Parlamentarischen Rates  
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung

und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.

In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) erklärte am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn (10. Mai) in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<

In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schrieb am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümme war.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schrieb am 14. Mai 1949 im "Neuen Vorwärts" (x112/699): >>... Wir wollen die Einheit, aber es gibt keine Einheit ohne Freiheit. Die Einheit kann nur verwirklicht werden, wenn die Freiheit sich in der persönlichen Sicherheit, in der Bewegungsfreiheit der politischen Parteien in der Ostzone und in freien demokratischen Wahlen bereits manifestiert hat.<<

Konrad Adenauer schrieb am 16. Mai 1949 (x095/88-89): >>... Die Blockade Berlins ist zwar aufgehoben, aber es besteht alles andere als freier Verkehr mit Berlin. Der Verkehr mit Berlin ist denselben Schwierigkeiten unterworfen, die im März 1948 bestanden haben. Zur Aufhebung der Blockade am 12. Mai war ich mit einer Anzahl von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates in Berlin.

Die Freude der Berliner war sehr groß. Aber eine gewisse Enttäuschung zeigte sich doch bei allen Einsichtigen. Sie hatten geglaubt, es würden alle Verkehrsbeschränkungen wegfallen. Der gesundheitliche Zustand der Berliner Bevölkerung ist verhältnismäßig gut. Aber die Leute sehen doch sehr schlecht aus und sind auch sehr schlecht gekleidet. Alles in allem genommen sind die Verhältnisse dort so, wie bei uns vor etwa 2 Jahren waren. Das gleiche gilt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Wir haben im Hinblick auf die Pariser Konferenz die Arbeiten im Parlamentarischen Rat zum Schluß außerordentlich beschleunigt und das Grundgesetz für die drei Westzonen nach sehr anstrengenden Wochen am 8. Mai verabschiedet, und zwar gegen die Stimmen des Zentrums, einiger Mitglieder der CSU, der Deutschen Partei und der Kommunisten. Es findet nunmehr in den Landtagen die vorgesehene Abstimmung statt. Möglicherweise wird der Bayerische Landtag dagegen stimmen.

Aber da das Grundgesetz für alle 11 Länder der drei Zonen gilt, wenn es in 2/3 der Länder angenommen ist, ist es ohne Zweifel, daß es demnächst geltendes Recht wird. Am 23. Mai,

dem Tage des Beginns der Pariser Konferenz wird der Parlamentarische Rat in einer feierlichen Schlußsitzung die Annahme durch die Landtage feststellen und das Grundgesetz verkünden. Dann beginnt die Vorbereitung zu den Bundestagswahlen, die von entscheidendster Bedeutung sein werden.

Wenn irgend möglich, sollten die Wahlen noch im Laufe des Juli abgehalten werden, damit die deutsche Bundesregierung noch im Laufe des Sommers ihre Arbeit aufnehmen kann.

Das Besatzungsstatut ist in der Zwischenzeit auch verkündet worden. Es bedeutet einen sehr wesentlichen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand.

Bonn ist einstweilen Sitz des Bundes. Die Sozialdemokratie stimmte geschlossen für Frankfurt. Ich freue mich, daß Bonn Sitz des Bundes wird. ...<<

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101:64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe (x112/701).

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgte damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.



*Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23. Mai 1949.*

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 hatte man die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden damals auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärte am 23. Mai 1949 (x112/703): >>... Wir sind der festen Überzeugung, daß wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen

Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten.

Wir wünschen und hoffen, daß bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk unter dieser Fahne wieder vereint sein wird.

Uns alle leitete bei unserer Arbeit der Gedanke und das Ziel, das die Präambel des Grundgesetzes in folgenden Worten zusammenfaßt:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Möge allezeit der Geist und der Wille, der aus diesen Sätzen spricht, im deutschen Volk lebendig sein.<<

Im Grundgesetz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der 3 westlichen Besatzungszonen für Gesamtdeutschland gehandelt hätte (x105/306): >>... (Es hat) auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wurde deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.

Die Grundrechte wurden an den Anfang gestellt. Sie sollten die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu gewährleisten, wurde die deutsche Verfassung von 1919 in einigen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk wurden z.B. abgeschafft.

Die ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland waren:

Der Deutsche Bundestag als Versammlung der vom Volk gewählten Abgeordneten, der Bundesrat als Vertretung der Länderregierungen, der Bundespräsident, die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht.

Die Bundesregierung bestand aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Die Richtlinien der Politik bestimmte und verantwortete der Bundeskanzler.

Die Gemeinde-, Kreis-, Länder- und Bundeswahlen wurden im Grundgesetz nicht eindeutig festgelegt, so daß in den folgenden Jahren ständig neue Wahlgesetze beschlossen wurden, die naturgemäß den größeren Parteien Vorteile verschafften. Das Wahlgesetz vom 25. Juni 1953 schaltete später alle kleineren "Splitterparteien" aus, wenn sie bei den Wahlen nicht mindestens 5 % aller abgegebenen Wählerstimmen oder die meisten Wählerstimmen in einem Wahlbezirk erzielten.

Nach den leidvollen Erfahrungen des NS-Terrors wurde im deutschen Grundgesetz (Artikel 20 Abs. 4) ausdrücklich ein Widerstandsrecht verankert. Das Widerstandsrecht bestand danach gegen jeden (auch gegen die öffentliche Gewalt), der die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen versuchte. Dieses Widerstandsrecht konnte durch keine Verfassungsänderung aufgehoben werden.

Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes lautete (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-

Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (einer der "Väter" des deutschen Grundgesetzes) schrieb damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährender Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<  
Der deutsche Historiker Hermann Graml schrieb später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...

Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, erschien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.

Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise – auch von der Regierung und ihrem Kanzler – als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<<  
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war".

Das Grundgesetz und die Bundesrepublik sind ein Provisorium. Gemäß Artikel 146 verliert jenes seine Gültigkeit an dem Tage, da eine vom gesamten deutschen Volke frei beschlossene Verfassung in Kraft tritt. Darin ist der bindende und unabdingbare Auftrag enthalten, sowohl die Freiheit der Entscheidung zu bewahren als auch niemals das Ziel der Wiedervereinigung, gemäß demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten, preiszugeben. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Das "vorläufige" Grundgesetz des westdeutschen Teilstaates wurde ohne direktes Mandat des deutschen Volkes im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte erarbeitet und am 23. Mai 1949 im Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates in Bonn in einem feierlichen Staatsakt verkündet. ...

Der erstmals gebrauchte Staatsname im Titel soll auf die gesamtdeutsche Verpflichtung hinweisen. Unter Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Weimarer Verfassung und dem Nationalsozialismus entstand der rechts- und sozialstaatliche sowie das föderalistische und demokratische Prinzip. Der Grundrechtskatalog knüpft an die Vorarbeit der Paulskirchenverfassung von 1849 an. ...

Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember

1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Das "Leipziger Börsenblatt" berichtete am 28. Mai 1949 (x112/706): >>... Als sich im Herbst vorigen Jahres durch den Erlaß des amerikanischen Einfuhrverbots sowjetisch lizenziierter Druckerzeugnisse in die Westzonen auch für den Buchhandel die Blockade endgültig auswirkte, da war mehr zerstört als nur die wirtschaftliche Einheit eines gesamtdeutschen Produktionszweiges: das Buch als Repräsentant deutschen Geistes war in weiten Absatzgebieten enturzelt, das freie deutsche Wort im Westen Deutschlands verboten.<<

In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten soll (x105/306): >>Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.<<

Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärte am 30. Mai 1949 in Köln (x112/707): >>... Die zwischenstaatliche Wirtschaft muß genauso von den Verkrustungen der Zwangswirtschaft, der staatlichen Reglementierung befreit werden, wie die einzelnen Nationalwirtschaften.

Dies ist besonders im Interesse der Wirksamkeit der Marshall-Hilfe notwendig, denn hier zeigt sich, daß es den beteiligten Ländern oft mehr auf einen möglichst großen Anteil an den Lieferungen als auf einen aufrichtigen Geist der europäischen Zusammenarbeit ankommt. Die Verteilung der Marshall-Plankredite an die einzelnen Länder birgt die Gefahr in sich, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, an deren Ende eine großangelegte europäische Planwirtschaft steht. Hier gilt es zu warnen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.

Im Mai 1949 wurde der ehemalige ostpreußische Gauleiter Koch, der sich damals als "Landarbeiter Berger" in der Nähe von Hamburg aufhielt, von britischen Sicherheitskräften festgenommen.

Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtete am 1. Juni 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/543-544): >>1. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung aus der CSR haben im Monat Mai 1949 1.145 volksdeutsche Personen die Grenze illegal überschritten.

Die Volksdeutschen treffen aus allen Teilen der CSR zunächst in einem Sammelager in Eger ein und werden dort in Einzeltransporten, deren Stärke sich zwischen 30 und 100 Personen beläuft, in der Regel wöchentlich zwischen Dienstag und Freitag, an die Landesgrenze gebracht und über diese vornehmlich im Bereich der Grenzpolizeiposten Neuhausen und Wildenau abgeschoben.

Die Flüchtlinge sind nach wie vor mit wenigen Ausnahmen ohne Zuzugsgenehmigung. Ein Flüchtling mit Namen M., der am 29.4.49 illegal die Grenze überschritt, hatte ... eine Zuzugsbescheinigung bei sich, die er angeblich im April 1948 ... in Asch/CSR von einer ihm unbekannt Person für 500 Kronen käuflich erwarb.

Der Besitz des Entry-Permits neben der Zuzugsgenehmigung wurde bisher nur in einigen Fällen bei den mit der Eisenbahn über Schirnding einreisenden Volksdeutschen festgestellt.

2. Bekanntlich sträuben sich die Flüchtlinge verständlicherweise mit allen Mitteln gegen eine Zurückweisung, und die Situationen, die sich hierbei ergeben, sind alles andere als erfreulich. Außerdem dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß alle zurückgewiesenen Flüchtlinge über kurz oder lang an anderen Stellen die Grenze überschreiten. Es handelt sich hier um ein schon oft dargelegtes Problem, das nicht von der Grenzpolizei gelöst werden kann, sondern

mit dem sich das Land Bayern und die damit befaßte Flüchtlingsverwaltung zurechtfinden muß. ...<<

Der evangelische Bischof Dibelius kritisierte am 6. Juni 1949 die linksradikale Politik in der sowjetischen Besatzungszone (x112/710): >>... Ernste Sorge mache die Entheiligung des Sonntags, die Behinderung des Religionsunterrichts, die Beeinflussung der Schule "im anti-christlichen Sinne".<<

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Erik Nölting (1892-1953, SPD-Politiker) erklärte am 7. Juni 1949 im Landtag (x112/710): >>Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Tagen in Bonn aus der Taufe gehoben worden. Mir will scheinen, meine Damen und Herren, die Aufhebung der Demontagen wäre das passendste Patengeschenk. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 12. Juni 1949 an den US-Manager Dannie N. Heinemann (x095/90-92): >>... 1.) Die Pariser Konferenz wird mit größter Wahrscheinlichkeit völlig oder ungefähr negativ ausgehen. Das ist gut so. Jede Verbindung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland würde, solange dieses Ostdeutschland nichts anderes als ein Satellit Sowjet-Rußlands ist, die Macht der Sowjets in Deutschland stärken.

2.) Das Ausscheiden von General Clay ist allgemein von uns bedauert worden. Er hatte sich ... vorzüglich eingearbeitet. Er ist ein kluger Mann. Kennen sie seinen Nachfolger, Herrn McCloy? Wenn sie ihn kennen, so weisen Sie ihn bitte auf mich hin.

3.) Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien (frühere Teile des Commonwealth), einen wirklichen Zusammenschluß verhindert. Das europäische Parlament z.B., das vorgesehen ist, soll nur ein Mal im Jahre einen Monat lang tagen. Es kann nur konsultative Beschlüsse fassen. Meines Erachtens muß Amerika mit größter Energie darauf dringen, daß es wirklich zu einer Europäischen Union kommt. Es ist sonst Westeuropa gegenüber Asien nicht zu halten.

4.) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland betrachte ich mit einer gewissen Besorgnis. Es mangelt uns an Kapital. Dadurch kommt die Wirtschaft ins Stocken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

5.) Die Bundestagswahlen sind am 14. August. Ihr Ausgang ist von größter internationaler Bedeutung. Wenn sie für die Sozialdemokratie erfolgreich verlaufen, wird eine sozialistische deutsche Regierung in Abhängigkeit sein von der sozialistischen englischen Regierung. Beide zusammen werden dem neuen Europa ein sozialistisches Gesicht geben.

Die Labour-Party unterstützt gutem Vernehmen nach die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln. Die englische Regierung hat die öffentliche Meinung in der britischen Zone, die mehr als die Hälfte der drei Zonen umschließt, fast ganz in die Hände der Sozialdemokraten gespielt. Das gilt sowohl vom Rundfunk, wie von den Nachrichtenagenturen, wie vom Zeitungswesen.

Wenn es ihrer Überzeugung entspricht, so machen Sie bitte maßgebende amerikanische Kreise darauf aufmerksam, daß die CDU, meine Partei, demokratisch, fortschrittlich und sozial, aber nicht sozialistisch ist, daß die amerikanischen Stellen der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Briten entgegenwirken müssen. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Der Außenministerrat der Siegermächte beschloß während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

Sämtliche Apotheken wurden durch eine DWK-Verordnung vom 22. Juni 1949 verstaatlicht.

Die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl schrieben am 29. Juni 1949 in

einem offenen Brief an die Mitglieder der SED (x112/717): >>Ein Teil unserer Funktionäre und Mitglieder verkennen die Rolle der FDJ als der fortschrittlichsten Jugendorganisation und als Verbündete im Kampf unserer Partei.

Andere glauben unter Mißachtung der politisch notwendigen Unabhängigkeit der FDJ, sich unmittelbar kommandierend einschalten zu können. ...

(Vielmehr sei) Gewinnung und ... kühne Einbeziehung junger Menschen in die aktive und verantwortungsvolle Arbeit unserer Parteiorganisation eine Notwendigkeit.<<

Die Alliierten bestätigten am 30. Juni 1949 nochmals, daß Bonn die vorläufige Hauptstadt werden soll (x115/68): >>... Es ist vorgesehen, daß die deutsche Regierung sich in Bonn niederlassen wird. Bonn wird künftig nicht mehr zur britischen Besatzungszone gehören.<<

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erläuterte am 2. Juli 1949 während einer Rundfunkansprache die Ablehnung des Grundgesetzes durch den bayerischen Landtag (x112/722): >>Die Mehrheit der bayerischen Volksvertretung folgte unserem Räte zum Nein, das wir für notwendig hielten, damit Bayern im kommenden Bunde die Sache des Föderalismus mit freien Händen vertreten kann. ... (Ehard fügt hinzu,) daß wir trotz dieses Nein uns zugehörig zu dem Ganzen betrachten.<<

Die CDU veröffentlichte am 15. Juli 1949 ihr Wahl- und Regierungsprogramm ("Düsseldorfer Leitsätze").

In diesem Programm warb die CDU vor allem für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft (x112/728): >>Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt ...

Es sind nicht nur wirtschaftliche und soziale Überlegungen, sondern auch politische und kulturelle Gründe, die uns veranlassen, die "soziale Marktwirtschaft" zu fördern. Wir sehen in ihr eine Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt.<<

Während einer CDU/CSU-Veranstaltung im Heidelberger Schloß machte Konrad Adenauer am 21. Juli 1949 die mitteldeutsche und die Ostberliner SPD für die Teilung Deutschlands verantwortlich (x112/732): >>... Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb damals in seinem Tagebuch über Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede (x112/732): >>... Ich möchte wissen, was Herr Adenauer zu antworten hätte, wenn jemand ebenso laut und vernehmlich behaupten wollte, die katholische Kirche wäre am Nationalsozialismus schuldig, denn Hitler, Heß, Goebbels und viele andere Führer der NSDAP sind Katholiken gewesen.

So geht es nun wirklich nicht!<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1949) berichtete am 21. Juli 1949: >>**Man sagt Ya statt Yes**

Sir Brian Robertson, Englands Militärgouverneur für Deutschland, fand dieser Tage ein dor-niges Telegramm auf seinem Schreibtisch:

"Amerikaner deutschen Ursprungs legen gegen Demontage deutscher Fabriken schärfsten Pro-  
test ein. Fortgesetzter Abbau der Fabriken bürdet dem amerikanischen Volk weitere Opfer  
auf."

Absender die Wählerversammlung der Amerikaner deutscher Herkunft in New York.

Diese Vereinigung besteht schon seit vielen Jahren. Auch die Amerikaner polnischer, irischer  
oder italienischer Herkunft haben solche Gemeinschaften. In der amerikanischen Politik spre-  
chen sie nicht selten ein gewichtiges Wort mit. Besonders vor den Präsidentenwahlen. Da spa-  
ren die Parteien nicht mit Zugeständnissen und Versprechungen.

Seit den letzten Novemberwahlen holte auch die Wählervereinigung der Deutschamerikaner an kriegsverlorenem Einfluß wieder auf. Wahlanalytiker wollten wissen, daß die Demokraten ihren Wahlsieg zum mindesten in einigen Staaten den Deutschamerikanern zu verdanken haben. Harry S. Truman müsse sich wenigstens zum Teil bei den Deutschamerikanern bedanken, daß er im Weißen Hause sitze.

Dessen war sich Harry auch wohl bewußt. Noch am Vorabend der Wahl beehrte er die Einweihungsfeier eines deutschamerikanischen Turnerheims mit einem betont herzlichen Telegramm und mit freundlichen Versprechungen.

Die Mehrzahl der Deutschamerikaner kehrte denn auch zur alten Tradition zurück: sie wählte demokratisch. Nur in der Roosevelt-Ära stimmten die Deutschblütigen republikanisch. Die deutschfeindliche Haltung des Präsidenten und seiner Clique verstimmte sie.

Die Deutschamerikaner lehnten es immer ab, sogenannte Bindestrich-Amerikaner zu sein. Auch im letzten Krieg taten sie vorbehaltlos ihre - amerikanische - Pflicht. Die starke Assimilationskraft des amerikanischen Bodens formte sie zu Amerikanern. Nicht ganz so schnell wie die britisch geborenen Neubürger, jedoch schneller als Italiener und Iren.

Selbst Hitler nahm sie nicht als Volksdeutsche in Anspruch. Und Goebbels wies die Flugblattverfasser der Wehrmacht an, keine Sonderausgabe für die Deutschamerikaner jenseits der HKL zu drucken. Er wußte, es war zwecklos.

Dennoch pflegen die Müllers und die Schulzes, die Neumanns und Hubers selbst im großen Menschenkessel New York - wie eine Erinnerung an eine verklungene Welt - die alten deutschen Bräuche. Erst kürzlich holten sie die vor acht Jahren eingemotteten Trachten zum erstenmal wieder aus den Schränken und demonstrierten vor erstaunten Amerikaneraugen die Treue zur Heimat.

Allein in New York gibt es Hunderte von deutschamerikanischen Gesangsvereinen. In ungezählten deutschen Küchen brutzeln Braten nach deutscher Art. Auch Feinschmecker nicht-deutschen Geblüts wissen die hohen Leistungen der deutschamerikanischen Restaurants zu schätzen.

Eine britische Journalistengruppe beschwerte sich, als man sie auf einer offiziellen USA-Reise mitten im Kriege ausgerechnet in ein deutschamerikanisches Restaurant führte. Dort sei das Menü besser, erklärte ihnen kurz und bündig der Reiseführer des "Information Service".

Von 1683 bis 1870 zogen in Fünfzig-Jahres-Abständen immer neue Schübe deutscher Auswanderer über den großen Teich. Das war schon damals nicht leicht. Man verkaufte all sein Hab und Gut. In Le Havre wurde ein primitiver Segler gechartert. Den Strapazen der Überfahrt erlag mancher Möchtegern-Amerikaner.

In vielen Staaten, bis nach Kalifornien hin, gab es eingesprenkelte deutsche Siedlungen. Größere Gruppen der "Neukommer" gingen nach Pennsylvanien. Nicht nur aus religiösen Gründen wählten sie das Land des großen Quäkers William Penn. Die Landschaft dort erinnerte ein wenig an die alte Heimat.

Ein Zentrum dieser deutschen Siedlungen ist Lancaster im südöstlichen Pennsylvanien. Noch heute wird dort das Pennsylvania-Dutch gepflegt - eine Art pfälzischer Dialekt mit einigen englischen Brocken. Man sagt "Ya" statt "Yes".

"The Pennsylvania-Dutchman", eine Zeitschrift, die sich um die Pflege der Tradition bemüht, behauptete erst kürzlich, dieses Pennsylvania-Dutch sei durchaus eine lebende Sprache.

Die Gesellschaft "Dutch Folklore Center Inc." bemüht sich, die alten Bräuche vor dem Aussterben zu bewahren. Noch heute sind die Siedler stolz auf ihre bäuerliche Kultur. Sie besitzen "die schönsten Scheunen der Erde", behaupten die Farmer in pfälzisch formuliertem amerikanischem Superlativ. Allein in Pennsylvania leben 900.000 Amerikaner deutscher Abstammung.

Als während des Krieges Roosevelts Propagandawelle über das Land ging, mußten die

Deutschamerikaner sich ducken. Nun sind sie politisch wieder recht aktiv. In vielen deutsch geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften kritisieren sie die amerikanische Deutschlandpolitik.

Harte Töne sind nicht selten. Seit einem halben Jahr sägen und nagen sie vor allem an den Wurzeln der These von der Kollektivschuld der Deutschen und auch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.

So gab beispielsweise William Lemke, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der kürzlich in Norddakota wieder in den Kongreß gewählt wurde, eine Dankesbotschaft an seine Wähler heraus. Darin heißt es:

"Ich protestiere gegen die Hinrichtung deutscher und japanischer Persönlichkeiten. Einige von ihnen starben, da sie zuviel wußten und man ihnen den Mund verschließen mußte. Vielleicht aber wird die Geschichte dennoch alles das aufdecken, was sie von den schmutzigen Hintergründen des zweiten Weltkrieges wußten. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß unsere Flügel nicht ganz so weiß waren, wie einige unserer Kriegsverantwortlichen es so gerne wahr haben möchten."

Noch stärker ins Horn stieß Dr. Ludwig Adolphus Fritsch, ein deutschamerikanischer Pfarrer aus Chicago. Er verfaßte eine Schrift "Das Verbrechen unserer Zeit", in der Amerika zu lesen bekam:

"Deutschland wurde beschuldigt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Deshalb sind führende deutsche Persönlichkeiten hingerichtet worden. Jeder Historiker aber weiß, daß das eine große Lüge ist. Die Deutschen verfolgten lediglich das berechtigte Ziel, Europa mit friedlichen Mitteln zu retten ..."

Dr. Fritschs Attacke stieß auf starken Widerspruch. Einige Gruppen riefen nach dem Kadi. Besonders heftig protestierte die "Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges", eine rußlandfreundliche Henry Wallace-Gruppe. Schon spricht man in den USA von "Neo-Nazismus", diesmal sogar im eigenen Heim. Aber der Geistliche aus Chicago nimmt für sich das Recht der freien Rede in Anspruch. Seine Schrift wandert von Hand zu Hand.

Viele Deutschamerikaner, die trotz der Depression die nötigen Dollars sparen können, wollen in der nächsten Zeit die alte Heimat wiedersehen. In den Reisebüros in Pennsylvania ist Hochbetrieb. Rhein und Neckar locken. Und außerdem möchte man sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob es (der) Militärgouverneur in der US-Zone richtig oder falsch macht.<<  
Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 24. Juli 1949 in Köln nach Adenauers Heidelberger Wahlkampfreden vom 21. Juli 1949 (x112/734): >>Ich habe den Mann nach sorgfältiger Beobachtung noch nie als Persönlichkeit begriffen. ... Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in "Lügenauer" umzuändern. ...<<  
Adenauer versprach am 31. Juli 1949 bei seinen Wahlkampfreden, ein Ministerium für die Vertriebenenprobleme zu bilden.

Das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände ("Soforthilfegesetz") trat am 8. August 1949 in Kraft.

Es wurde danach eine monatliche Unterhaltshilfe von 70 DM gezahlt (x024/239).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 13. August 1949 über die bevorstehende erste Bundestagswahl (x112/746): >>Es dürfte heute wohl nur noch wenige Einzelgänger geben, die sich der Bedeutung der morgigen Wahlen nicht bewußt sind. ... Der Anfang des eigenstaatlichen Lebens nach der Kapitulation und der Zwischenzeit des Länderaufbaus beginnt jetzt.<<

In den 3 Westzonen fand am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

Der CDU-Politiker Karl Arnold (1901-1958, von 1947-56 Ministerpräsident von Nordrhein-

Westfalen) berichtete am 15. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/749): >>... Der Start für die Bundesrepublik ist gelungen, und der Grundstein für die neue Souveränität ist gelegt. Die Absage an radikale Parteien ist ein beredtes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtete am 15. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärte am 15. August 1949 vor der Presse (x112/750): >>... (daß keine) grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten. ... Aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms (sieht er mit der SPD keine Möglichkeit der Zusammenarbeit). ...

Der Gesamtrhythmus der Größenordnung in dem Parteienergebnis hat ungefähr so erwartet werden können. Wenn man einzelne Resultate betrachtet, spürt man, daß durch die Isolierung der Flüchtlinge eine eigentliche Verschiebung nicht eintrat. Das Problem wird jetzt sein, die politische Atmosphäre der einzelnen Gruppen kennenzulernen und dann festzustellen, wo eine Verständigung auf entscheidende Fragen in der Weiterentwicklung einer deutschen politischen Selbstverständigung erreicht werden kann.<<

Ein SED-Politbeschuß vom 16. August 1949 forderte die Schaffung von Parteiorganisationen im Apparat der Partei und der "Massenorganisationen" (x009/280): >>... Im Apparat der Massenorganisationen zentral, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu Parteigruppen zusammenzufassen. ...

Der Apparat der Parteigruppen muß ein operatives Instrument der Parteileitung sein. ... In den Parteigruppen ist jeder Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Parteigruppe" in der SBZ (x009/319-320): >>Nach dem Vorbild der KPdSU werden seit 1953 in verstärktem Maße die Betriebsparteiorganisationen der SED in den Großbetrieben, staatlichen Institutionen sowie den Apparaten der SED und der Massenorganisationen in Parteigruppen untergliedert.

Der Parteigruppe gehören alle SED-Mitglieder an, die an einem gemeinsamen Arbeitsplatz, z.B. in einer Unterabteilung oder Brigade, tätig sind. In der Regel soll die Parteigruppe nicht mehr als 8 bis 10 SED-Angehörige umfassen.

Unter Anleitung eines Parteiorganisators, der die Verbindung zur SED-Betriebsgruppe herstellt, haben sie die Aufgabe, sich an ihrem speziellen Arbeitsplatz gegenseitig zu überwachen, die Arbeit sowie das Privatleben ihrer unmittelbaren Kollegen zu kontrollieren und die Durchführung sämtlicher Parteibeschlüsse auf unterster Ebene zu gewährleisten.

Die Parteigruppe soll "die führende Rolle der SED auf allen Gebieten" auf unterster Ebene verwirklichen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Von der SED gesteuerte Organisationen.

Die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen gilt als Mindestmaß "gesellschaftlicher Aktivität".

Trotz teilweise vorgegebener parteipolitischer Neutralität oder parteimäßig nicht gebundener Vorsitzender werden sämtliche Massenorganisationen durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitglieder sind, geleitet. ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 22. August 1949 (x112/755): >>... Regierungskoalition ohne SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtete am 22. August 1949 über die damaligen Koalitionsverhandlungen (x112/755): >>Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen ...

Die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für einen Bundeskanzler Adenauer und einen Wirtschaftsminister Erhard eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtete später über Adenauers Koalitionsverhandlungen nach der ersten Bundestagswahl: >>... Unbestreitbar ist, daß Adenauer während seiner Regierungszeit einen großen Teil seiner Energie, vor allem seines taktischen Raffinements, darauf verwendet hat, die föderalistischen Tendenzen der "Bundesländer" niederzukämpfen - nicht zuletzt jener Länder, die von CDU- oder CSU-Landesfürsten regiert werden.

Die Zähmung

- der bayrischen CSU unter der anfänglichen Führung des Adenauer-Gegners Dr. Josef Müller (Ochsensepp) und neuerdings unter dem ehrgeizigen Franz-Josef Strauß,
- der württembergischen CDU unter Gebhard Müller (heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts),
- der hannoverschen CDU unter dem Neutralisten Dr. Wilhelm Gereke (heute in der Sowjetzone) und
- der nordrhein-westfälischen CDU unter dem christlichen Sozialisten Karl Arnold (inzwischen verstorben) war nicht leicht - und ist bis in die Gegenwart hinein ein ständig gefährdetes Balance-Kunststück geblieben.

Die Art und Weise, wie Adenauer von vornherein diese zentrifugalen Kräfte beaufsichtigte und wie er sie mit taktischen Winkelzügen ausmanövrierte, hat die erste Regierungsbildung Adenauers beispielhaft demonstriert.

Am 14. August 1949 hatten die ersten Bundestagswahlen stattgefunden. Die CDU/CSU hatte einen knappen Sieg errungen. Ihre Fraktion zählte 139 Abgeordnete, die der SPD 131. Der Rest verteilte sich auf eine Reihe kleinerer Parteien, unter denen die FDP mit 52 Sitzen die stärkste war.

Als größte Fraktion hatte die CDU/CSU das Recht, den Bundeskanzler vorzuschlagen. Ihr Kandidat hieß unbestritten Konrad Adenauer.

Die offene Frage war, ob die CDU/CSU

- entweder eine große Koalition mit der SPD suchen (mit einer starken und aktionsfähigen Regierungsmehrheit)
- oder eine bürgerliche, kleine Koalition mit einer voraussichtlich kleinen Mehrheit anstreben sollte. (Tatsächlich wurde Adenauer schließlich von einer winzigen Mehrheit, nämlich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen - gewählt.)

Gegen eine Koalition mit der SPD sprachen vor allem ideologische Gründe. Die CDU hatte den Wahlkampf mit der Erhardschen Parole von der "sozialen Marktwirtschaft" geführt. Hätte die CDU nach dem Wahlsieg mit der SPD koalitiert, so hätte sie sich in ihrer Regierungspraxis zu Kompromissen bereit finden müssen, die mit ihrem Programm nicht übereinstimmten, und vorauszusehen war, daß bei der nächsten Wahl die bürgerlichen Wähler - von der CDU aus gesehen - nach rechts ausgewichen wären.

Neben diesen parteilichen Gründen für eine Ablehnung der großen Koalition hatte Adenauer

aber auch noch persönliche Gründe - und zwar Gründe, die dem Problemfeld "Zentralismus oder Föderalismus" entstammten.

In einer ganzen Reihe von Bundesländern - so in Hessen, Nordrhein -Westfalen und Rheinland-Pfalz - gab es Länderregierungen, die sich aus CDU und SPD rekrutierten. Das Interesse der in diesen Regierungen sitzenden CDU-Politiker ging nun 1949 dahin, nach Möglichkeit zu unterbinden, daß sich innerhalb der Bundesrepublik ein Kampfzustand zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten herausbildete, der zwangsläufig früher oder später die Koalitionen und damit auch ihre Ministersessel gefährden mußte.

Unter diesem Gesichtspunkt ging es also bei der Frage, ob das erste Bundeskabinett eine CDU/SPD- oder eine bürgerliche Koalition sein sollte, auch darum, ob im Rahmen der CDU entweder die Bedürfnisse der CDU-Landesverbände oder die Interessen der Bonner CDU-Zentrale den Vorrang haben sollten. Mithin: Die notwendig gewordene Entscheidung über große oder kleine Bonner Koalition war ihren Konsequenzen nach zugleich eine Entscheidung über die Alternative zwischen "Bonner Zentralismus" und dem Föderalismus der CDU-Landesverbände - und kein CDU-Politiker sah diesen Sachverhalt deutlicher als Adenauer.

Adenauer fingerte die Entscheidung in einer höchst formlosen Weise. Eigentlich hätte man erwarten müssen, daß Adenauer die Beschlußfassung über ein immerhin so folgenreiches Problem irgendeinem Parteigremium überlassen hätte. In Frage kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder die von ihm - Adenauer - selbst eingerichtete Konferenz der CDU-Landesverbandsführer oder eine Versammlung, die aus beiden Gremien zusammengesetzt war.

Anstelle dieser institutionell entscheidungsbefugten Gremien berief Adenauer aber eine willkürlich zusammengewürfelte Versammlung in seine Rhöndorfer Villa. Eingeladen waren unter anderen:

- der Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser, der, obwohl zum linken Flügel der CDU gehörend, aus persönlichen und politischen Gründen mit Schumacher verfeindet war und schon deswegen eine Koalition mit der SPD ablehnte,
- der Kanzler-Freund und Bankier Robert Pferdmenges, der damals noch nicht einmal Bundestagsabgeordneter war und in der CDU keine große Rolle spielte,
- der Oberdirektor des trizonalen Wirtschaftsrates, Pünder, und andere Funktionäre derselben Behörde, die schon aus Gründen ihres Amtes zentralistisch eingestellt waren.

Nicht in das Bild dieser vorwiegend zentralistischen, mithin zu einer kleinen Koalition geneigten Versammlung paßte der rheinpfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Der Koblenzer Christdemokrat, Chef einer CDU/SPD-Koalition, war entschiedener Anhänger einer großen Bonner Koalition - also eines Bundeskabinetts, das genauso zusammengesetzt sein sollte wie seine Koblenzer Landesregierung.

Aber gerade die Einladung Altmeiers war ganz offenbar ein fuchsig berechneter Schachzug Adenauers. Einerseits nämlich entlastete die Anwesenheit Altmeiers ihn, Adenauer, von dem Vorwurf, er habe bei seiner Rhöndorfer Einladung nur "Zentralisten" und Gegner der großen Koalition berücksichtigt - andererseits jedoch war der nicht eben pfiffige Altmeier von vornherein als ein sehr schlechter Anwalt der föderalistischen Interessen erkennbar. Sonderlich beweiskräftiger Widerstand war von dem Koblenzer kaum zu erwarten. Altmeier war recht geeignet, als die etwas bedauernswerte Leitfigur einer Opposition zu dienen, die Adenauer lächerlich zu machen bestrebt war.

Daß Adenauer bei der Auswahl seiner Gäste sehr wohl daran gedacht hatte, dem hantierbaren Koblenzer Landesfürsten die Funktion des Oppositionsführers zuzuschieben, wird noch durch einen weiteren Umstand wahrscheinlich gemacht. Obwohl der linke CDU-Führer Karl Arnold als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen einer der stärksten CDU-Führer auf Länderebene war, hatte Adenauer vermieden, ihn zu der Rhöndorfer Sitzung einzuladen. Offenkundig hatte Adenauer von ihm allzu entschiedenen und allzu gewichtigen Widerstand erwartet.

Die Entscheidung kam schließlich beim Kaffee zustande. Zwar plädierte Altmeier tapfer für eine CDU/SPD-Koalition auf Bonner Ebene, aber seine Freunde kamen - wie Dr. Pferdmeiges in einem Interview mit dem Adenauer-Biographen Weymar bezeugte - nicht zu Worte oder wurden von Adenauer beiseitegezogen und überzeugt. Auf jeden Fall, am Ende war man sich im Sinne Adenauers einig: Die kleine Koalition war beschlossene Sache.

Die Sonntags-Kaffeetafel zu Rhöndorf hatte gleichsam als regierungs-bildende Versammlung - und wenn man die Tragweite der dabei beschlossenen Lösung bedenkt: geradezu als eine Art "Konstituierende Versammlung" - fungiert. Adenauer hatte die föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit einem Trick überspielt.

Die an diesem Beispiel eklatant sichtbare institutionelle Schwäche des Adenauer-Regimes ist bis in die Gegenwart hinein ein Makel der Bundesrepublik geblieben. Allzuoft wurde durch faule Praktiken, taktische Winkelzüge und unfaire Kniffe das ersetzt, was das Grundgesetz an zentraler Autorität nicht hergibt. Das Grundgesetz selbst geriet dabei ins Zwielficht.

Auf dem Höhepunkt des Finanzausgleichs-Streits im Parlamentarischen Rat murrte Adenauer: "Besser ein schlechtes Grundgesetz als gar kein Grundgesetz!" Bei dieser Äußerung schimmerte durch, daß Adenauer von vornherein entschlossen war, die Paragraphen des künftigen Grundgesetzes auf jeden Fall nicht tödlich ernst zu nehmen; er traute sich zu, mit seinem Repertoire an taktischen Kunstgriffen auch noch das unhandlichste Verfassungsinstrument nützlich verwenden zu können. Sein Desinteresse am Grundgesetz ging oft bis zur glatten Unkenntnis. Die Entscheidung, 1959 Bundespräsident werden zu wollen, traf er in offener Nichtkenntnis der einschlägigen Grundgesetzartikel.

Zweifellos hat die institutionelle Unsicherheit der westdeutschen Demokratie Gründe, die in der Person Adenauers liegen: in seiner Fähigkeit und mithin auch in seiner Tendenz, verfassungsrechtliche Grundsatzprobleme mittels eines Systems von Intrigen, klotzigen Vergröberungen und manchmal auch persönlichen Infamien zu lösen.

Die Intriganz Adenauers hat sicher viel dazu beigetragen, die politische und sogar die verfassungsrechtliche Stabilität der westdeutschen Demokratie zu gefährden. Indes, die Gründe für die Bedenkenlosigkeit, mit der Adenauer die politischen und rechtlichen Streitobjekte der Bundesrepublik hantierte, sind keineswegs nur in seiner persönlichen intriganten Veranlagung, sondern auch in seinen politischen Grundansichten zu suchen.

Deutschland mit dem Westen zu versöhnen, ist seit spätestens 1919 eine fixe Idee Adenauers gewesen. Unter diesem Leitgesichtspunkt betrieb er nach dem Ersten Weltkrieg die Föderalisierung des Reiches und nahm er nach 1945 die Teilung Deutschlands hin. Eine föderale Gestaltung des westdeutschen Teilstaates schien ihm, nachdem diese Teilung als Faktum sichtbar wurde, auf jeden Fall nicht mehr unbedingt notwendig.

Gleichwohl wird gelegentlich erkennbar, daß es in seiner politischen Gedankenwelt noch föderalistische Vorstellungen gibt. Diese Vorstellungen beziehen sich aber nicht so sehr auf die innere Gestaltung der Bundesrepublik als vielmehr auf die Ordnung des mitteleuropäischen Raumes. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schrieb am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<

Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenannt. Vorsitzender des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

Der 4. Pädagogische Kongreß beschloß am 25. August 1949 "Schulpolitische Richtlinien für

die deutsche demokratische Schule" (x112/758-759): >>... Für die Festigung und den Ausbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die entschiedene Weiterführung der demokratischen Schulreform von wesentlicher Bedeutung. ... (Die SED fordert) Erziehung der Jugend zu einem demokratischen Nationalbewußtsein ... zu einer neuen Sittlichkeit und Arbeitsdisziplin als Voraussetzung für eine bewußte Einordnung in die neue Gesellschaft. ...

Als Glied der demokratischen Einheitsschule hat der Kindergarten heute zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen.

1. Als organische Vorstufe der Schulerziehung führt er die Kinder zur Schulreife. ...
2. Die verstärkte Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ist eine wesentliche Voraussetzung zu ihrer Gleichberechtigung.

Der Kindergarten fördert durch die Entlastung der arbeitenden Frauen diese Entwicklung.<<  
Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtete am 25. August 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/544): >>Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet, daß im Bereich der Grenzpolizeistelle Rehau am 22.8.1949 gegen 17 Uhr von den Tschechen 38 sudetendeutsche Flüchtlinge und etwa 15 Kinder bei Mähring über die Grenze nach Bayern abgeschoben worden sind.

Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche aus dem Bezirk Freiwaldau/CSR, die in der Mehrzahl noch bis unmittelbar vor ihrer Ausweisung in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch alte, gebrechliche Leute und Säuglinge. Die Personen wurden von Freiwaldau mit der Eisenbahn bis Eger und anschließend mittels LKW bis an die bayerische Grenze gebracht; sämtliches noch im Besitz befindliche Geld wurde ihnen an der Grenze durch die Tschechen abgenommen.

Die früheren Transporte wurden in der Regel entweder am tschechischen Zollhaus oder am alten Wasserwerk bei Neuhausen durchgeführt, während die eingangs erwähnte "Aussiedlung" erstmals bei Mähring erfolgte. Es wird deshalb angenommen, daß sich die tschechischen Grenzbehörden an die früheren Vereinbarungen nicht mehr halten.

Dem Bericht des BLGP-Kommissariats Hof zufolge versuchen nunmehr die tschechischen Behörden die ... Abmachungen, wonach nur bei Wildenau und Neuhausen wöchentlich höchstens 80 Flüchtlinge über die Grenze gebracht werden und diese Zahl auf keinen Fall vergrößert würde, dadurch zu umgehen, daß sie auch an anderen Grenzstellen mit dem Abschieben von Sudetendeutschen beginnen.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schrieb am 28. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... Es ist nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik, die uns im Wahlergebnis so sehr geschadet hat, als vielmehr die kämpfende Kirche, die nicht sehen will, daß hier ein deutsches Staatswesen neu entstehen soll, sondern die die Neuregelung und Ausweitung der kirchlichen Rechte im Auge hat.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" veröffentlicht am 30. August 1949 die Dürkheimer Erklärung.

In dieser Mitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 30. August 1949 hieß es (x112/763): >>... Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.<<

Im August 1949 wurden in der gesamten sowjetischen Zone verstärkt Arbeiterfamilien für den Uranbergbau in den Erzgebirgskreis Aue zwangsweise umgesiedelt.

Es handelte sich bei diesen "Umgesiedelten" vor allem um reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene.

Im berüchtigten Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz wurden im August 1949 wieder

mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollten, die sie nicht begangen hatten (x130/229).

Gefangene Wehrmachtsoffiziere berichteten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die Folterungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/217,227-229): >>Eines Nachts hörte ich die ersten Schreie. Ich habe in meinem Leben viele Menschen vor Schmerzen schreien hören. Aber dieses Schreien in dunkler Nacht, das in Wimmern überging, um dann plötzlich wieder zu einem langgezogenen Ton anzuschwellen, hatte ich bisher noch nicht gehört. Das war systematisches Quälen und Foltern von Menschen, wie es in den Folterkammern der Inquisition, vielleicht auch in Hitlers Konzentrationslagern geschah. ...<<

>>... Stundenlang hörten wir die Geräusche der Prügelei, oft höhnisches Gelächter der Vernehmenden, lautes, immer stärker werdendes Stöhnen, Röcheln, und dann wieder lautes Schreien der unter fürchterlichen Schmerzen gequälten Kameraden. ...

(General Gerhard Henke:) Ich wurde scharf nach rückwärts gefesselt und im barbarischen Ton aufgefordert, mich mit dem Bauch auf den Tisch zu legen. Einer der Vernehmer riß mich am Oberarm über den Tisch. Mein rechtes Knie schlug schwer gegen die Tischkante. Man band meine beiden Fußgelenke mit einem Strick zusammen, zog die Füße nach rückwärts hoch und knotete sie scharf an die auf dem Rücken gefesselten Hände.

Der Strick wurde dann weiter um den Hals geführt und auf dem Rücken wieder irgendwo zusammengebunden. Sie warfen mich nun wie ein lebendiges Paket vom Tisch auf die Erde hinunter. Ich schlug mit dem Brustkorb, den Knien und dem Kinn schwer auf.

Halb betäubt hörte ich, wie meine Peiniger auf Serbisch etwas besprachen. Ich erwartete die ersten Schläge. Aber sie hatten sich noch eine andere Gemeinheit ausgedacht. Sie stülpten einen Schemel um und legten mich mit Brust und Bauch auf die vier Schemelfüße. Mein Kopf hing vorn herunter. Dann schlugen zwei mit Knüppeln ununterbrochen mit voller Wucht auf Rücken und Füße. Ein schneidender Schmerz vom linken Fuß ausgehend zog durch den ganzen Körper. Auch bohrten sich die Schemelbeine mit jedem Schlag in die Lenden.

Ob ich gebrüllt oder gestöhnt habe, weiß ich nicht. Die weiteren Schläge fühlten sich immer dumpfer an. Dann verlor ich das Bewußtsein. ...

(Oberleutnant Dr. Martin Speer:) Dieser hatte aus seiner christlichen Einstellung heraus abgelehnt, immer weiter erfundene Greuelthaten anzugeben. Dafür wurde er, wie Augen- und Ohrenzeugen erzählten, so lange geschlagen und an den Händen aufgehängt, bis er gestorben ist. ... (Hauptmann) Föhner betete und rief zu Gott, sein Anblick war furchtbar. Die rechte Gesichtshälfte war fast gänzlich verkrustet mit Blut. In seinem Blick saß Angst, Verzweiflung, Entsetzen. ...

Er rief in seiner Not wieder Gott an. Zwei der Jugoslawen packten F., dessen Hände gefesselt waren und spannten ihn über das Bett. Die zusammengebundenen Arme legte man über die oberen Pfosten und die Füße band man mit Draht an den unteren Pfosten fest. Die vordere Körperseite war dem Erdboden zugewandt.

Einer nach dem anderen sprang ihm nun auf den Rücken. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/219,240): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann das in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.

Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre nach Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die

Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...

Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<

>>... Wie viele Kriegsgefangene den Folterungen unmittelbar oder an deren Folgen während der Strafverbüßung erlegen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die von Heimkehrern am häufigsten genannten Zahlen bewegen sich zwischen 50 und 60 Todesfällen. Diese Ungewißheit resultiert einmal aus der Tatsache, daß die Umstände, unter denen sich die Ereignisse abspielten, den Gefangenen keinen Einblick in das Gesamtgeschehen erlaubten; zum anderen daraus, daß der Werschetzer Lagerarzt, der frühere Oberfeldarzt und Neurologe Dr. Joachim Rost, der die mißhandelten Gefangenen versorgt hat und die einzelnen Todesfälle hätte registrieren können, nach seinen eigenen Angaben gegenüber Mitgefangenen gezwungen war, die wahre Todesursache im Einzelfall zu verschleiern. ...

In einer Reihe von Fällen ist es indessen durchaus möglich zu beweisen, daß der Tod von Kriegsgefangenen eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen gewesen ist.<<

Die Katholische Kirche kritisierte am 4. September 1949 zum Abschluß des Katholikentages die damalige ungerechte Eigentumsverteilung (x112/766): >>Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und gefährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt. ...

Übergroße, das Gemeinwohl bedrohende wirtschaftliche Macht in den Händen Einzelner muß aufgelöst werden.<<

Die SED gründete am 7. Oktober 1949 die Nationale Front.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Gründung der "Nationalen Front" (x009/302): >>Gegründet am 7. Oktober 1949, hervorgegangen aus dem Volkskongreß.

Die Nationale Front soll als "breiteste Massenbewegung" auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen konnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den Haus- und Hofgemeinschaften auf und verfügt auf allen Ebenen des Systems über sog. Ausschüsse und Aktive. ... Der weitaus wichtigere Apparat der Nationalen Front besteht überwiegend aus SED-Funktionären ...

Das Programm der Nationalen Front ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als "genereller Volkswille" verstanden - für alle anderen Parteien und die Massenorganisationen bindend. Zu seiner Verbreiterung veranstaltet die Nationale Front regelmäßige "Aufklärungseinsätze" und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (Agitation). Die Nationale Front nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des "Demokratischen Blocks" (Blockpolitik) wahr; in ihrem Namen werden z.B. die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt und die Kandidaten für die Richter- und Schöffenwahlen benannt. ...

Die ursprüngliche gesamtdeutsche Zielsetzung der Nationalen Front, "Sammlung aller aufrechten Deutschen zum Kampf um die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages", ist zugunsten innenpolitischer Aufgaben seit 1955 mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Seit 1958 ist die Nationale Front allerdings wieder verstärkt in die Infiltrationstätigkeit nach und in Westdeutschland und West-Berlin eingespannt. Sie arbeitet dabei streng nach den Weisungen des Politbüros und des ZK der SED. ...

Für "Verdienste um den Kampf für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland" wird vom Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front die "Ernst-Moritz-Arndt-Medaille" verliehen.<<

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärte am 7. September 1949 im US-Radiosender "RIAS" zur Konstituierung des Bundestages (x112/768): >>... Es fehlen noch die 5 Fahnen und Wappen der Länder der ostdeutschen Zone, und es fehlt vielleicht auch noch die volle wirklich klare Erkenntnis, daß die Rückgewinnung des Ostens und Berlins, die Wiedergewinnung eines einheitlichen Deutschlands nicht ein Geschenk vom Himmel ist, sondern daß die Rückgewinnung der Einheit Deutschlands von uns erkämpft, erobert und erstritten werden muß.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wurde am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland war ein ungewöhnlich beliebter Politiker und wurde von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.

Bundespräsident Theodor Heuss, der sich wesentlich an der Formulierung des Grundgesetzes beteiligt hatte, erklärte während seiner Antrittsrede vor dem deutschen Bundesrat und Bundestag am 12. September 1949 (x105/307-308): >>Niemand wird, so hoffe ich, mißdeuten, und mancher wird verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge anspreche und zweier Männer gedenke:

Mein früh verstorbener Vater hat in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 1848 gegossen, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und uns einen Begriff davon gegeben, daß die Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind.

Ich darf weiter an Friedrich Naumann denken, ... ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich zumal das Wissen verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen ihres Volkes getragen wird, und von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. ... Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort. In den Zeitungen habe ich in den letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können, nette Sachen. Aber es wurde darin auch gesagt, mir fehle die Ellenbogenkraft, die zum Politiker gehöre.

Ich selber habe das Gefühl: Von der Ellenbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens, im öffentlichen Leben tätig zu sein, daß ich die Worte so gebrauche, daß ich auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaft und Vertrauensleute besaß, heute besitze und es wird so bleiben.

Mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellenbogen vertragen kann, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die notwendig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.

Wir sind eine Bundesrepublik. ... Wir wollen in Deutschland keinen Zentralismus haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen. Wir wollen diese Aussprache. Die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. ...

Ich habe selber zum Grundgesetz, als wir es berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als stellvertretend empfinden für die deutschen Brüder (im Osten), die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Situation, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleistet wird, sondern daß hier eine Weltproblematik vorliegt, die mit dem Mächteschicksal der Anderen verbunden ist.

Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen, daß wir im Geistigen ärmer geworden sind in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker abspernte.

Aber wir wissen auch dieses: Die Anderen würden ärmer auch ohne das, was Deutschland bedeutet.

Wir stehen vor großen Aufgaben, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Es ist eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht in den Ressentiments versinken und stecken bleiben, in die das Unglück des Staates uns gestürzt hat.

Wir werden der hochfahrenden Hybris (dem frevelhaften Übermut) ausweichen müssen, die oft genug bei den Deutschen zutage getreten ist. Es ist ein seltsames deutsches Volk, das voll der größten Spannungen ist, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativen und der großen Romantik steht.

Wir haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß und zum Gemäßen zurückzufinden und unsere Würde neu zu bilden, die wir nie im Innern der Seele verloren. ...<<

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtete über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/97): >> Bis September 1949 wurde in der 2. Zone des Lagers immer noch die beim Russen so populäre Glatze geschnitten. Nur prominente Persönlichkeiten wie Barackenälteste, Blockälteste, Läufer, Ärzte und Sanitätspersonal durften lange Haare tragen. Damit wurde der Haß des einfachen Häftlings gegen diese Leute immer wieder entflammt. Oft gab es schwere Debatten über das Haareschneiden mit dem Kommandanten. Endlich, im September 1949, kam dann der Befehl, daß sämtliches Glatzeschneiden zu unterbleiben hätte. ...

Am 13. September 1949 wurde ich dann geröntgt. Bis zu dieser Zeit gab es nämlich so etwas nicht. Bei mir stellte man eine schwache Verschattung der Lunge fest und ich wurde ... ins Revier eingeliefert. ... Dadurch konnte ich mein Gewicht von 46 auf 59 Kilo erhöhen.

Beim ersten Serienröntgen wurde ein trauriges Ergebnis erzielt. Von 10 Mann hatten in der ersten Zeit mindestens 8 oder 9 Mann Tuberkulose. ...<<

Konrad Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt. Bundeskanzler Adenauer bildete daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.

Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.

Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<

Der irische Journalist Terence Prittie (1913-1988) schrieb später über Bundeskanzler Adenauer und den ersten Deutschen Bundestag (x073/245): >>... Bei dieser Regierung und im Parlament machte Adenauer seine Autorität geltend, eine Mischung aus väterlicher Fürsorge, schulmeisterlicher Strenge und klugem Menschenverstand, die ihm ohne offensichtliche Anstrengung gelang.

Unterbrechungen tat er mit lässiger Ironie ab. Seine Reden waren knapp und stets sachlich. Nahezu unveränderlich bewahrte er Gemütsruhe, auch wenn er ungewohnterweise von Zorn überwältigt wurde. Er konnte böse werden oder bissig oder giftig; ein "falscher" Ton schien sich dann in seine Stimme zu schleichen. Er besaß die Gabe, seinem Zorn Luft zu machen, während er äußerlich ruhig blieb.

Er war das genaue Gegenteil von einem Demagogen und gab so ein Beispiel, das dieses erste Parlament nach der Nazizeit ganz dringend brauchte.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.

Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:

Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".

Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."

Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."

Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Naziartei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.

Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er müßte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr.

Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".

"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...

Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...

Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig.

Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement,

jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.

Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrt Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

Bundeskanzler Adenauer sagte während seiner Regierungserklärung am 20. September 1949 (x058/399-400): >>... Auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wartet eine außerordentlich große und umfangreiche Arbeit. Die Koalitionspartner sind sich völlig einig darin, daß sie sich immer von dem Bestreben leiten lassen werden, so sozial im wahrsten Sinne des Wortes zu handeln, wir irgend möglich.

Die Vertriebenen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen. Wir wollen ferner mit allen Mitteln den Wohnungsbau in der energischsten Weise fördern, nicht, indem der Bund selbst baut, sondern indem er Mittel zur Verfügung stellt und darauf dringt, daß von den Ländern alle Möglichkeiten auf diesem Gebiete des Wohnungsbaues erschöpft werden. ...

Die deutsche Wirtschaft ist in der Vergangenheit groß und stark geworden durch ihre Facharbeiter und nicht zuletzt durch angewandte Wissenschaft. ... Die Bundesregierung wird, soweit ihre finanziellen Kräfte es erlauben, dafür eintreten, daß die wissenschaftliche Forschung in Deutschland gefördert wird. Und sie wird dann auch die deutsche Wirtschaft veranlassen, das gleiche zu tun. Nur wenn es gelingt, uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen, wird es möglich sein, auf ihm zu bestehen. ...

Die Förderung der Kapitalbildung, und zwar sowohl der Bildung von Sparkapital wie von Betriebskapital, wird unser vordringlichstes Ziel sein. Nur dann können wir erwarten, daß durch Freigabe von Gegenwertfonds und auf andere Weise das dringend benötigte ausländische Kapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung steht.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft aber ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.

Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig. Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Auf die Betonung dieser Aufstiegsmöglichkeiten legen wir den größten Wert. ...

Und nun lassen Sie uns übergehen zu Fragen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der 3 Regierungen, das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. ...

Wenn ich aber vom Frieden spreche, dann muß ich auf die Teilung Deutschlands zurück-

kommen. Ich fürchte, daß in Europa keine Ruhe eintreten wird, wenn sie nicht verschwindet. Sie ist durch die Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.

Lassen Sie mich in dieser Stunde mit besonderem Dank der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenken. Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Lande in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und noch tun. ...

Das deutsche Volk wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen und es wird es auch nicht vergessen.<<

Das Besatzungsstatut der Alliierten trat am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wurde schließlich durch die Pariser Verträge (1955) aufgehoben (Deutschlandvertrag).

In der BRD wurde am 21. September 1949 die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche konnte jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.

Die Presse berichtete am 28. September 1949 über den Umfang und die Möglichkeiten der Werbung im Rundfunk (x112/778): >>... Sie liegen nicht nur in dem Widerstand der Hörerkreise gegen ein Werbeprogramm in der Hauptsendezeit, sondern sie liegen vielmehr auch in den akustischen Ermüdungserscheinungen, die nach den Beobachtungen deutscher Sendestationen sogar bei der Durchgabe von aktuellen Nachrichten, die über eine gewisse Sendezeit hinausgehen, unvermeidlich eintreten.<<

Der parteilose Abgeordnete Franz Ott (1910-1998, katholischer Geistlicher und Vertriebenpolitiker) stellte am 29. September 1949 im Deutschen Bundestag folgenden Antrag (x112/778): >>Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung des "Deutschlandliedes" in seiner ursprünglichen, unveränderten Form als Bundeshymne für die Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.<<

Der Deutsche Bundestag billigte am 30. September 1949 mit großer Mehrheit den Antrag der SPD, die Alliierten um Zustimmung zum Anschluß Berlins (West) an die Bundesrepublik Deutschland zu bitten (x112/778): >>... Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands.

Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll.<<

In den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern begannen im September 1949 nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).

Der deutsche Wehrmachtsarzt Dr. Kuno W. berichtete später über die unerwartete "Zurückhaltung von gefangenen Offizieren" (x130/354-355): >>... Und dann sehen wir etwas, das selbst unsere hart gewordenen Herzen fast stillstehen läßt.

Draußen werden unter strenger Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen im Arm und Hunden etwa hundert Offiziere abgeführt.

Man hat sie hier an der letzten Linie des sowjetischen Machtbereichs aus dem Heimkehrertransport herausgeholt. Viele der Männer, die da abgeführt werden, schämen sich ihrer Tränen nicht, und das will etwas heißen bei diesen Gefangenen, die in der Esse der Gefangenschaft zu steinharten Männern gebrannt wurden.

Einer ruft noch herüber: "Kameraden, vergeßt uns nicht!" ...<<

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böldcker (1933-2012) schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die "Umwandlung von deutschen

Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern" (x130/355): >>... Die hundert Offiziere ... gehörten zu jenen Deutschen in russischer Hand, die unter der Unbarmherzigkeit des Siegers länger leiden sollten, als alle anderen gefangenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs.

Im Jahre 1949 waren in nahezu allen Gefangenenlagern der Sowjetunion schlagartig Offiziere der Geheimpolizei des Innenministers Berija erschienen. In langen Verhören hatten sie die Gefangenen danach ausgefragt, was sie während des Krieges in der Sowjetunion möglicherweise Böses – im Sinne des Siegers - getan hatten: Kartoffeln oder Getreide von Kolchosgütern requiriert, Zivilisten aus ihren Häusern ausquartiert, an Partisanenbekämpfung teilgenommen usw.

Die Vernehmungen begannen am frühen Morgen und endeten spät in der Nacht. Mancher Gefangene durfte nach drei Stunden scharfer Fragen wieder gehen, mancher mußte mehrere Tage hintereinander auf dem harten Stuhl vor dem Tisch des Vernehmungsoffiziers zubringen.

Der Russe fragte nach Lebenslauf und Dienstrang, nach Schulbesuch und politischer Einstellung. Dann kam sehr oft die Frage: "Haben sie Greueltaten begangen oder Greuelbefehle ausgeführt? Hatten Sie Kenntnis von Greuelbefehlen? Wer war daran beteiligt? Nennen Sie die Namen!" ...

Natürlich stritten die meisten der verhörten deutschen Soldaten ab, an solchen Taten beteiligt gewesen zu sein. Sie hatten einen langen erbitterten Krieg gekämpft, sie hatten in schweren Schlachten gestanden, sie waren Soldaten.

So weigerten sie sich, Geständnisse abzulegen und Protokolle zu unterschreiben. Die Russen brachten sie gleichwohl dazu. ...<<

Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über die sowjetischen "Verhörmethoden" (x130/355-356,281): >>... Wir müssen mit Schrecken erleben, wie mit List und Gewalt versucht wird, auch die harmlosesten Kameraden zu Kriegsverbrechern zu stempeln. ...

Gegen September begann im Lager eine umfassende Vernehmungswelle, wobei eine große Zahl von Offizieren und Soldaten bedroht, erpreßt und schwer geschlagen wurde. ...

Wollen die Russen jemand zu irgendeinem Geständnis zwingen, so wird er in den Stehbunker gesperrt, ein schmales Verlies, in dem man weder sitzen noch liegen kann, und aus dem die Eingesperrten wie Holzstücke herausfallen, wenn nachgesehen wird. ...

Aus unserer Baracke wird ein Kamerad zum Verhör geholt, der bereits eingekleidet ist für den Heimtransport. Wir sehen ihn nicht wieder. ...

Die Atmosphäre in unserer Baracke ist drückend wie unter einer schweren Gewitterwolke. Die lauten Stimmen sind verstummt. Wir wundern uns, daß nicht schon längst der eine oder andere von uns Schreikrämpfe bekommen hat.

Zum Glück werden diejenigen, die zum Verhör bestellt werden, vom Kompanieführer benachrichtigt. Der Betroffene geht dann schweigend in sein Verhängnis mit einem letzten Händedruck an seine nächste Umgebung, wie auf dem Schlachtfeld im Angesicht des Todes. ...<<

>>... Die Spitzel erhielten bessere Verpflegung und Bekleidung. Viele der Spitzel handelten aus politischen Gründen. Sie waren Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse. Von diesen Spitzeln stammt ein Großteils des Materials, das sowjetischen Gerichten 1949 dazu diente, Gefangene wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse 1949/50 (x130/356-357): >>Die letzten Monate und Wochen zum Jahreswechsel 1949 stellten für die deutschen Kriegsgefangenen eine Zeit ungeheurer seelischer Belastung dar. Es ging ja um die Frage: Heimtransport oder Verurteilung?

Den Hauptschock erlitten die Gefangenen in dem Augenblick, als sie im Rahmen der Verurteilungsaktion zum Verhör gerufen und isoliert wurden: Dies war der Punkt, von dem an es fast immer kein Zurück gab. ...

... Das Gericht tagte in einem Raum des Lagers.

Drei sowjetische Offiziere saßen an nackten Holztischen, etwas abseits eine Dolmetscherin. Der Gerichtsvorsitzende fragte ... nach Name und Dienstrang. Dann wurde dem Deutschen die Anklage vorgelesen. Der Vorgang dauerte nicht einmal fünf Minuten. Dann verschwand das Gericht durch eine Tür, offenbar um den Anschein zu erwecken, es berate ernsthaft über das Strafmaß.

Nach fünf Minuten waren die Russen wieder da und verkündeten das Urteil: Tod durch Erschießen. ... Das Ritual wiederholte sich mit maschinenhafter Präzision, die Deutschen wurden allesamt verurteilt.

Nahezu 50.000 deutsche Soldaten wurden 1949 und 1950 durch die russische Verurteilungs-  
maschinerie gedreht. Die meisten wurden zum Tode verurteilt, die Urteile jedoch oft noch während der Gerichtsverhandlung, sonst einige Tage später, in 25 Jahre Arbeitslager abgemildert.

Mancher deutsche Offizier wurde verurteilt, weil er gegen Partisanen gekämpft und geschossen hatte. Mancher wurde verurteilt, weil er gestanden hatte, ein russisches Huhn requiriert und aufgegessen zu haben. Er hatte sich, so die Sowjets, des Diebstahls an sowjetischem Eigentum schuldig gemacht.

Ein Schuhmachermeister wurde verurteilt, weil er, so die sowjetischen Richter, die "Marschfähigkeit der deutschen Truppe begünstigte", ein Musiklehrer deshalb, weil er mit gelegentlichen Darbietungen seiner Kunst die Stimmung der faschistischen Armee gehoben hatte.

Ein deutscher Gefangener wurde von einem Gericht in Stalino deshalb verurteilt, weil er bei der Feldpost Dienst getan hatte. Die Begründung der Russen für das Urteil auf 25 Jahre Arbeitslager: "Sie haben von deutschen Soldaten geraubtes Gut nach Deutschland befördert".

...<<

Am 1. Oktober 1949 rief Mao Tse-tung (1893-1976) in Peking die "Chinesische Volksrepublik" aus.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die Gründung der Chinesischen Volksrepublik (x192/462): >>... Das Riesenreich China, mit mehr als einer Milliarde Menschen das bei weitem bevölkerungsreichste Land der Welt, wurde 1949 nach einem langandauernden Bürgerkrieg kommunistisch.

Der "große Steuermann" Mao Tse-tung bestimmte bis 1976 die chinesische Politik, die sich anfänglich am Beispiel der stalinistischen UdSSR orientierte. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Oktober 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußlandheimkehrer in Friedland an. ... Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<

Die "Provisorische Volkskammer" gründete am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR ging die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden Minister und Staatssekretäre.



Abb. 79 (x315/152): Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ... Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistiche, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über die

"Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.

Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen Ostdeutsche (bzw. Mitteldeutsche) wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschwo- ren und "umerzogen".

Am Anfang bemühte sich die (von den Sowjets kontrollierte) Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünf- jahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er- Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...

Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter (Autos, technische Geräte, Telefone), und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hin- terher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.

... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.

Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und be- trogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge (im Hochleistungssport etwa) versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.

Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kir- chen so manches laut gesagt wurde.

Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi – eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... (84.) Bürger war ein Spitzel!

Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt, Mord, Einschüchterung und Erpressung waren an der Tagesordnung. Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann Erich Honecker (ab 1976) leiteten diese Diktatur im Auftrage der So- wjets.

Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall über- wacht und Andersdenkende unterdrückt.

Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man, ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran (Ende 1943) vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin die Spaltung Deutschlands. In Jalta (Fe- bruar 1945) war dies ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen,

denn er befürchtete,

1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.

Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung (§ III, A 9), jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete zum "10. Jahrestag der Gründung der DDR! (7.10.1959), es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt.

Wie aber geschah Deutschlands Spaltung?

Bereits am 25.7.1945 errichtete die SMAD 11 deutsche Zentralverwaltungen, die von Anfang an gewisse Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen hatten und sich bald - natürlich als Instrument der SMAD - zu zentralen Regierungsstellen über die gesamte SBZ erhoben. Der im August 1946 eingesetzten "Deutschen Verwaltung des Innern" wurden die Polizeien der 5 Länder untergeordnet. So begründete die SMAD die verwaltungsmäßige Spaltung Deutschlands schon im Herbst 1946. ...

Noch schwerer wiegt die wirtschaftliche, soziale und allgemein politische Spaltung, die die Sowjets schon früh vollzogen: Sie zwangen der SBZ schon 1945/46 einen kommunistischen Gesellschaftszustand auf, der jenem der Westzonen entgegengesetzt war (Bodenreform, Enteignung). Zögernd und spät, gegen den Willen Frankreichs, vereinigten die USA und England erst am 1.1.1947 ihre Zonen, und auch nur wirtschaftlich. ...

Die SMAD gab am 14.6.1947 der Zentralverwaltung der SBZ die Bezeichnung DWK und die Vollmachten einer wirklichen Zentralregierung. Dieser DWK gehörten in Wirklichkeit auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie amtlich selbständig waren. –

Im April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands, Reparationen aus laufender Produktion noch Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen konnten. ...

Der nächste Schritt der Sowjetunion zur Spaltung war die Stärkung der DWK am 9.3.1948. Dies beantworteten die Westmächte mit Besprechungen über die Vorbereitung eines Dreizonen-Notstaates (23.2. bis 3.6.1948). Diese Abwehrhandlung nahm die Sowjetunion als Vorwand, um den Kontrollrat zu verlassen (20.3.1948).

Weiter weigerte sie sich, die schon allzu lange verzögerte Währungsunion mitzumachen (24.7.1948), richtete die Blockade gegen West-Berlin, daß die Westmark erhalten hatte, und organisierte die Spaltung Berlins (30.11.1948).

Die Errichtung der Bundesrepublik am 8.5.1949 war eine Notwehrmaßnahme, die am 14.8.1949 von 48 Millionen (d.h. von fast  $\frac{3}{4}$  des deutschen Volkes) gebilligt wurde. Doch die auf Scheinwahlen beruhende Einsetzung eines Parlamentes der SBZ (des am 15. und 16.5.1949 "gewählten" 3. Volkskongresses) war ein Schritt der Sowjetunion und der SED, der zur weiteren Spaltung Deutschlands beitrug.

Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.

Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung.

Die Bundesregierung, Deutschlands einzige, aus freien Wahlen hervorgegangene und rechtsstaatlich handelnde Regierung, beansprucht, für ganz Deutschland zu sprechen. Sie sieht freie gesamtdeutsche Wahlen als unabdingbare Voraussetzung der Wiedervereinigung an. Sie kann

jedoch die Sowjetunion und die Westmächte von der Verantwortung für die Beseitigung der von ihnen verursachten Spaltung nicht entlasten. ...

Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung. Sie verleumdete die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ... So forderte auch das ZK der SED am 27.10.1955 ganz bewußt "Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung".

... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."

Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kontakte" zur Bundesrepublik (x009/226): >>Mit Kontakte werden alle menschlichen und amtlichen Beziehungen über die Demarkationslinie hinweg bezeichnet, also sowohl die spontanen, "natürlichen" (z.B. auch sportlichen) zwischenmenschlichen Beziehungen wie die gesteuerten Verbindungen, die (etwa im Sinne des Kampfplanes 1958 der Nationalen Front) der kommunistischen Agitation und Infiltration in der Bundesrepublik dienen, wie schließlich auch der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen amtlichen Stellen der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes, der (häufig auch als "technische Kontakte" bezeichnet) auf vielen Gebieten fortbesteht, aber durch Handhabung im Geiste der bolschewistischen Parteilichkeit immer mehr behindert und in manchen Beziehungen (z.B. Lastenausgleich, Wiedergutmachung sowie in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge gänzlich lahmgelegt wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Außenpolitik" der SBZ (x009/50): >>Von einer Außenpolitik der SBZ kann erst seit Errichtung der DDR (7. Oktober 1949) gesprochen werden. ...

Die Außenpolitik ist jedoch völlig nach der sowjetischen Außenpolitik ausgerichtet. Die SBZ unterhält diplomatische Beziehungen nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandte haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. ...

Die enge außenpolitische Bindung an den Ostblock hat zu Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten dieses Blockes geführt.<<

## Der völkerrechtliche Status der BRD und der DDR



Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpli", 1949. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich

völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Weder die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten oder souveräne Staaten.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später (am 8. Dezember 2011): >>EU am Scheideweg

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: **Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.** Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...<<

Wilhelm Pieck wurde am 11. Oktober 1949 erster Präsident der Deutschen Demokratischen Republik.

Wilhelm Pieck betonte am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer (x009/405): >>Von den westlichen Besatzungsmächten ... wurde Deutschland gespalten", doch niemals wird die Spaltung Deutschlands ... von der DDR anerkannt werden ...<<

Nach der Gründung der DDR wurden die Aufgaben der DWK durch das "Gesetz zur Überleitung der Verwaltung" vom 12. Oktober 1949 an die Ministerien, der "Provisorischen Regierung der DDR" übertragen.

Ministerpräsident Otto Grotewohl (seit dem 7.10.1949 Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatsrates der DDR) sagte während seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 (x058/400-401): >>Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen. ...

Unmittelbar nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistete Einheit Deutschlands.

Bereits im Dezember 1946 wurden von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, daß den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermchteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. ...

Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermchteverwaltung Deutschlands sollten die Grundlagen des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deutsche Volk im demokratischen Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen.

Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermchteverwaltung nach Erfüllung ihres Hauptzweckes, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abzulösen ist.

Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann. ...

Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. ...

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressen Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann. ...

Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen.

Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, ganz Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mchte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern. ...<<

Die Sowjetunion erkannte am 15. Oktober 1949 die DDR an und nahm diplomatische Beziehungen auf.

Am 15. Oktober 1949 wurde der westlich orientierte "Heimatkommunist" Lazlo Rajk nach einem Schaupro hingerichtet. Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi ließ danach alle politischen Konkurrenten systematisch durch die allgegenwärtige Geheimpolizei beseitigen.

Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag (x058/-401): >>... Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert.

Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Hieraus ergeben sich innenpolitisch und außenpolitisch Folgerungen, die ich im einzelnen wiederzugeben mir heute versagen muß.

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Mil-

lionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und Sorge. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.<<

Die deutsche Bundesregierung beantragte am 26. Oktober 1949 bei der Alliierten Hohen Kommission im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR nach Westdeutschland.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über das Schicksal der in der CSR verbliebenen Sudeten- und Karpatendeutschen (x004/126-136): >>... Noch immer befanden sich ... Zehntausende von Angehörigen der nach Westdeutschland ausgewiesenen Familien in der CSR. Am 26. Oktober 1949 beantragte daher die Regierung der Bundesrepublik bei der Alliierten Hohen Kommission die Überführung von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR zu ihren Familien nach Westdeutschland.

Nachdem diese ihre Zustimmung gegeben hatte, erzielte das amerikanische Permit Office in Prag in Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Innenministerium, an denen auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes teilnahmen, ein Übereinkommen, in dem das Verfahren und die technischen Einzelheiten dieser Aktion festgelegt wurden.

Die Transporte wurden in den Sammellagern Reichenberg und Eger zusammengestellt und setzten sich durchschnittlich aus 350 Personen zusammen. Der Abtransport ging ausschließlich in Personenzügen vor sich. Außer Devisen, echtem Schmuck und neuwertigen Textilien durften die Aussiedler ihre ganze bewegliche Habe, die in Güterwagen noch vor dem Verlassen der CSR oder auch danach über die Grenze gebracht wurde, mitnehmen.

Diese letzte Aussiedlungsaktion, die am 17. März 1950 begann, wurde von der tschechoslowakischen Regierung am 28. April 1951 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in 49 Transporten 16.832 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gekommen. Darunter befanden sich ein Sondertransport mit 232 Klosterschwestern und ein Transport mit Geisteskranken.

In den folgenden Jahren wurde nur einer beschränkten Zahl von Deutschen die Ausreise aus der CSR gestattet. Es waren fast ausschließlich solche Personen, die die langjährige Haft, zu der sie auf Grund des Retributionsgesetzes verurteilt worden waren, verbüßt hatten und nun zu ihren Familien nach Westdeutschland ausreisten. ...

Nach den offiziellen Erklärungen der Staatsmänner der Tschechoslowakischen Republik und nach dem Wortlaut der Gesetze sollten die "loyalen" Deutschen, die der Republik die Treue gehalten und gegen Hitler und Henlein Widerstand geleistet hatten, von jeder Verfolgung und damit auch vom "Abschub" verschont bleiben. ...

Während etwa 30.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten die CSR nicht mehr verlassen konnten und jahrelang - oft auch vergeblich - auf eine Ausreisegenehmigung warten mußten, glückte es den aussiedlungswilligen sudetendeutschen Kommunisten, vollzählig die CSR zu verlassen und in die Sowjetzone zu gehen. ...

Entgegen ihren Erklärungen galt aber das eigentliche Interesse der tschechoslowakischen Regierung weniger dem Problem der Antifaschisten, als der Erhaltung eines genügenden Stammes von Facharbeitern für die im Sudetenland gelegenen Industriebetriebe. Von den Wirtschaftsbehörden der nationalisierten Industrien war die schärfste Kritik am "Odsun" der Facharbeiter gekommen, und hinter den Kulissen der offiziellen Politik spielte offenbar eine lebhaft Auseinandersetzung um die Zahl der zurückbehaltenen Spezialisten, die das Regime dringend für die Ausführung seiner Wirtschaftspläne benötigte. ...

Die Lage der nach Abschluß der großen Vertreibungsaktion in der CSR zurückgebliebenen Deutschen, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzten, war zunächst sehr ungünstig. Soweit sie nicht als unentbehrliche Facharbeiter in den Industriebetrieben des Grenzgebietes benötigt wurden, deportierte man sie zu Zwangsarbeiten in das innertschechische Gebiet, wo sie unter kümmerlichsten Bedingungen, die in vielem den Verhältnissen von 1945/46 nicht nachstanden, dahinvegetierten.

Von diesen Deportationen wurde jetzt auch ein großer Teil der zurückgebliebenen Antifaschisten betroffen. In vielen Fällen verloren sie jetzt noch das gerettete Eigentum, das sie meist, wenn es sich um unbeweglichen Besitz handelte, erst nach langwierigen Bemühungen wieder zurückerhalten konnten.

Erst im Laufe des Jahres 1949 begann sich die tschechische Haltung den zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen gegenüber zu ändern. Jetzt, wo in der relativ kleinen Restgruppe der Deutschen für den tschechische Staat keine politische Gefahr mehr gesehen werden konnte, machte sich das Interesse an den deutschen Facharbeitern offen bemerkbar, und ihre Lebensbedingungen wurden allmählich erleichtert. ...

Vor allem vereinfachte die Verordnung vom 29. November 1949 "über die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität" das Antragsverfahren für Personen deutscher Volkszugehörigkeit, "die ihre Treuverpflichtung als tschechoslowakische Staatsbürger nicht verletzt und sich insbesondere nicht feindlich gegenüber der volksdemokratischen Ordnung verhalten haben".

Am Ende wurde sogar das Antragsverfahren überhaupt abgeschafft und durch Gesetz vom 24. April 1953 allen Personen deutscher Nationalität, die in der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz und die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit noch nicht erworben hatten, diese automatisch zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wurde und die alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigte, wurde mit den Prinzipien der sozialistischen Nationalitätenpolitik: Gleichberechtigung und Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet.

Das deutsch-kommunistische Organ "Aufbau und Frieden" stellte diese Lösung gegen die "wüste chauvinistische Hetze", die in den Jahren 1945 bis 1948 "die Reaktionäre und Verräter von Benes bis Slansky" gegen alle Deutschen getrieben hätten und deren Losung "ein Deutscher ist wie der andere" Gottwald schon 1945 und 1947 die Parole "kein Deutscher ist wie der andere" entgegengestellt habe.

Auch sonst traten kommunistische Politiker in öffentlichen Kundgebungen für eine Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein. Nachdem 3 Jahre lang Kinder deutscher Volkszugehörigkeit von jedem Schulbesuch ausgeschlossen waren, wurde seit 1948 erlaubt, tschechische Schulen zu besuchen, später wurde sogar in einigen Schulen Deutschunterricht eingerichtet, dessen Besuch nur Schülern gestattet ist, die in Tschechisch und Russisch den Durchschnitt des Klassenziels erreicht haben.

Auch der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und auf den Ämtern, sogar in Bezirken mit geringen deutschen Minderheiten, wurde wieder zugelassen, und seit November 1951 von dem tschechischen Gewerkschaftsverlag "Prace" die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung "Aufbau und Frieden" herausgegeben. Durch Gastspiele sowjetzonaler Theater- und Kulturgruppen durch literarische Vortragsabende und Sprachkurse werden die Deutschen in der CSR im Geiste kommunistischer Nationalitätenpolitik kulturell betreut, doch haben sie noch keineswegs den Stand der ukrainischen und sogar madjarischen Minderheit erreicht. ...

Durch die Austreibung der Deutschen haben diese Länder völlig ihr Gesicht verändert, nicht nur im nationalen, sondern auch im sozialen Sinn. In keinem der Vertreibungsstaaten Ostmitteleuropas ist die Entrechtung, Entdeutschung und Vertreibung der Deutschen so eindeutig Schrittmacherin des Kommunismus gewesen wie in der Tschechoslowakei. Die nichtkommunistischen Kräfte des tschechischen Volkes, die sich an dieser Politik beteiligt haben, sind längst zwischen die Mühlsteine des kommunistischen Regimes geraten.

Die utopische Hoffnung des Präsidenten Benes, die Tschechoslowakei zu einem Ausgleichs- und Vermittlungszentrum zwischen dem westlichen und östlichen System zu machen, ist ebenso zerronnen wie die Machträume Hitlers, der das tschechische Volk germanisieren

wollte und was trotz des erlittenen Unrechts kein Deutscher vergessen sollte, mit seiner Politik die späteren Verhängnisse erst ausgelöst hat.

Böhmen ist vielmehr, was schon der große tschechische Historiker Palacky im 19. Jahrhundert befürchtet hatte, in den Bereich der russischen Macht gefallen, und das tschechische Volk von jeher stolz auf seine europäische Tradition und Gesinnung, hat seine Freiheit erneut eingebüßt. Die Austreibung der mit durch Jahrhunderte in Glück und Unglück verbundenen Deutschen ist ihm nicht zum Segen geworden: der "Abschub" war die Einleitung zum Abschied vom Westen. ...<<

Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi erließ im Oktober 1949 eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen (x008/69E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über das Schicksal der in Ungarn verbliebenen Deutschen (x008/69E-71E): >>... Mit dem schrittweisen Hervortreten der Kommunisten als der bestimmenden politischen Macht - 1950 stellten sie zum erstenmal mit ihrem Führer Rakosi den Ministerpräsidenten - lief die Verstaatlichung und Kollektivierung der ungarischen Industrie und Landwirtschaft parallel.

Das Bodenreformgesetz verlor mehr und mehr seine Bedeutung. Auf die deutschen Facharbeiter konnte zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftspotentials nicht verzichtet werden. Diese Entwicklung schlug sich in weiteren Gesetzen und Erlassen nieder, die zu einer Gleichstellung von Deutschen und Madjaren im Sinne der kommunistischen Doktrin hinführten. Rakosi verlangte schon 1948 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KP die Wiedereingliederung der "Schwaben" in den Staat.

Im Oktober 1949 wurde eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen ausgesprochen, wenn sie sich innerhalb von 14 Tagen bei ihren Gemeinden als Volksdeutsche meldeten. Ein halbes Jahr später, im März 1950 wurde die Einstellung der Aussiedlung offiziell angeordnet und alle Personen, die unter Ausweisungsbestimmungen fielen, wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt.

Sogar ausgesiedelte Personen konnten "in berücksichtigungswürdigen Fällen" die Staatsbürgerschaft wiedererwerben und zurückkehren. Auf Grund dieses Erlasses versuchten Evakuierte und Ausgesiedelte, die in Österreich und Westdeutschland lebten, wieder in die Heimat zu gelangen. Eine allgemeine Rücksiedlung wurde aber von den ungarischen Behörden unterbunden, da nur ausgesuchten Facharbeitern der Weg zu den alten Arbeitsplätzen offengehalten werden sollte.

Um die Tragödie zu vollenden, wirkte sich diese endliche Gleichstellung noch einmal als Unheil aus, jedenfalls für alle diejenigen, die das ungarische Staatsgebiet verlassen wollten und auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit keine Ausreisegenehmigung erhielten.

Ein großer Teil der ehemaligen SS-Leute hatte nach der Entlassung aus der Gefangenschaft gar nicht erst versucht, in die Heimat zurückzukehren, sondern sich in Westdeutschland eine Existenz aufgebaut. Ihre Angehörigen wohnten noch in Ungarn. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich war, gab und gibt es im Augenblick keinen Weg, um die auseinandergerissenen Familien wieder zusammenzuführen.

Ebenso schwer wurden die 1950 aus der Sowjetunion nach Ungarn einreisenden Spätheimkehrer von der Ausreisesperre betroffen. Da sie nach ihrer Gefangennahme ungarisch als ihre Staatsangehörigkeit angegeben hatten, wurden sie ohne Rücksicht auf persönliche Wünsche nach Ungarn transportiert und im Auffanglager Debrecen gesammelt. Wer in Ungarn bleiben wollte, wurde entlassen, alle übrigen strengen Verhören unterzogen, in denen man ihnen ihre ungarische Staatsangehörigkeit nachzuweisen versuchte. Ein Teil konnte nach 3jähriger Zwangsarbeit in die sowjetische Zone ausreisen.

Obwohl das ungarländische Deutschtum bei Kriegsende und in den Nachkriegsjahren nicht in dem Maße brutalen Verfolgungen und Ausschreitungen ausgesetzt war wie das Deutschtum in

der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien, so ist das Ergebnis der vom ungarischen Staat getroffenen Maßnahmen im ganzen nicht weniger einschneidend: das Deutschtum in Ungarn ist als selbständige Volksgruppe und geschlossener Bestandteil der ungarischen Bevölkerung in seiner sozialen und nationalen Existenz aufs allerschwerste getroffen.

... Im Jahre 1950 lebten in der Bundesrepublik etwa 170.000 Ungarndeutsche, in Österreich (nach dem Stand vom 1. Oktober 1951) etwa 15.000. In diesen Zahlen sind die Flüchtlinge, die Evakuierten und die Ausgewiesenen enthalten.

In der sowjetischen Zone Deutschlands werden sich ungefähr 54.000 Volksdeutsche aus Ungarn aufhalten. ...<<

Im Oktober 1949 schloß der Schweizerische Bundesrat mit der polnischen Regierung einen Vertrag mit Geheimprotokoll, um die geforderten Entschädigungen für enteignete schweizerische Güter, Handelshäuser und Betriebe in Polen zu erhalten.

Aufgrund dieses Abkommens wurden Kontenguthaben, die verschollenen polnischen Juden gehören, nach Polen transferiert. Mit diesen Devisen glich der polnische Staat anschließend die Entschädigungsforderungen der Schweizer aus (x136/280).

Pieck und Grotewohl bezeichneten die Oder-Neiße-Linie am 2. November 1949 als Friedensgrenze.

Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entschied sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die neue Hauptstadt Bonn (x283/236-237): >>Bei der Wahl des als provisorisch deklarierten Regierungssitzes entschied sich der neue Bundestag am 3. November 1949 mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn anstelle von Frankfurt.

Die alte Reichs- und Messestadt am Main, wo sich 794 unter Karl dem Großen die Kirchenfürsten Westeuropas über die Bildungsfrage geeinigt hatten, wo nach der Goldenen Bulle 18 römisch-deutsche Kaiser gewählt, 10 gekrönt worden waren, wo 1815 der Bundestag, 1848 die Nationalversammlung tagte, dieses Frankfurt war Sitz des amerikanisch-britischen Zweimächtekontrollrats, der höchsten alliierten Behörde im Westen, und wäre historisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch für den Sitz der deutschen Regierung prädestiniert gewesen.

Ihr protestantisch-sozialdemokratischer Charakter aber mißfiel Adenauer.

Er erreichte eine Mehrheit für Bonn, die Lieblingsresidenz der in Köln nicht sonderlich beliebten Erzbischöfe, und gewann die Wahl durch eine manipulierte Agenturmeldung und "Handsalben" in Höhe von 2 Millionen Mark, nachdem ein Teil der CDU-Abgeordneten zuvor mit Frankfurt sympathisiert hatte. Auch die Amerikaner waren überzeugt, daß Frankfurt Regierungssitz würde, und bestimmten deshalb Wiesbaden zur Hauptstadt von Hessen. Dabei blieb es.

Adenauers Argument gegen die Wahl Frankfurts, daß damit die künftige Rückkehr nach Berlin gefährdet sei, war gewiß nicht sein Motiv, aber sachlich zutreffend. So sah das auch Ernst Reuter, der für Kassel als Regierungssitz eintrat, weil die Stadt der Zonengrenze näher lag. Kassel aber war zerstört.

Wäre Frankfurt Regierungssitz geworden, so wäre es bis heute Hauptstadt geblieben – gegen die pulsierende Rhein-Main-Metropole hätte Berlin fern im Osten bei der Abstimmung des Bundestags vom 20. Juni 1991 keine Chance gehabt. Das Ergebnis war ohnedies knapp: 338 Stimmen für Berlin gegen 320 für das liebliche Städtchen am Rhein.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, wenn es Adenauer, der ein unterkühltes Verhältnis zu Berlin hatte, zu danken ist, daß die Regierung an die Spree zurückkehrte.<<

Die Landsmannschaft Ostpreußen kritisierte am 6. November 1949 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x155/20): >>Die Regierung der "Deutschen Demokratischen Republik" hat in ihrer Erklärung die Oder-Neiße-Linie als Grenze des deutschen Gebie-

tes anerkannt.

Wir stellen fest, daß die Regierung der "DDR" damit auf etwas verzichtet, was ihr nicht gehört und nie gehört hat. Träger der Ansprüche auf die zur Zeit abgetrennten deutschen Gebiete sind die Heimatvertriebenen, deren Vertreter ihre landsmannschaftlichen Organisationen sind. ...<< Während der Feiern zum 32. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution wurde am 7. November 1949 in Ostberlin erstmals die Nationalhymne der DDR "Auferstanden aus Ruinen ..." gespielt (x175/458).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Nationalhymne der DDR (x009/306, x296/207 L): >>Die Nationalhymne der Sowjetzonen-Republik wurde 1949 verfaßt von Johannes R. Becher (1891-1958) und vertont von Hanns Eisler (1898-1962):

>>1. Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,  
laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.  
Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint,  
denn es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie  
über Deutschland scheint.

2. Glück und Friede sei beschieden, Deutschland, unserm Vaterland.  
Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.  
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.  
Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr  
ihren Sohn beweint, ihren Sohn beweint.

3. Laßt uns pflügen, laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor,  
und der eigenen Kraft vertrauend, steig ein frei' Geschlecht empor.  
Deutsche Jugend, bestes Streben unsres Volks in dir vereint,  
wirst du Deutschland neues Leben, und die Sonne schön wie nie  
über Deutschland scheint, über Deutschland scheint.<<

Die Münchener Zeitung "Heute" berichtete am 9. November 1949 über die "Illegalen" Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland (x043/033): >>Sie haben keinen Interzonenpaß und keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie kommen bei Nacht und Nebel über die Grenze. Sie wissen oft keinen Verwandten und keinen Freund in Westdeutschland anzugeben. Sie wissen nur eines: daß sie nicht mehr zurück wollen, nicht mehr in die Ostzone.

Es ist ein nicht abreißender Strom, eine gespenstische Wanderung durch das Niemandsland zwischen den Zonengrenzen. Rund tausend Menschen strömen täglich aus der Ostzone in Westdeutschland ein.

Sie werden durch die beiden Auffanglager Uelzen oder Gießen geschleust, wo jeder Fall überprüft wird, um zu verhindern, daß Unrechte sich einschleichen; dort fällt die Entscheidung, wer bleiben darf und wer zurück muß. ... Jeder 3. Einwohner in Schleswig-Holstein, jeder 4. in Niedersachsen, jeder 5. in Bayern ist Flüchtling. Diese Länder gleichen einem vollgesogenen Schwamm. ...

Die Bestimmungen, nach denen die Beamten in den Durchgangslagern verfahren, gewähren das Asylrecht nur solchen Flüchtlingen, denen aus politischen Gründen in der Ostzone nachweislich Gefahr für Leib und Leben droht. Alle anderen werden zurückgewiesen.

Unter ihnen mögen viele sein, die aus Abenteuerlust kamen oder von dem "besseren Leben" angezogen worden sind; die meisten sind Menschen, die das Leben in der Ostzone mit der ständigen Unterdrückung, mit der ewigen Angst vor Verschleppung und Zwangsverpflichtung einfach nicht mehr ertragen konnten.

Sie gehen nicht zurück. Sie graben sich Höhlenwohnungen oder hausen im Walde in primitiven Hütten. Sie sickern auf tausend Wegen in die schon überfüllten Städte ein. Sie klammern

sich an jede noch so schwache Hoffnung, hier doch noch Arbeit und ein Dach über dem Kopf zu finden - und endlich nicht mehr "illegal" zu sein. ...

Man trifft in Westdeutschland täglich auf beschämende Beispiele von Gedankenlosigkeit, von Härte und mangelndem Verständnis gegenüber denen, die ihre Heimat verlassen mußten. Das sichere Leben diesseits des Eisernen Vorhangs läßt viele von uns leicht vergessen, wie es "jenseits" aussieht - und das auch die Flüchtlinge Menschen sind, die die gleiche Sprache sprechen.

Die begreifliche und manchmal unvermeidliche Härte gesetzlicher Bestimmungen ist keine Entschuldigung für die Trägheit des Herzens.<<

Die SMAD wurde am 11. November 1949 durch die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) ersetzt.

Ein Gesetz der Provisorischen Volkskammer der DDR vom 11. November 1949 sollte ehemalige Nazis für die SED, NDP und die Nationale Front gewinnen.

Dieses Gesetz erstattete den verurteilten Nazis zwar keinerlei Vermögen, aber alle ehemaligen Nazis erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Sie durften außerdem ihre Berufe wieder ausüben (außer Tätigkeiten in der inneren Verwaltung und der Justiz). Hiervon waren jedoch alle NS-Täter ausgenommen, die "sich der Strafvollstreckung entzogen hatten" oder mehr als ein Jahr Haft absitzen mußten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>Neben den Enteignungen war die gesonderte Währungsreform das wichtigste Hilfsmittel der Besatzungspolitik zur Umgestaltung.

Nach Bildung der "DDR" wurde die SMAD am 11.11.1949 aufgelöst, ihre Aufgaben wurden formell den deutschen Verwaltungsorganen übertragen.

An Stelle der SMAD wurde die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst gebildet. Ihre Aufgabe bestand in der "Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den 4 Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland". Die SKK behielt sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Besatzungsmächten vor, auch behielt sie alle anderen wesentlichen Kontrollen. ...<<

Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtete am 18. November 1949 über seine Ankunft im Grenzdurchgangslager Friedland: >>Wie oft geisterte der Name dieses kleinen Ortes an der Leine durch die Gedanken und Gespräche der Gefangenen seit jenem Tage, da er ein erstes Mal als Entlassungsort und Durchgangslager genannt wurde. An diesen Namen hingen sich die Fieberträume der Sterbenden, er gab Kraft, wenn die Arbeit einmal gar zu schwer wurde.

Friedland wurde zum Mekka der Rußland-Gefangenen. Und diesen Ort sollen wir nun in 2 Stunden erreichen. Vorläufig stehen wir vor dem Schlagbaum hinter Arenshausen. Fünferkolonne, sauber ausgerichtet, den Entlassungsschein aus Frankfurt im Mund, am Fuß das kleine Bündel der letzten Habe und 2 Laibe Brot aus der letzten Marschverpflegung.

Wieder und wieder hetzen Rotarmisten an der Kolonne entlang und zählen, zählen, zählen. Und wir machen es ihnen schon so leicht! - Stehen ruhig, in geöffneter Ordnung, keiner spricht! Was sollte man auch jetzt sagen?! Jetzt, da alles in Erfüllung geht! Das Herz leer ist, ja richtig leer! Wir sind da!! und nichts anderes vermag das Hirn jetzt zu denken! -

Dann beginnt das Sehen, das gierige Aufsaugen all dessen, was zum "Drüben" gehört. Hier, also noch bei den Sowjets, viele Menschen, viele Uniformen und ebensoviel Gewehre und MPs. Fahnen, Transparente, Stalin, Pieck, Grotewohl. Zweimal Stacheldraht, zwei Schlagbäume und dann – eigentlich wenig!

Ein Mann und eine Frau im Trenchcoat, ein englischer Major und eine Dolmetscherin, 2 Polizisten, auf der Straße einige Zivilisten, halblinks Nissenhütten und am Schlagbaum Schwarz-Rot-Gold und der Union Jack. - Hm! - Endlich! Das letzte "Schagga - marsch!" -

Ich sehe keine Menschen mehr, spüre nicht mehr das Pflaster der Landstraße. Der Schritt wird schneller, sehe nur noch vorn 2 Schlagbäume, die sich langsam fast feierlich heben! Nur nicht mehr umsehen! Wir sind drüben!

Verschwommen vernehme ich, daß die Dolmetscherin fortwährend "Guten Morgen! Willkommen!" ruft - dann sind die Zivilisten unter uns. Ordensschwwestern, Geistliche, Amtspersonen, wer weiß, wer sonst noch alles! Händeschütteln, Umarmungen, freundliche Worte, Lachen - ganz dumm wird mir im Kopf! Kein Wort kommt über die Lippen!

Stumm werden wir alle vor soviel Herzlichkeit! Das ist überwältigend! Das erwartet keiner. Dich, junger Diakon, sehe ich heute noch vor mir! Wie du lachend auf mich zukamst, mir die Hand schüttelst und ausriefst: "Willkommen in der Heimat! Heut' ist euer Auferstehungstag! Vergeßt und seit daheim!"

Ja, so war es! und ich weiß wie heute, daß es mich durchzuckte: Hat das ein Posten gehört?! – Ach, es gibt ja keine Posten mehr! Kein englischer Soldat weit und breit! - Notdürftig in Marschordnung (geht es) in die Nissenhütten. Zählen! Hinten wieder heraus und dann stehen vor uns lachende Frauen, Schwestern, Heilsarmee, reichen uns Kakao und Wurstbrote! Weißbrot! - Wohin so schnell damit?!

(Von) hinten drängen sie nach, das Bündel hindert, ... bis mir eine Schwester freundlich lächelnd die Brote abnimmt. "Laß die hier, Kamerad! Die brauchst du nicht mehr!" "Ja, aber die daheim?! Ich will die doch mitbringen! Die haben doch auch nichts!" "Ach was, das sagte man euch drüben!" -- Komisch! -- So nun schnell! -- Aber wohin?

Was, in die Reiseautobusse da? Mit Lederpolstern, Chromleisten und Radiomusik? Sind die denn für uns? - Ja! - Da endlich kommt Leben in den Pulk der "Heimkehrer", so heißen wir nun ja wohl! Ein Lachen und gegenseitiges Zeigen beginnt. "Mensch, sieh mal hier!" "Und hier!" Keine Menschenseele kümmert sich weiter um uns. Keiner zählt, keiner schreit, flucht und stößt! Nur schnell in die Busse und nach Friedland.

Und dann hämmert es in den Herzen, singt es im Blut, rollt es im Rhythmus des Motors, im Strahlen der jungen winterlichen Morgensonne:

Daheim! Daheim! ---

Und dann sind wir da! - Endlose Reihen von Nissenhütten. ... Raus aus dem Wagen, und dann wollen wir antreten, gezählt werden. 5 Jahre kannten wir ja nichts anderes! Haben da die Leute gelacht, die uns in Empfang nahmen! - Ja, und dann haben wir auch gelacht. Ein befreiendes, herzhaftes Lachen! Und ich weiß nicht, schwand es aus unseren Zügen an jenem 18. November 1949? Ich glaube kaum! - Alles ging dann sehr schnell und doch uns allen viel zu langsam! Es begann das große Abschiednehmen ohne Wehmut, ohne Trauer. -

Und als wir dann - schon in der Nacht - doch noch einmal antraten, unsere Papiere geprüft wurden und wir an den Zug rückten, - ach es war so schön! - konnten wir uns noch einmal eines lauten Lachens nicht erwehren!

Waren wir in Frankfurt unter den Klängen der "Internationale" ins Lager gerückt, so verließen wir dieses, das letzte und damit endgültig das Soldatenleben mit "Preußens Gloria".

Ich weiß noch heute nicht, war es ein Scherz, war es eine Reverenz, sollte es so sein? -- Und als wir im Zuge saßen - da wurde es still in und um uns. Jeder sah stumm vor sich hin. Das neue Leben war unhörbar eingetreten, hatte sich mit in den Heimkehrerzug geschwungen und fuhr mit uns heim.

Nun war die Sorge im Herzen! - Die Sorge um die daheim, die Sorge um Beruf, Wohnung, Essen und all die vielen Dinge, die nun anders waren als damals, als wir sie verließen.

Doch wer uns sehen konnte, wer in unseren Herzen las, der mußte fühlen, daß da Menschen heimkommen, die sich etwas vorgenommen haben, die ein Ziel haben und die den Kampf aufnehmen gegen alles, was für sie da kommen mag. - Rußland-Spätheimkehrer! ---<<

General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone)

erklärte am 21. November 1949 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>... Deutschland könnte sich mit beschränkten Streitkräften eines besonderen Typus an (den) gemischten europäischen Streitkräften beteiligen. ...<<

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragte danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 hieß es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...

8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.

Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:

- a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...
- b) Stahlwerke: ...

Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

Bundeskanzler Adenauer sprach am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag über das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –

("Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.

Zuruf von links: "Unerhört so was!"

Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –

Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...)

Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.

(Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ...) –

das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?

Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der (britische) General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.

(Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...

Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. – Glocke des Präsidenten.

Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –

Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –

Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!") ...

(Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.)<<

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vor-

sitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

Aufgrund der Umsiedlungsverordnung vom 29. November 1949 sollten 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg umgesiedelt werden (x182/217).

Die tschechische Regierung beschloß am 29. November 1949 eine Verordnung über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität (x004/312-313): >>§ 1 Den Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach § 1 des Dekretes Slg. Nr. 33/1945 verloren haben, kann der Kreisnationalausschuß auf Vorschlag des Bezirksnationalausschusses die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wiederverleihen, wenn sie ihren ständigen Wohnsitz auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik und die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, insbesondere sich dem volksdemokratischen System gegenüber nicht feindlich verhalten haben. ...

§ 3 (1) Ehegatten können um die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft in einem gemeinsamen Gesuch ansuchen; das Gesuch eines jeden Ehegatten wird selbständig beurteilt. Kinder unter 15 Jahren, welche ein Elternteil in sein Gesuch aufgenommen hat, erwerben die Staatsbürgerschaft zusammen mit ihm.

(2) Die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft wird bei Personen über 15 Jahren erst mit der Ablegung eines Gelöbnisses mit folgendem Wortlaut wirksam:

"Ich gelobe auf Ehre und Gewissen, daß ich der Tschechoslowakischen Republik und ihrem volksdemokratischen System immer treu und ergeben sein werde und daß ich alle Pflichten ihrer Bürger (ihrer Bürgerinnen) ordentlich erfüllen werde."

Nur in außergewöhnlichen Fällen kann die Ablegung des staatsbürgerlichen Gelöbnisses vom Ministerium des Innern erlassen werden. ...<<

Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisierte am 29. November 1949 Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/191): >>... Die "Kommunistische Partei Jugoslawiens" ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat somit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen, und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito - Kardelj - Rankovic - Djilas ausführt.

Das Informationsbüro der kommunistischen ... Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, daß der Kampf gegen die Tito-Clique - diese gedungenen Spione und Mörder - die internationale Pflicht aller kommunistischen ... Arbeiterparteien ist. ...<<

Sudetendeutsche Politiker und Wissenschaftler veröffentlichten am 30. November 1949 die "Eichstätter Advents-Deklaration" (x155/20-21): >>... Die Entwicklung seit 1945 hat die The-

se widerlegt, daß eine mit Gewalt erzwungene nationale Einheitlichkeit der mitteleuropäischen Staaten eine dauernde Sicherung des Weltfriedens verbürge.

Die Austreibung hat im Gegenteil die Selbständigkeit der Austreiberstaaten vernichtet und der östlichen Totalität den Weg nach Westen geebnet. Zu wenig wird heute noch anerkannt, daß mit dem ideologischen Vordringen des Bolschewismus der panslawistisch-imperialistische Drang nach dem Westen Hand in Hand geht.

Diese schwerste Störung des europäischen Gleichgewichts seit der Völkerwanderung bedroht den gesamten europäischen Westen mit einem östlich-asiatischen Übergewicht. Ohne das aktive Eingreifen Amerikas hätte sich die Katastrophe Westeuropas bereits vollendet.

... Die Völker hinter dem eisernen Vorhang sollen wissen, daß die Wiederherstellung ihrer eigenen Rechte und Freiheiten unlösbar mit der Anerkennung und Wiederherstellung des Heimatrechtes aller Vertriebenen verbunden ist.

Wir wünschen nicht, daß der Vormarsch dieser Einsicht durch Kollektivbeschuldigungen gegen das tschechische oder polnische Volk gehemmt wird. Wir Sudetendeutschen wollen nicht Vergeltung, sondern Gerechtigkeit. So sehr das elementare Rechtsempfinden eine gerichtliche Bestrafung krimineller Handlungen verlangt, so wenig wollen wir dazu beitragen, daß durch Angst dieser Völker vor Kollektivraube ihre Loslösung von den kommunistischen Diktaturen aufgehalten werde.

Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprachgrenzen von 1937.

... Gleichzeitig aber geht es um die Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westslawischen Nachbarn. ... Alle diese Aufgaben können nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden, die jede Hegemonialstellung irgendeiner Großmacht ausschließt. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>2. Dezember 1949. Friedland hat eine Glocke erhalten. Sie wurde dem Evangelischen Hilfswerk von einer Glockengießerei in Bockenem zur Verfügung gestellt und nun feierlich eingeweiht.

Die Lagerglocke soll in Zukunft auch immer läuten, wenn wieder Heimkehrertransporte ankommen. Der ehrene Klang der großen Glocke wird davon künden, daß deutsche Menschen wieder heimfanden. "Sie erklingt vor allem aber zur Ehre dessen, der unser Schicksal in Händen hat", sagte der evangelische Lagerpfarrer Lippert.<<

Die Zeitung "U.S. News" berichtete am 2. Dezember 1949 über die geplante Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/301): >>US-Generäle können es nicht öffentlich aussprechen, aber geben es in privaten Gesprächen zu, daß der Wiederaufbau einer deutschen Armee bereits 'in the cards' ist. ...

Die Generäle sehen keine Möglichkeit, im Westen 40 Divisionen gehen Rußland aufzustellen, ohne heftig auf das verfügbare Menschenmaterial und die militärischen Erfahrungen Deutschlands zurückzugreifen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Unterstützung der Westdeutschen (x068/301-302): >>... Verhandlungen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik begannen, bereits zwei Jahre vor deren Gründung, in Washington, im Winter 1948/49 mit deutschen Generälen. Glaubte das Pentagon doch, daß in Westeuropa allein Deutschland eine wirklich schlagkräftige Landarmee aufzustellen vermöge.

...

Die deutschen Generäle stimmten im Winter 1948/49 in Washington den dortigen Wiederaufrüstungswünschen zu. Und von nun an kommandierten die Amerikaner die Militarisierung und setzten die Deutschen nachweislich unter Druck. Beispielsweise drohte man bei Nichterfüllung mit Einstellung der Marshallplan-Hilfe. Doch verkettete man überall finanzielle Hilfeleistungen mit militärischen Forderungen. Es war Prinzip, vor allem ein Prinzip der Dulles-

Politik.

"Kein Land der Welt erhielt auch nur eine halbe Million Dollar", betont L. L. Matthias, "wenn es sich nicht verpflichtete, dafür gewisse militärische Zugeständnisse zu machen, sei es durch Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten, durch pachtweise Überlassung eines Flugzeugstützpunktes, durch Abtretung eines Geländes für Abschußrampen atomarer Geschosse oder für die Stationierung amerikanischer Truppen. Amerikanische Kredite oder Anleihen mußten bezahlt werden. Man begnügte sich nicht, wie in vergangenen Zeiten, mit Garantien und Zinsen. Man ließ sich die finanzielle Hilfe doppelt und dreifach bezahlen".

Mit offenen Armen nahmen die Yankees Generäle auf, die noch wenige Jahre zuvor Hunderttausende deutscher Soldaten Hitler ans Messer geliefert und sie selbst blutig bekämpft hatten. Andererseits lieferten auch die deutschen Offiziere ihre "Osterfahrungen" gern dem US-Generalstab aus, der einfach alles brauchen konnte: von Reinhard Gehlen, Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost", der nun (Jahre bevor er Präsident des Bundesnachrichtendienstes wurde) mit seiner ganzen Einheit zum bisherigen Feind übertrat und mit dessen Spionagedienst ein Abkommen schloß (worin es wörtlich heißt, daß man "nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt"), bis zur Gestapo-Hyäne von Lyon, Klaus Barbie, der jetzt so "vorzüglich" für die USA gearbeitet hat, daß sie den vielbewährten Kriegsverbrecher im März 1951 über Genua nach Bolivien in Sicherheit brachten. (Noch ungezählten anderen, selbstverständlich, wurde derart zur Flucht verholfen, auch durch weitere Menschenfreunde, vor allem durch den Vatikan.)

Geradezu gierig stellten die Staaten Hitlers Mörder in ihren Dienst, und das "verfügbare Menschenmaterial ... Deutschlands", das sie benötigten, lieferte ihnen mit schöner Beflissenheit der "Kanzler der Alliierten" (Adenauer). ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schlug am 3. Dezember 1949 in einem Gespräch mit der US-Zeitung "Cleveland Plain Dealer" die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten vor (x092/951).

Der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft wurden am 8. Dezember 1949 gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Rechtswesen" in der SBZ (x009/353): >>Das Recht gehört nach der Lehre des Marxismus-Leninismus zum sog. Überbau.

Es habe Klassencharakter, sei seiner Natur nach parteilich, weshalb auch die Rechtsanwendung nur parteilich sein könne. "Das sozialistische Recht ist der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung die Macht ausübt.

Die Grundlage des sozialistischen Rechts ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. ... Der Hauptzweck des sozialistischen Rechts ist die Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht und der sozialistischen Errungenschaften" ...

Die politische Aufgabe der Rechtsprechung kommt auch im Gesetz über die Gerichtsverfassung zum Ausdruck: "Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden ...

Die Gerichte erziehen alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewußten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze. ...

Eng verbunden damit ist die Forderung nach einer echten Parteilichkeit der Rechtsprechung: "Einhaltung der Gesetzlichkeit bedeutet Wahrung der Parteilichkeit. Als höchste Gerichtsstanz besteht seit Dezember 1949 das Oberste Gericht der DDR. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Staatsanwaltschaft" in der SBZ (x009/416): >>Nach Errichtung der DDR wurde durch Gesetz vom 8.12.1949 außer dem Obersten Gericht auch eine Oberste Staatsanwaltschaft geschaffen, de-

ren durch die Volkskammer zu wählender Leiter als Generalstaatsanwalt der DDR Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten der Länder erhielt. ...<<

Die Provisorische Regierung klärte am 15. Dezember 1949 das Unterstellungsverhältnis der verstaatlichten "Volkseigenen Betriebe" (VEB) und die "Volkseigenen Güter" (VEG).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkseigenen Güter" (VEG) in der SBZ (x009/464): >>1949 wurden die bei der Bodenreform "verstaatlichten" landwirtschaftlichen Großbetriebe, die sich in Länder-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung befanden, in der Vereinigung volkseigener Güter, Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. ...

Die Volkseigenen Güter sollten zu Mustergütern entwickelt werden, die den übrigen Betrieben der Umgebung als Vorbild und Anregung dienen; sie sind mit den typischen Sonderaufgaben des Großbetriebes (Tierzucht, Pflanzenzucht und Saatgutvermehrung) betraut und sollen gleichzeitig "kulturelle Stützpunkte auf dem Lande" sein.

Tatsächlich ist ihre Wirtschaftsweise, die ihrer alljährlich wiederkehrenden Defizite wegen hohe Staatszuschüsse erfordert, selbst in der SED-Presse Gegenstand häufiger Kritik. ...<<

Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1887-1973) wurde am 19. Dezember 1949 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt.

Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schrieb damals über den Heiligen Abend 1949 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335): >>In einer Atmosphäre des nahenden Todes durch Hunger oder Maschinenpistole begingen wir das Weihnachtsfest. Es ließ das Flämmchen der Zuversicht, das trotz allem nicht erloschen war, heller aufflackern.

Der (mitgefangene) Ludwig Wolf hatte aus dem Reisig eines groben Besens ein Bäumchen gemacht, aus grünem Papier die Tannennadeln und aus irgendwelchem Wachs und Stoff die Weihnachtskerzen.

Kurz zuvor waren aus der Heimat einige Pakete eingetroffen. Kameraden aus unserer Zelle stellten in echter Hilfsbereitschaft die Hälfte des eßbaren Inhalts trotz des eigenen Hungers zur Verfügung.

Das Weihnachtsbäumchen wurde so aufgestellt, daß der Schein der Kerzen nicht durch das Gitterfenster nach außen dringen konnte.

Ich hielt die Weihnachtsansprache.

Ich sagte, daß wir das Weihnachtsfest nun zum sechsten Mal in der Gefangenschaft, fern und ohne Nachricht von unseren Lieben in der Heimat feierten.

Wir begingen es in der Nacht tiefster Erniedrigung, die ein unschuldig verurteilter Mensch durchwandern könne. Unser kleines Bäumchen mit seinen brennenden Lichtern sei ein Symbol unserer Hoffnung und Zuversicht. Wir sollten und brauchten uns nicht allein und verlassen hinter den Mauern dieser Todeszelle zu fühlen.

Danach sangen wir Weihnachtslieder und hörten, wie sie auch aus den anderen Zellen erklangen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 25. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>25. Dezember 1949. ... Zu Weihnachten kamen Gefangene zurück.

Mit großer Rührung, unendlicher Freude und Dankbarkeit, nahmen sie von guten Helferinnen in Friedland später nach einer kleinen Feier Gabenpäckchen und bunte Tüten entgegen. Das Lagerpersonal und auch die englischen Soldaten in der Entlassungsstelle ließen ... nicht früher von ihrer Arbeit ab, bis auch der letzte Heimkehrer seine Papiere und Fahrscheine besaß, um einen Zug in die Heimat erreichen zu können. ...<<

Richard Noethlichs berichtete in seinem Buch "Namenlos" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>Am 26. Dezember 1949. Morgens. Die ersten russischen Lastwagen rollen ohne schützende und verbergende Plane mit ihrer Last aus dem Hof

des höchsten Gebäudes Moskaus in die frühe Kälte. Heimkehrer saßen eng gepfercht in ihren wulstigen Klamotten auf den Bänken.

Die Sonne kroch langsam höher, quälte sich aus dem Dunst des dünnen grauen Nebels hervor und schaute über die Dächer der Stadt. ... Wir standen im Hof zitternd vor Erregung und Kälte. Wußten wir denn, ob wir noch wie gestern auf der Liste der Glücklichen stünden, die heimfahren durften? 360 Mann waren im Lager, 304 Namen nannte die Liste der Heimkehrer. Niemand zweifelte, daß sie noch geändert würde. Alle waren eingekleidet worden, und gerade das hatte uns stutzig gemacht.

Eisiges Schweigen lag über den Gruppen der Männer, die etwa 20 m von den Lastwagen entfernt standen und den monotonen Ruf des Unterleutnants lauschten, der aus der Liste die russisch geschriebenen deutschen Namen buchstabierte.

Es war nicht ganz leicht, den eigenen Namen zu verstehen, aber wir waren dies ja gewohnt und kannten die verschiedenen Auslegungen. Die Wintermützen über die Ohren gestülpt, den Rucksack auf der neuen blauen Steppjacke, den Holzkoffer griffbereit, horchten wir gespannt auf den Vorlesenden. Einer nach dem anderen der Aufgerufenen rief Vornamen, Geburtstag und den Namen des Vaters als Bestätigung für die Richtigkeit seiner Personalien und schritt oder wankte schwerfällig zu dem einen der beiden Lastwagen, stieg dann hastig auf, als wolle er damit jedem die Möglichkeit nehmen, ihn zurückzuhalten.

Manch einen mußten die anderen darauf aufmerksam machen, daß er aufgerufen sei, manch einem mußten Vornamen und Geburtsdatum erst vorgesagt werden. Die Männer konnten sich nicht fassen, konnten es nicht glauben, daß sie aufgerufen waren, aufgerufen nach vielen, vielen endlos langen schweren Jahren, um in die Heimat zu fahren. Einige blieben stehen, sie wurden zum Lastwagen hingeschoben. Andere lachten wie kleine Kinder, die vor einem unverhofften, überraschenden Geschenk stehen und nichts damit anzufangen wissen.

Oder lachten sie etwa wie Irre, die nichts mehr vom Glück oder Unglück wissen? Oder lachten sie, weil ihnen das Herz weh tat und so voll war, daß sie nicht weinen konnten? Oder lachten sie, weil es ihnen lächerlich vorkam, nun in jenes Land als Bettler zurückgebracht zu werden, aus dem sie einst als waffentragende Männer ausgezogen waren?

Die Beine versagten ihren Dienst. Die Füße waren schwer wie Blei, und es bedurfte aller Kraft, um die Schritte bis zu den Lastwagen zu gehen. Die meisten mußten geschoben und auf die LKW gehoben werden. Es war der erste Schritt in die Freiheit, der getan werden sollte.

Das ist ein Schritt, der schwerer ist als der in die Sklaverei. Er bringt Gedanken mit, die fast erdrücken. Wer in die Sklaverei geht, weiß, daß er nichts mehr zu hoffen hat. Wer aber vor dem Tor der Freiheit steht, erwartet das goldene Licht hinter dem noch verschlossenen Tor - wir haben es alle erwartet. Wer fand es? ...

Manch einer, der gestern am ersten Weihnachtstag auf der Heimkehrerliste stand, ... fragte ... die Umherstehenden, ob sie etwa seinen Namen gehört hätten, er sei doch gestern eingekleidet und verlesen worden.

Er fragte es mit Schweiß auf der Stirn und großen bittenden Augen. Er fragte es, obwohl er wußte, daß er nicht aufgerufen worden war. ... Er fragte in das Schweigen hinein und wußte, daß er keine Antwort bekommen würde. Er konnte es nicht fassen, daß er nun unter denen sein würde, die sehen würden, wie der letzte Lastwagen um die Ecke bog. ...

Einer war unter ihnen, der mir besonders nahe stand. Ein Landsmann aus meiner engeren Heimat, ein harmloser kleiner Kerl. Betroffen starrte er zu uns hinauf, die wir auf dem LKW saßen. Erschüttert und fassungslos stammelte er, daß er nicht mitfahren werde. ...

Dann wurde der Motor angeworfen. ... Sie haben nicht hinter uns hergeschaut. ...

Die Sonne Moskaus strahlte auf unseren Weg. Wir fuhren in den eisigen Morgen hinein, in das Sammellager, wo wir noch einmal genau untersucht und abgetastet wurden, marschierten von dort gegen Nachmittag zum Güterbahnhof, wurden einwaggoniert. 750 Mann.

Später kamen kleine Trupps dazu, sie erzählten alle, sie seien die letzten ihrer Lager. Es wurden neue Waggons angehängt und nachts – wie immer – zog plötzlich die Lokomotive den rumpelnden Zug an. Krachend prallten die Wagen aufeinander, irgendwo schrie es: "Einsteigen, einsteigen!"

Der glühende Ofen wackelte hin und her, und einer sagte erlöst in das Schweigen, sagte es befreiend: "Wir fahren!" Das war am 27. Dezember 1949 um 0.30 Uhr die Abfahrt des letzten offiziellen Heimkehrertransportes.

Durch das Fenster, dieses Mal nicht verdrahtet und vergittert, huschte der Schein der Tiefstrahler des Güterbahnhofs. Draußen lag Schnee auf den Böschungen zwischen den Geleisen. Schlagend und stoßend rollte der Zug quer über die Schienen hinüber nach dem Ausfallgleis. Dann wurde die Fahrt ruhiger, stetiger.

In den Waggons hörte man plötzlich befreites Lachen, tiefes Aufatmen und Sprechen. Das war nun ein weiterer Schritt in die Freiheit. Jetzt wird noch der Übergang über den Bug kommen, hinter Brest-Litowsk, dann die Entlassung in Frankfurt an der Oder und dann – dann --- ? Aber das war noch weit, denn wer wußte denn, ob er nicht noch an diesen beiden Punkten scheiterte und wieder zurück mußte. ...

Der 50-Tonnen-Waggon faßte 80 Mann. Einige standen immer an den kleinen schmalen Gucklöchern und starrten hinaus in die eintönige Landschaft. – So war es auch bei den trostlosen Fahrten der Gefangenen durch Rußland gewesen: Stumm starrten matte Augen hinaus, und der Rhythmus der klopfenden, klirrenden Räder erfüllte das Denken.

Damals waren keine Pritschen in den Waggons, gab es keine brennenden Öfen, keine Strohsäcke. Damals waren in denselben Waggons 120 und mehr Männer zusammengepfercht. Aber damals stierten diese fernverlorenen Männeraugen durch das kleine vergitterte Fenster, trostlos, hoffnungslos und leer.

Jetzt schimmerte Hoffnung in diesen Augen, aber auch Traurigkeit. Und vielleicht auch Angst vor der Zukunft, in der man selbst zu bestimmen haben würde, in der man nicht mehr mit "Dawai, Dawai" zur Arbeit getrieben würde und zu irgendeinem Tun, das nicht dem eigenen Willen entsprang ...

Es ist schwer in die ungewisse Fremde zu fahren, viel schwerer aber in die ungewisse Heimat, die man in allen Traumbildern so gesehen hatte, wie sie einst war, wie würde sie wohl jetzt aussehen? Der Gedanke daran verursacht Herzklopfen. ...

Der Zug rollt, rollt schnell, so schnell, als ob er die Menschenlast möglichst rasch ans Ziel bringen wolle. Wir fahren im letzten Zug.

"Hier stand meine Batterie", sagt einer, "dort lagen die frierenden Infanteristen, die nicht einmal Sommermäntel hatten. Der Frost war grausam, 52 Grad Celsius unter Null und keine Ruhe, kein Haus. Der Iwan griff mit sibirischen Truppen an. Prima ausgerüstet. Sie konnten im Schnee in ihrer Wattekleidung mit den Filzstiefeln und den Pelzmänteln schlafen. Wir hatten keinen Sprit, keine Munition!"

"Heute noch stehen unsere abgeschossenen und unbeschädigt verlassenen Panzer hier", sagte ein anderer. Die alten, kurzstummeligen 7,5-cm-Rohre schauen aus dem Turm in den Himmel hinauf, trostlos, trostlos. –

Wir blicken in die Ferne, hinüber nach dem Wald, wo Gräber unserer Toten vergessen und verschollen liegen mögen, vergessen wie so viele Gräber des letzten Krieges überall auf der Erde.

Ich denke an die sieben Gräber am Waldrand von Kommunarka, Nummern waren auf den Kreuzen. So lange wir in dem Lager dort droben waren, wußten wir, wer unter den Hügeln lag, die wir pflegten. Die Birkenkreuze werden verwittern, die Nummern verbleichen, verschwinden, und kein Mensch (wird) mehr wissen, daß dort am Waldesrand sieben namenlose brave deutsche Menschen ihren langen Schlaf schlafen. ...

Jetzt sind wir im rollenden, schlagenden Zug, wir Lebenden, wir Nochlebenden, schauen in das Kampfgebiet, stunden- und tagelang und denken unsere neuen, immer sich wiederholenden Gedanken von dem was war, was ist, was sein wird und werden soll.

Die Herzen sind schwer, selten lacht einer, die meisten schweigen und starren hinaus übers Land, sie schauen und sehen wohl nichts. Alles fliegt an den Augen vorüber.

Nur wenn einer sagt: "Schau, dort an dem Dorfrand fiel mein bester Kamerad", dann blickt man hinüber, dorthin, wo die schwarze Erde aufgesprungen sein mag im Feuer der russischen Geschütze, dorthin, wo die Stalinorgeln Verderben streuten und frierende Männer sich in die frostkalte Erde krallten.

Der lange Zug rollt und rollt, und unsere Gedanken werden still und trüb. Alles, was wir uns in der ersten Freude vorgenommen (haben), ist vergessen. Wir wollten singen, Karten spielen, uns frohe Dinge erzählen. Alles ist vergessen.

Steinern und grau sind unsere Gedanken. Die Schwere einer ungewissen Zukunft erfüllt uns mit Unruhe. Was würde werden, was sein? Was würde die Frau tun, wie würde sie aussehen, wie die Kinder? Wie würde die Heimat, das Haus, die fremde Umgebung uns empfangen? Würden wir wieder Sklaven sein?

Dann kam Brest mit der berüchtigten Durchsuchung, von der wir so viel hatten sagen hören. Es war nicht so schlimm. Vielleicht war es für Menschen, die so etwas noch nicht erlebt hatten unerhört und würdelos. Wir konnten nur darüber lächeln und die Durchsuchenden mit Dingen bestechen, die uns nichts, ihnen aber viel galten.

"Arme Kerle!" dachten wir.

Wieder war es Nacht, als wir in den Zug gewiesen wurden. Diesmal ohne Überwachung von Männern und Frauen in russischen Uniformen. Kein Dawai-Ruf, kein "bistraj, bistraj!!" – "schnell, schnell!"

Die Waggons waren kleiner als die bisherigen, standen auf deutscher Spurweite, waren tadellos sauber. Wir lasen, daß es sich um Wagen der "Reichsbahn" handelte. An den Öfen fehlten zum größten Teil Rohre, aber die waren rasch aus unserem bisherigen Transportzug besorgt, und bald hatten wir uns eingerichtet.

Wir lagen, 40 Mann in einem 15-Tonnen-Waggon auf 19 Quadratmeter Fläche, drei Pritschen übereinander. Sie reichten nicht ganz aus, aber man hatte wohl damit gerechnet, daß sechs, acht Mann immer um den Ofen herumsitzen würden. Viel lag hinter uns, aber auch viel vor uns. Das eine wußte man, das andere machte bange.

Männer waren unter uns, die als Kinder in die Fronzeit gingen, Männer, die mit hungrigen Augen zuhörten, wenn die anderen von ihren Liebsten erzählten, von Dingen, die ihre Phantasie erregten. Sie ahnten nur die Seligkeit, die aus den groben, ungeschliffenen oder scheuen Worten der anderen klang.

Wir wußten, daß manche Frau daheim ihren Weg vergessen hatte, und doch dachten wir an die andere, die wartete, nur wartete, sich erhielt und aufopferte, um dann an dem einen Tag die Arme auszubreiten und sagen zu können:

"Es ist alles gut! Du bist da!" -<<

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtete über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Ende 1949 bekamen wir die Möglichkeit, eine Karte mit 12 Zeilen nach Hause zu schicken.

Die Antworten von zu Hause brachten in den meisten Fällen weder Freude noch Erleichterung, denn in den vergangenen Jahren des Schweigens waren im Leben draußen so viel tragische Umwälzungen erfolgt – Todesfälle, Scheidungen und so weiter -, daß viele Mithäftlinge jetzt erst seelisch zusammenbrachen. ...<<

Otto Tauber berichtete später in seinem Buch "Die Männer um Röder" über das Schicksal von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>... Monate gingen über das Land, reihten

sich eintönig aneinander und wurden zu Jahren.

An einem regnerischen Dezembertag des Jahres 1949 saßen drei Männer um den aus Ziegelsteinen gebauten Ofen im rückseitigen Teil einer Baracke.

Pfarrer S. sah immer wieder die beiden Menschen an, die in ihren neuen Steppanzügen ihm gegenüber auf der Bank hockten.

W. und B. fuhren nach Haus. Sie wollten sich verabschieden.

"Ich habe heute morgen in einer stillen Stunde einmal versucht, die Bilanz aus den letzten 10 Jahren zu ziehen", sagte W. "Es ist nichts dabei herausgekommen – nichts Positives."

Aus den zum Trocknen aufgehängten Kleidungsstücken fielen Wassertropfen auf die Ofenplatte und verdampften zischend.

"Nichts".

"Etwas haben die Jahre doch gebracht – die Heimkehr", meinte der Pfarrer.

W. nickte nachdenklich.

"Wie ist von diesem Tag gesprochen worden in den langen Jahren! Man hat ihn herbeigesehnt, hat davon geträumt im Wachen und Schlafen. Ich habe versucht mir klarzumachen, was es bedeutet, nach Hause zu fahren. Ich wollte mich freuen. Es geht einfach nicht. Sind wir abgestumpft?"

Vielleicht können wir uns gar nicht mehr freuen, wie ein Mensch, der jahrelang in einem dunklen Kerker eingesperrt war, von dem Tageslicht geblendet nichts mehr sehen kann, wenn man ihm plötzlich die Freiheit wieder gibt."

"Er wird aber wieder sehen können, nach einer Zeit. Wenn er sich an das Tageslicht gewöhnt hat, so wird er bald die vertrauten Dinge wieder wahrnehmen wie früher", antwortete Pfarrer S.

"So werdet Ihr Euch auch wieder freuen können."

"Mußten wir ein Jahrzehnt an Gräbern vorbeigehen, nur um endlich heimkehren zu können?", fragte W.

"Liegt der Sinn des Lebens darin, daß man auf Schritt und Tritt dem Tod begegnet, einem nackten, widerlichen Tod? Ist das nicht alles unsinnig?"

"Alles hat einen Sinn im Leben", sagte der Pfarrer.

Er schob ein Stück Holz in die Feuerung, blickte für einen Augenblick den Funken nach, die langsam zu Boden fielen und verloschen.

"Mag sein, daß wir den Sinn nicht sofort erkennen. Wenn man ganz dicht vor einem Mosaik steht, so sieht man nur einzelne bunte Steinchen – scheinbar planlos angeordnet. Treten wir aber einige Schritte zurück, nehmen wir Abstand, so sehen wir, wie ein Stein sich auf den anderen fügt. Aus dem scheinbar Planlosen wird ein wohldurchdachtes Kunstwerk. Genauso ist es im Leben."

Im Ofen knisterte das Holz. Aus dem schadhafte[n] Barackendach tropfte gleichmäßig der Regen. Es hörte sich an wie das Ticken einer Standuhr.

B. drehte seine Pelzmütze in den Händen. Er druckste, rutschte auf der Bank hin und her, räusperte sich verlegen und sah den Pfarrer an:

"Ich wollte mal fragen, ob es stimmt, daß Sie auf der Heimkehrerliste standen und freiwillig zurückgetreten sind?"

"Ja, Hannes, das stimmt", antwortete Pfarrer S.

"Sieh mal, wenn wir alle fahren würden, wäre ich auch dabei. Aber Du weißt doch, daß noch einige Hunderte hierbleiben müssen, die verurteilt wurden, oder gegen die noch ein Verfahren schwebt. Was sollen die denn denken, wenn ich sie jetzt im Stich lasse!"

Er stand auf und schloß die Tür, die bei einem Windstoß aufgesprungen war. Setzte sich wieder.

"Uns sind im Leben Aufgaben gestellt. Deine ist, jetzt in der Heimat für die Familie zu sor-

gen. Meine ist, hier zu helfen so gut ich es kann."

"Wird es hier nicht sehr einsam sein?", fragte W. mit gepreßter Stimme.

"Einsam ist es auch für die Menschen, die hierbleiben müssen", sagte der Pfarrer.

"Vergeßt sie nicht. Sie müssen wissen, daß sie wohl einsam aber nicht verlassen sind. Grüßt die Heimat von denen, die hier draußen an unzähligen Gräbern Totenwacht halten. An Gräbern, von denen jedes ein Menschenschicksal birgt. Sprecht von diesen Schicksalen, sprecht davon, woran die Menschen zerbrachen. Sagt, daß es viele ... gegeben hat, die immer wieder fragten: Warum?"

Und nicht jeder von ihnen fand angesichts des Todes eine Antwort. Sie fragen auch heute noch – mahnend und anklagend – eine Welt, die keine Antworten geben kann."

Der Pfarrer hatte sich erhoben. Er blickte den beiden Männern nach, bis sich die Tür hinter ihnen geschlossen hatte.

In der Stille tropfte wieder der Regen von der Decke ... gleichförmig und eintönig ... Sekundenschläge einer endlosen Zeit. ...<<

Die deutschen Generale Bleyer, Henke und Hülfig sowie mehrere österreichische Offiziere wurden Anfang Dezember 1949 vom Militärgericht in Werschetz zum Tod verurteilt.

Ehemalige deutsche Todeskandidaten berichteten später über die damaligen Mißhandlungen und Haftbedingungen im jugoslawischen Zuchthaus Sremska Mitrovica (x130/242-243):

>>Wir mußten in einem langen Keller Exerzierübungen machen, erlitten dabei Stockschläge und Fußtritte. Besonders schlimm erging es mir, als ich auf Befehl der Wachmannschaft einem Kameraden Schläge ins Gesicht geben und ihn anspucken sollte.

Meine Weigerung wurde mit furchtbaren Schlägen der Wächter quittiert, und zwar für uns beide. ...

Als Kälteschutz gab es eine kurze gefütterte Jacke oder einen alten Mantel. Decken mußte man selbst haben. Tag und Nacht mußten sämtliche Fenster geöffnet bleiben. ...

Kamerad Steidle, gleich uns allen sehr schwach, bat um Aufnahme in die Krankenstube; man erwiderte ihm, daß er eben bei dieser schlechten Kost eingehen würde – mehr zu essen könne man ihm nicht geben. ... (Ferdinand Steidle starb im Februar 1951 im Zuchthaus)

Tagsüber durfte man sich mit den Decken nicht zudecken und sich außerdem nur auf die vordere Kante der Strohsäcke hinsetzen. Es durfte zunächst nicht einmal laut gesprochen werden. Wer irgendwie auffiel, mußte stundenlang das Parkett glänzend reiben oder ein paar Stunden stillstehen. ...

Beim Kaffe- und Essenholen mußte man einen Pappdeckel unter das Eßgeschirr halten, damit ja kein Tropfen aufs Parkett fiel. Wehe, wenn dies einmal der Fall war. 7 Tage Bunker gab es dafür. ...

Wir lagen wie die Ölsardinen in ihrer Büchse. Mit dem Kopf immer neben den Füßen des Nachbarn. Der Zementboden war mit Strohsäcken bedeckt, die von Flöhen wimmelten. Die Kameraden sahen erschreckend grau und abgemagert aus.

Einer der Kommandierenden des Zuchthauses, ein stiernackiger roher Kerl, hielt es darüber hinaus für angebracht, uns jeden Abend, wenn er zum Abfragen von Zelle zu Zelle ging, zu schlagen oder zu treten.

Es war die Zeit unserer allertiefsten Erniedrigung. Wir waren vogelfreie Menschen, für die es keine Rechte mehr gab, sondern als Erlösung voraussichtlich nur den Tod. ...<<

Im Jahre 1949 flohen 125.245 Sowjetzonenflüchtlinge in den Westen.

Der US-Schriftsteller Archibald McLeish (1892-1982) schrieb im Jahre 1949 in seinem Aufsatz "The Conquest of America" (x165/20-21): >>Niemals in der Geschichte der Welt wurde

ein Volk von einem anderen intellektuell und moralisch so vollständig beherrscht wie das Volk der Vereinigten Staaten vom russischen Volk in den Jahren zwischen 1946 und 1949. Die amerikanische Außenpolitik war ein Spiegelbild der russischen Außenpolitik: Was immer

die Russen taten, taten wir im umgekehrten Sinn. Die amerikanische Innenpolitik vollzog sich unter einer Art von umgekehrtem Russenveto:

Niemand konnte in ein öffentliches Amt gewählt werden, wenn nicht aktenkundig war, daß er die Russen verabscheute, und kein Vorschlag, ging es nun um einen Friedensplan oder im Gegensatz dazu um einen Militäretat, war durchführbar, wenn sich nicht darlegen ließ, daß er den Russen nicht gefallen würde. Die politische Auseinandersetzung in Amerika, war eine Auseinandersetzung nach russischer Melodie, linke Bewegungen attackierten rechte Bewegungen nicht wegen amerikanischer Streifragen, sondern wegen russischer Streitfragen und rechte Bewegungen antworteten mit den gleichen Argumenten, nur umgekehrt. ...

All das ... begab sich nicht etwa in einer Zeit der nationalen Schwäche oder des Verfalls, sondern ausgerechnet in dem Augenblick, da die Vereinigten Staaten soeben einen unglaublichen Triumph errungen und einen glänzenden Sieg im größten aller Kriege erkämpft hatten und nun auf dem höchsten Punkt der Weltmacht angelangt waren, den je ein einzelner Staat erklommen hatte. ...<<

## Hinweise für den Leser

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.02.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3.</u> Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.

x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung</u> . Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): <u>Befreier und Befreite</u> . Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x078	Foltmann, Josef, und Hanns Möller-Witten: <u>Opfergang der Generale</u> . Die Verluste der Generale und Admirale ... im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1952.
x086	Stigmayer, Alexandra (Hg.): <u>Massenvergewaltigung</u> . Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Güters-

	loh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie</u> . Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete</u> . Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder</u> . Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x123	Müller-Bringmann, Walter: <u>Das Buch von Friedland</u> . Göttingen 1956.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: <u>Stalins Lager in Deutschland 1945-1950</u> . 3. Auflage. Berlin 1993.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen</u> . Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta</u> . Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x136	Ziegler, Jean: <u>Die Schweiz, das Gold und die Toten</u> . 3. Auflage. München 1997.
x148	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik</u> . Heft 13. Bonn 1995.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik</u> . Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg</u> . Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder</u> . Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte</u> . Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914</u> . Frankfurt/Main 1985.

x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit</u> . Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands</u> . Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland</u> . Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.